



Theo Zellner:

Renaissance des ländlichen Raums

Ein positives und ermutigendes Resümee für die bayerischen Landkreise zog der Präsident des Landkreistags in seinem Jahresrückblick.

Seite 3



Franz Stumpf:

Krankenhäuser fürchten tiefe Einschnitte

Die Auswirkungen der Gesundheitsreform werden nach Ansicht des BKG-Vorsitzenden zu einer schlechteren Versorgungsqualität führen.

Seite 3



Christian Ude:

Mehr als nur Etappensiege

Mit einer positiven Bilanz des vergangenen Jahres wartete der Präsident des Deutschen Städtetags bei seiner Jahrespressekonferenz auf.

Seite 2

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 18. Januar 2007

58. Jahrgang / Nummer 1/2

Energieversorgung in Bayern:

Hektik auf allen politischen Ebenen

E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Deml zur aktuellen Lage

Die Situation der Energieversorgung in Bayern war Thema eines ebenso umfassenden wie anschaulichen Vortrags von E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzendem Dr. Peter Deml im Rahmen einer KPV-Hauptausschuss-Sitzung in München. Dabei wies er darauf hin, „dass diese hochaktuelle und spannende Frage nicht nur mit der bayerischen Brille zu betrachten ist“. Der Maßstab sei ein nationaler, wenn nicht gar europäischer.

Ein Blick auf die Entwicklung der Großhandelsstrompreise auf sechs nationalen Großhandelsmärkten in Europa seit 2002 - Frankreich, England, Niederlande, Deutschland, Belgien und Skandinavien - zeigt laut Deml, dass die Preisentwicklung der

wicklung der Brutto-Industriepreise in den vergangenen acht Jahren, so fällt Deml zufolge auf, dass nach der Liberalisierung sich ziemlich schnell der Wettbewerb, der die Preise abstürzen ließ, bemerkbar machte. Mit dem Jahr 2001 begannen die



E.ON Bayern-Vorstand Dr. Peter Deml, Umweltminister Dr. Werner Schnappauf und KPV-Vorsitzender Landrat Luitpold Braun.

vergangenen Jahre „kein deutsches, sondern ein europäisches Phänomen ist“.

Zweitniedrigster Wert

Darüber hinaus weise Deutschland nach Skandinavien die zweitniedrigsten Werte auf. Auch bei den Industriestrompreisen sei Deutschland „wahrlich kein Ausreißer“, sondern liege im europäischen Mittelfeld. Für die niedrigeren Preise in Ländern wie Frankreich und Spanien zeichne die dortige Subventionspolitik verantwortlich. Betrachtet man sich die Ent-

wickelung der Brutto-Industriepreise in den vergangenen acht Jahren, so fällt Deml zufolge auf, dass nach der Liberalisierung sich ziemlich schnell der Wettbewerb, der die Preise abstürzen ließ, bemerkbar machte. Mit dem Jahr 2001 begannen die

Preise wieder zu steigen. Derzeit pendle der Strompreis sich wieder auf das Niveau von 1998 ein. In der Bruttobelastung seien die Industriepreise gegenüber 1998 allerdings leicht gestiegen. Der Anstieg sei zur Gänze staatsinduziert.

Noch dramatischer stelle sich die Situation bei den Haushaltskunden dar, fuhr der E.ON-Vorstand fort: Hier lägen die Brutto- (Fortsetzung auf Seite 4)



Wenn doch alle Kapriolen so vorbehaltlos bewundert werden könnten wie diejenigen, die Arnaud Gilette auf seinem Kaltblut während der Münchner Apassionata-Vorstellungen gekonnt geritten hat! Die erfolgreichste Pferdeshow Europas gastierte erneut in der ausverkauften Olympiahalle. Zwei Zusatzveranstaltungen waren nötig, um den Publikumsandrang einigermaßen zu befriedigen. Noch bis Mai läuft die Show, die alle Besucher zu Begeisterungstürmen hinreißt. Kapriolen beim Wetter oder in der Politik lösen hingegen eher Besorgnis aus. □

Vorstellung des Industrie- und Konjunkturberichts:

Rückenwind für 2007

„Die bayerische Wirtschaft brummt wie seit Jahren nicht mehr. Insgesamt werden wir 2006 nach heutiger Einschätzung ein Wirtschaftswachstum von rund 2,5 Prozent in Bayern erzielen und damit das beste Jahr dieses Jahrzehnts“, betonte Wirtschaftsminister Erwin Huber bei der Vorlage des Industrieberichts 2006 in München. Im Jahresdurchschnitt 2007 werde die bayerische Arbeitslosenquote unter die Sechs-Prozent-Marke sinken, sagte Huber: „2007 wird ein Jahr, das uns industriell und gesamtwirtschaftlich Freude machen wird.“

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit finde in allen Regionen statt, fuhr der Minister fort. Er habe auch die strukturschwächeren Gebiete voll erfasst.

Industrie stellt ein

In Oberfranken sei beispielsweise die Arbeitslosenquote im Jahr 2006 von 9,1 auf 7,6 Prozent zurückgegangen, so stark wie in keinem anderen Regierungsbezirk.

Gleichzeitig war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im September um rund 70.000 höher als im Vorjahr.

Auch die mit starkem Kostendruck kämpfende bayerische Industrie stellt wieder ein: Im September gab es bereits 13.000 Arbeitsplätze mehr als im Juli. Insgesamt weise Bayern im bisherigen Jahresverlauf die höchste Arbeitsmarktdynamik aller deutschen Länder auf. „Wir sind Job-

Pressekonferenz beim Bayerischen Gemeindetag:

Mit Zuversicht ins neue Jahr

Einen Mitgliederzuwachs konnte der Bayerische Gemeindetag im vergangenen Jahr verbuchen - und dies, obwohl der Verband keine aggressive Werbepolitik betreibe, so Präsident Dr. Uwe Brandl vor der Presse in München. Man gestehe zu, dass die großen Städte beim Bayerischen Städtetag sinnvoller aufgehoben seien. Etwa 99 Prozent der Gemeinden in Bayern sind nunmehr beim Gemeindetag.

Brandl bedauerte, dass noch nicht alle Regionen von der derzeit guten wirtschaftlichen Lage profitieren. Der Gemeindetag habe sich zur Aufgabe gemacht, Ursachen aufzudecken und auf Schwierigkeiten aufmerksam zu machen. „Allerdings muss jetzt Einiges politisch noch repariert und auf den Weg gebracht werden“, so der Präsident. Auch die Gemeinden in wirtschaftlich weniger begünstigten Regionen des Freistaats müssten am Aufschwung teilnehmen können; dafür hätten Staatsregierung und Landtag die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Diese Rahmenbedingungen umfassen:

- Verteilungsgerechtigkeit
- Ansiedlungs- bzw. Jobinitiativen für wirtschaftsschwache Räume
- Bildungsoffensive
- Entrümpelung des Landesentwicklungsprogramms
- Vereinfachung im Förderverfahren.

Erholung der Kommunalfinanzen

Die erfreuliche Erholung der Kommunalfinanzen in Bayern erreiche zahlreiche Gemeinden, besonders in strukturschwachen Gebieten, leider nicht, beklagte der Präsident. Die Gewerbesteuer als Hauptursache der verbesserten Finanzsituation sei dort nahezu bedeutungslos, denn 50 Prozent der Gewerbesteuer-Einnahmen würden von den kreisfreien Städten erwirtschaftet.

Verteilungsregeln

Deshalb sei es dringend notwendig, die benachteiligten Kommunen (Fortsetzung auf Seite 4)

motor im neuen Aufschwung,“ erklärte Huber.

Herzstück des Jobmotors

Herzstück des Jobmotors ist die Industrie. Insgesamt standen 2005 rund 1,15 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, also mehr als jeder vierte Arbeitnehmer, in der Industrie in Lohn und Brot. Auf das Verarbeitende Gewerbe im Freistaat entfielen 2005 rund 25,5 Prozent der Bruttowertschöpfung - der entsprechende Wert für Deutschland liegt bei 23,6 Prozent.

Breite regionale Streuung

Huber hob zudem die breite regionale Streuung der industriellen Leistungskraft hervor: Rund 70 Prozent der Gemeinden seien Industriestandorte. Die größten Industrie-Ballungsräume bildeten Stadt und Landkreis München mit 145.000 Beschäftigten, dicht gefolgt von der Region Nürnberg-Fürth-Erlangen mit 125.000 Beschäftigten. Stadt und Landkreis Augsburg stünden (Fortsetzung Seite 2)

Neues von Sabrina



„Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang“, philosophiert unsere Vorzimmerperle zum Jahresbeginn gemeinsam mit Konrad Adenauer und lobt gleichzeitig ihren Bürgermeister, der ein sicheres Händchen für perfektes Timing ebenso besitzt wie die Fähigkeit, Stimmungen und Strömungen wahrzunehmen. Seite 19



Kommunalpolitiker drücken „Schulbank“

36 Kreisräte und Bürgermeister aus ganz Bayern fanden sich zum „Unterricht“ im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Fürstenfeldbruck ein. Die Kommunalpolitiker aus allen Regierungsbezirken nahmen an einer dreitägigen Fortbildung des Bayerischen Selbstverwaltungscollees teil. Kollegleiterin Eleonore Cröniger und die Gäste wurden von Landrat Thomas Karmasin begrüßt, der den Landkreis mit seinen Arbeitsschwerpunkten vorstellte. Angeregt diskutierten die Teilnehmer mit dem Kreischef und einzelnen Fachreferentinnen und -referenten viele Fragen unter anderem aus den Bereichen Klinikum, Agenda 21, Anrufsammeltaxi, Landkreisschulen und Kindergärten, Integrierte Leitstelle, Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzförderung, Behindertenarbeit und Bürgerservicezentrum. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bilanz und Vorschau des Deutschen Städtetags:

Mehr als nur Etappensiege

Überwiegend positiv fällt die Bilanz des Deutschen Städtetags für das vergangene Jahr aus. Dabei schlägt nach Ansicht seines Präsidenten, Münchens Oberbürgermeisters Christian Ude, besonders die Entwicklung der Gewerbesteuer zu Buche. Ude: „Im vorletzten Sommer war diese wichtigste kommunale Finanzquelle von der Wirtschaftslobby bereits für mausetot erklärt worden. Jetzt steht fest: Sie bleibt uns erhalten und wird in ihrer Struktur sogar noch verbessert. Dies ist ein großer Erfolg für die Kommunen und ein kommunalfreundliches Zeichen der großen Koalition.“

Dennoch sei aus kommunaler Sicht längst noch nicht alles in trockenen Tüchern, bemerkte Ude. Auch noch während des Gesetzgebungsverfahrens sei aus kommunaler Sicht Wachsamkeit geboten. Hier dürfe es nicht - wie schon so oft - Last-Minute-Kompromisse zwischen Bund und Ländern auf Kosten der Kommunen geben. Die Zusage der großen Koalition, die Unternehmenssteuerreform für die Kommunen aufkommensneutral zu gestalten, müsse auf jeden Fall eingelöst werden. Ude: „Die Städte sehen das Risiko, dass die Kommunen am Ende doch Einnahmen durch die Reform verlieren. Diese Sorge muss der Gesetzentwurf der Bundesregierung ausräumen.“

Aufkommensneutralität

Um die zugesagte Aufkommensneutralität für die Kommunen zu sichern, müsse die Koalition vor allem befriedigende Antworten auf folgende Fragen geben: Wie können die hohen Gewerbesteuerausfälle in den Städten ausgeglichen werden, die vor allem durch die Absen-

Mit Rückenwind ...

(Fortsetzung von Seite 1) den als drittgrößter Verdichtungsraum für mehr als 43.000 Industriearbeitsplätze.

Huber zeigte sich überzeugt, „dass die konjunkturelle Grundtendenz 2007 klar aufwärts gerichtet bleibt“. Bremseffekte infolge der Mehrwertsteuer-Erhöhung und das Steueränderungsgesetz 2007 werden seiner Ansicht nach „lediglich eine kleine Delle verursachen“. Die Wirkungen würden an mehreren anderen Stellen kompensiert - so bei den insgesamt sinkenden Sozialversicherungsbeiträgen, den Mehreinkommen durch mehr Beschäftigung und den voraussichtlich etwas höheren Lohnabschlüssen 2007. Möglicherweise lasse auch das „Angstsparen“ etwas nach. Alles in allem geht Huber von guten Voraussetzungen aus, „im Aufwind zu bleiben“. **DK**

kung der Gewerbesteuermesszahl für die Kapitalgesellschaften um 30 Prozent entstehen? Reicht die geplante Hinzurechnung von 25 Prozent für künftig sämtliche Zinsen und Zinsanteile in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer aus, um die derzeit geltende 50-prozentige Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen zu ersetzen? Wodurch sollen die ursprünglich geplanten kommunalen Mehreinnahmen durch eine neue Grundsteuer in der Größenordnung von rund drei Milliarden Euro ersetzt werden?

Gewerbesteuer ergiebige Finanzquelle

Die Gewerbesteuer ist Ude zufolge nicht nur erfolgreich gegen ihre Widersacher verteidigt worden, sondern hat sich auch im laufenden Jahr prächtig entwickelt und damit alle Thesen widerlegt, sie sei für die Kommunen gar keine ergiebige Finanzquelle mehr. „Gott sei Dank haben sich über alle Parteigrenzen hinweg diesen Unsinn nie aufschwätzen lassen. Der Zuwachs der Gewerbesteuer um netto voraussichtlich rund 5 Milliarden Euro setzt einen Teil der Städte in die Lage, endlich wieder mehr zu investieren oder Schulden abzubauen, die in den dünnen Jahren aufgenommen werden mussten, um ein ausreichendes Investitionsniveau zu halten. Die Städte mit hohen Defiziten in den Verwaltungshaushalten sind aber immer noch weit davon entfernt, Spielräume für zukunftssträchtige Ausgaben zu gewinnen.“

Investitionsstau

Diese Finanznot und der in den vergangenen Jahren entstandene Investitionsstau machten deutlich, dass trotz der schlagzeilenträchtigen Gewerbesteuer-einnahmen des Jahres 2006 die finanzielle Krise der Kommunen noch lange nicht behoben sei und Begehrlichkeiten von Bund und Ländern, eigene Haushaltsprobleme auf Kosten der Kom-

munen zu lösen, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden müssten. „2005 lagen die kommunalen Investitionen um fast 45 Prozent unter den Vergleichszahlen von 1992. Dieser riesige Nachholbedarf muss jetzt befriedigt werden“, meinte der Städtetagspräsident.

Europäische ÖPNV-Verordnung

Zu den erfreulichen Resultaten des Jahres 2006 zählt er auch den in diesem Jahr gefundenen Kompromiss für die neue europäische ÖPNV-Verordnung. In enger Kooperation mit anderen Verbänden habe sich der Deutsche Städtetag beim Bundesverkehrsministerium dafür eingesetzt, dass die Städte auch künftig die Verkehrsleistungen des öffentlichen Personennahverkehrs selbst erbringen oder an ein eigenes Unternehmen direkt vergeben dürfen. Dies sollte ausdrücklich auch für Linien gelten, die im Rahmen eines Verkehrsverbundes kommunale Grenzen überschreiten.

Öffentlich-rechtliche Struktur des Sparkassenwesens

Ein zentrales Anliegen aller kommunalen Spitzenverbände in Deutschland war es in den vergangenen Monaten, die öffentlich-rechtliche Struktur des Sparkassenwesens gegen europäische Bestrebungen zu verteidigen, über den Berliner Einzelfall hinaus auch Privaten den Erwerb

von Sparkassen und die Verwendung dieser Marke zu eröffnen. „Städte, Gemeinden und Kreise wissen, wie wichtig die Sparkassen mit ihrer regionalen Verankerung und ihrer Gemeinwohlorientierung für die Finanzversorgung der Bevölkerung, für die Förderung von Mittelstand und Existenzgründern und für gesponserte soziale, sportliche und kulturelle Einrichtungen sind. Wo Sparkasse drauf steht, muss auch Sparkasse drin sein.“ Der Bundesregierung sei es Dank des Einsatzes der Kanzlerin und des Bundesfinanzministers gelungen, die Europäische Kommission von weiteren Attacken auf das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen abzuhalten: „Dafür sagen wir herzlichen Dank.“

Bedeutsamer Etappensieg

Zumindest einen bedeutsamen Etappensieg gebe es bei einer weiteren Forderung, die von den Präsidenten des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes im Bundesbauministerium vorgebracht wurde: Bei der Einführung steuerbegünstigter börsennotierter Immobiliengesellschaften (Real Estate Investment Trust, REITs) sollen Wohnungsbestände ausgenommen werden, damit sie nicht verstärkt zum Spielball der Spekulation werden und unter verschärften Rentabilitätsdruck geraten. „Diese Forderung wurde von der großen Koalition aufgegriffen. Was wir als Erfolg ansehen, wird von einigen Bundesländern aber noch in Frage gestellt, weshalb wir wachsam bleiben werden.“

Föderalismusreform

„Schluss mit lustig“ ist hinge-

Reaktion auf GZ-Artikel zur Neuverteilung der Sozialhilfeszuständigkeit:

Landkreistag präzisiert eigene Vorstellungen

Der Beitrag des ehemaligen Präsidenten des Verbandes der Bayerischen Bezirke, Dr. Georg Simnacher, in der Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung vom 21. Dezember 2006 auf Seite 3, blieb nicht unwidersprochen. Der Bayerische Landkreistag hat uns hierzu eine Stellungnahme zukommen lassen.

„... an oben genannter Stelle äußert sich Dr. Georg Simnacher zur Neuverteilung der Sozialhilfeszuständigkeit dahingehend, dass der Bayerische Landkreistag „zum Ausgleich der ungleichen finanziellen Belastungen“ bei einer Herabzonung der Zuständigkeit für die stationäre Hilfe zur Pflege die Einrichtung eines neuen landesweiten Kommunalverbandes verlange. Dies trifft nicht zu.

Für den Fall einer Verlagerung der Zuständigkeit für die stationäre Hilfe zur Pflege auf die 96 örtlichen Träger (Landkreise und kreisfreie Städte) hat der Bayerische Landkreistag einen rein freiwilligen Verband vorgeschlagen, der sich ausschließlich mit der Durchführung der Pflegesatzverhandlungen befassen, aber keineswegs, wie von Herrn Dr. Simnacher bei seinen umfangreichen verfassungsrechtlichen Ausführungen irrtümlich angenommen, einen finanziellen Ausgleich herstellen soll. Als alternative Lösung ist vom Bayerischen Landkreistag die Bildung von vier regionalen Pflegesatzkommissionen angedacht, wie sie sich für die Entgelte im stationären Bereich der Jugendhilfe bereits in der Praxis bewährt haben.

Zu der von Herrn Dr. Simnacher aufgeworfenen Frage des finanziellen Ausgleichs im Falle einer Zuständigkeitsverlagerung hat der Bayerische Landkreistag mit Schreiben vom 15. Dezember 2006 der Bayerischen Staatsregierung folgenden Lösungsvorschlag unterbreitet: Ein dauerhafter und belastungsgerechter

Ausgleich zwischen den örtlichen Trägern der Sozialhilfe wird zunächst durch die Senkung der Bezirksumlagen entsprechend der Entlastungssituation in den jeweiligen Bezirken erreicht. Darüber hinaus gehen die Verwerfungen könnten durch eine Berücksichtigung der Net-

Ab in den Schneeeeeeeeeee!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

gen bei der Föderalismusreform. Laut Ude können und werden es die Städte nicht akzeptieren, bei der wichtigen zweiten Stufe der Föderalismusreform völlig an den Rand gedrängt zu werden. Die bisherigen Pläne sähen vor, dass die Städte ins Wartezimmer gesetzt und mit Beruhigungspillen versorgt werden, während Bund und Länder an der Finanzverfassung herumdoktern. Dies sei keine praktizierte Partnerschaft zwischen den drei Ebenen der öffentlichen Hand, „sondern wirkt auf uns wie die Arroganz der Macht“.

Interessenunterschiede

Staatsrechtlich sei es zwar zutreffend, dass die Kommunen als Teile der Länder zu sehen seien, in der Praxis gebe es aber gerade zwischen den Ländern und den Kommunen bedeutsame Interessenunterschiede, vor allem wenn es ums liebe Geld gehe. „Jeder Ganove hat freie Anwaltswahl, nur wir bekommen im Gesetzgebungsverfahren, wenn es um un-

sere Aufgaben und Finanzen geht, Anwälte aufgenötigt, in denen wir zumindest gelegentlich unsere ärgsten Widersacher sehen müssen“, meinte Ude.

Für den Alltag bedeutendste Ebene des Staatsaufbaus

Die Kommunen seien nun einmal, auch wenn sie keinen eigenen staatsrechtlichen Status hätten, die den Bürgern nächste und für den Alltag bedeutendste Ebene des Staatsaufbaus. Sie garantierten einen großen Teil der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, etwa bei der Kinderbetreuung, den Hilfen für junge und ältere Menschen oder im Nahverkehr. Ude zufolge lautet deshalb die aktuelle Minimalforderung: „Die Kommunen müssen zumindest als ständige Gäste der Föderalismuskommission dort Rede- und Antragsrecht erhalten. Die Reform der Finanzverfassung ist schon schwierig genug und kann nur gelingen, wenn die praktischen Auswirkungen in den Städten, Gemeinden und Kreisen ausreichend bedacht werden.“

Europäischer Verfassungsvertrag

Ausdrücklich begrüßt es der Deutsche Städtetag, dass die Bundesregierung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft den europäischen Verfassungsprozess voranbringen will. Ein europäischer Verfassungsvertrag wäre ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger. Dabei sei für die Städte die ausdrückliche Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung ein besonders wichtiger Punkt.

Bürokratieabbau

Es gelte, den Bürokratieabbau auf europäischer Ebene konsequent fortzusetzen, so wie es die Bundesregierung und die Kommission beabsichtigen. Hierzu zähle, dass detaillierte europäische Vorgaben für Vergaben unter den Schwellenwerten des Vergaberechts überflüssig sind und ausschließlich lokal angebotene Dienstleistungen nicht dem europäischen Recht unterliegen sollten. Dringend geklärt werden muss nach Auffassung der Städte, welche Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als wirtschaftlich anzusehen sind, also vom europäischen Wettbewerbsrecht erfasst werden. Interkommunale Zusammenarbeit sei ein innerstaatlicher Organisationsakt und kein Beschaffungsvorgang. Sie darf daher nicht dem Vergaberecht unterliegen. Für die Direktvergabe an kommunale Unternehmen (sog. Inhouse-Geschäfte) bedürfe es eines pragmatischen Ansatzes, der die - geringfügige - Beteiligung privaten Kapitals an öffentlichen Unternehmen nicht ausschließt. Zu hohe vergaberechtliche Hürden würden die Bildung Öffentlich-Privater Partnerschaften (PPP) behindern. **DK**

Wir gratulieren	
ZUM 70. GEBURTSTAG Bürgermeister Johann Leipold 84107 Weihmichl am 5.2.	Bürgermeister Emil Neuhausler 89350 Dürrlauingen am 31.1.
Bürgermeister Edgar Roth 97283 Riedenheim am 24.1.	ZUM 50. GEBURTSTAG Bürgermeister Karl Huber 85119 Ernsgaden am 25.1.
Bürgermeister Hans Winkler 86836 Graben am 31.1.	Bürgermeister Helmut Reiß 91468 Gutenstetten am 25.1.
ZUM 65. GEBURTSTAG Bürgermeister Konrad Sedlmeier 84494 Lohkirchen am 24.1.	Bürgermeister Hans Mühlbauer 93470 Lohberg am 25.1.
Bürgermeister Karl Neuser 63916 Amorbach am 31.1.	Bürgermeister Karl Hertlein 91729 Haundorf am 29.1.
ZUM 60. GEBURTSTAG Bürgermeister Josef Bieneke 85095 Denkendorf am 3.2.	ZUM 45. GEBURTSTAG Bürgermeister Reinhard Simon 63911 Klingenberg am 31.1.
Bürgermeister Erhard Endres 97288 Theilheim am 29.1.	ZUM 40. GEBURTSTAG Bürgermeister Detlef Beinhauer 97657 Sandberg am 23.1.
Bürgermeister Jörg-Dietmar Reinelt 87651 Bidingen am 30.1.	

Hektik auf allen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

preise mittlerweile leicht über dem Niveau von 1998. Der Anteil des Energieversorgers sei aber immer noch niedriger als zu Beginn der Liberalisierung. Am Beispiel eines durchschnittlichen Haushalts bedeutet das: Der Anteil des Staates ist seit 1998 von 10 auf 22 Euro angewachsen und hat sich damit mehr als verdoppelt. Demnl.: „Hätte der Staat seinen Anteil am Strompreis nicht erhöht, wäre der Strompreis heute noch günstiger als vor acht Jahren.“ Aus diesen Zahlen zog Deml die Schlussfolgerung, „dass die reale und die gefühlte Preisentwicklung auseinander fallen“.

Keine Einbahnstraße zu Lasten der Kunden

Gleiches gelte für die Preisentwicklung bei Erdgas: Nachdem der Gaspreis in den 90er Jahren weitgehend stabil blieb, sei ab dem Jahr 2000 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Ursache dieser Entwicklung liege im nachfragebedingt stark gestiegenen Ölpreis, an den der Gaspreis gekoppelt ist, dass der Ölpreisbindung „keine Einbahnstraße zu Lasten der Kunden“ ist, zeigt, so Deml, die Tatsache, „dass unser Erdgaspreis für Haushaltskunden zum 1. Januar trotz steigender Mehrwertsteuer sinkt“. Trotz Preisanstiegs liege die Preisentwicklung bei Erdgas unterhalb der Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

Kernenergie wichtigste Säule

Wohin geht nun die Reise bei den Energiepreisen? Was die Strompreise anbelangt, so haben Erzeugung und Erzeugungsstruktur erheblichen Einfluss auf die Entwicklung, erklärte Deml. Kernenergie sei gegenwärtig noch die wichtigste Säule der deutschen Stromerzeugung, gefolgt von Braunkohle, Steinkohle, Regenerative Energien und Erdgas. Jedoch rücke die Stilllegung der Kernkraftwerke immer näher. Grafenheide soll noch bis 2015 laufen, Gundremmingen Block B bis 2018, Block C bis 2017, Isar 1 bis 2011 und Isar 2 bis 2012. Bayern als Bundesland, dessen Stromerzeugung mit einem Anteil von zwei Drittel besonders stark auf der Kernenergie basiert, sei von dieser Entwicklung besonders betroffen, sagte der Vorstandsvorsitzende.

Eine Prognose der deutschen Stromerzeugungsstruktur für 2030 zeigt, dass die Kernenergie zu diesem Zeitpunkt beendet sein wird. Ihren Platz werden Erdgas mit einem Anteil von 33 Prozent und Kohle (37 Prozent) übernehmen. Regenerative Energien werden deutlich zunehmen.

Abhängig von Importen

Stichwort Gas und Gaspreise: Bereits heute ist Deutschland zu über 80 Prozent von Gasimporten abhängig, bemerkte Deml. Insbesondere die Abhängigkeit von russischem Erdgas werde weiter zunehmen, „was natürlich mit einigem Risiko verbunden ist“. Um dieses einzugrenzen, sichert sich E.ON zunächst eigene Erdgasvorkommen in Russland. Außerdem investiert der Energieversorger in die sog. LNG-Technik, sprich den Transport von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas). LNG eröffne neue Versorgungsoptionen.

Mehr Biogas

Zudem werde in die Biogas-Technologie investiert. Zu Recht, wie folgende Zahlen bezeugen: So schätzt der Bundesverband der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft allein für Bay-

ern das Biogaspotential auf rund 20 Milliarden Kilowattstunden im Jahr 2030. Dies wären 20 Prozent des heutigen Erdgasverbrauchs in Bayern. Sobald Biogas in das bestehende Erdgasnetz eingespeist werden kann, kann Deml zufolge Erdgas substituiert werden. E.ON Bayern habe daher Mitte 2006 eine Biogasoffensive gestartet.

Regulierung der Netzentgelte

Als weiteres Thema, „das uns zur Zeit massiv beschäftigt“, führte der E.ON-Vorstand die Regulierung der Netzentgelte an. Diese stelle zunächst einen tiefen Einschnitt in das System der Energieversorgung dar. Die Einnahmen aus den Netzentgelten seien die Basis für Investitionen in das Stromnetz. Eine überzogene Regulierung könne dazu führen, dass das hohe Niveau in der Versorgungssicherheit nicht zu halten ist. Wie abhängig Deutschland von einem funktionierendem Stromnetz ist, habe der europaweite Stromausfall am 4. November vor Augen geführt.

Europaweiter Stromausfall

Was war passiert? Die Abschaltung einer 380-kV-Leitung in Niedersachsen führte zu Spannungsschwankungen und Kettenreaktionen im Netz. Um diese Spannungsschwankungen auszugleichen, kam es europaweit zu gezielten Schutzabschaltungen. Menschliche Fehleinschätzungen waren laut Deml die wesentliche Ursache für die Störung des europäischen Stromnetzes. Technische Fehlfunktionen konnten hingegen nicht festgestellt werden. Im Ergebnis zeige sich, dass die E.ON-Netztelsteller die jeweilige Situation zwar grundsätzlich ordnungsgemäß beurteilt, aber unter hohem Zeit-

(Fortsetzung von Seite 3)

druck den Trägern hätten sich zwischen in der Zusammenarbeit mit den örtlichen Arbeitsagenturen arrangiert und verzeichneten durchaus Erfolge bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, dennoch komme es immer wieder zu Konflikten, insbesondere mit der Zentrale der Bundesagentur, die die tägliche Arbeit störe und behindere.

Änderung der Zuständigkeiten

Die politische Diskussion auf Landesbene zur Änderung der Zuständigkeiten in den Bereichen Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege beherzichte die zweite Priorität. Bei der Eingliederungshilfe gebe es eine große Mehrheit, sowohl bei den kommunalen Verbänden wie auch denen der Wohlfahrtspflege sowie bei Staatsregierung und Landtag. Die Zuständigkeiten für ambulante und (teil-)stationäre Hilfen auf der Ebene der Bezirke zu bündeln. Um die Zuständigkeiten bei der Hilfe zur Pflege werde dagegen noch gerungen.

Ausbau ambulanter Betreuungsformen

Der Landkreistag habe sich für eine Herabsetzung der stationären Hilfe zur Pflege auf die Ebene der örtlichen Sozialhilfeträger ausgesprochen, wenn ein finanzieller Ausgleich Sonderbelastungen einzelner Träger ausschließt. Die aus dem medizinischen Fortschritt resultierende längere Lebenserwartung der Menschen und die sich verändernden Gesellschafts- und Familienstrukturen, erforderten den Ausbau ambulanter Betreuungsformen. Der ambulante Leis-

druck nicht alle technischen Hilfsmittel für eine umfassende Lagebewertung genutzt habe.

Wachsende Netzanforderungen

„Unsere Ursachenforschung legt schonungslos offen, dass die steigende Windeinspeisung und zunehmende Handelsgeschäfte unser Netz bis an die Grenzen belasten“, folgte Deml. Die wachsenden Netz-Anforderungen könnten langfristig nur durch einen entsprechenden Ausbau der Hoch- und Höchstspannungsnetze erfüllt werden. Dies erfordere über den Netzerhalt hinaus jedoch weitere hohe Investitionsvolumina, die nur zu stemmen seien, „wenn zumindest die Kapitalkosten verdient werden“. Eine überzogene Regulierung aber führe zu investiver Zurückhaltung. Schlechende Erosion sei die Folge.

Wachsender Kostendruck

Die erste Regulierungsunde habe im Ergebnis eine Senkung der im Genehmigungsverfahren geltend gemachten Kosten um gut zwölf Prozent gebracht, betonte der Vorstandsvorsitzende. Dies habe wiederum für E.ON Bayern zur Folge, „dass wir die Netzentgeltsenkungen selbstverständlich an alle Kunden bzw. Kundengruppen weitergeben“. Mit der Kürzung der Netzentgelte verliere sein Unternehmen im Ergebnis einen dreistelligen Millionenbetrag. Damit wachse der Druck, die Kosten in allen Unternehmensbereichen weiter zu senken. Obschon für die nächste Regulierungsperiode weitere Eingriffe, sprich Kürzungen angekündigt worden seien, stehe E.ON Bayern zu seinen Investitionszusagen in Höhe von jährlich über 200 Millionen Euro.

Mit Blick auf die Weiterent-

tungssektor müsse mit dem stationären Bereich verzahnt werden, wozu wiederum eine einheitliche sachliche Zuständigkeit und Kostenträgerschaft notwendig sei. Landkreise und kreisfreie Städte seien wegen ihrer größeren Ortsnähe für die Schaffung ambulanter Leistungen geradezu prädestiniert, versichert der Präsident.

Krankenhäuser mit optimalem Angebot

Eine breite Grund- und Regelversorgung an allen Standorten, die ergänzt wird durch jeweils hochspezialisierte Leistungen pro Haus ist das Ziel der bayerischen Landräte. Zellner bedauert, dass ihnen das Erreichen dieses Ziels nicht immer leicht gemacht werde. Erfolgreich sei zwar, dass das Bayerische Krankenhausgesetz endlich in Kraft getreten ist. Auch sei das Volumen für das Krankenhausbauprogramm größer geworden. Allerdings verschärfen der Tarifabschluss für die Ärzte mit dem Marburger Bund sowie die in der zweiten Jahreshälfte von der großen Koalition in Berlin vorgelegten Eckpunkte für eine Gesundheitsreform die Kostenstellung der Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft. Die durch das Fallpauschalensystem gedeckelten Einnahmen, die höhere Mehrwertsteuer und die gestiegenen Energiekosten erschweren es den Krankenhäusern ihre Kostensteigerungen auszugleichen.

Moderne Verwaltung

„Auch wenn wir erkennen, dass der Freistaat Bayern sich in verstärktem Maße um die Belange der Kommunen sorgt“, so

wicklung des ordnungspolitischen Rahmens wies Deml darauf hin, „dass wir derzeit eine fieberhafte Hektik auf allen politischen Ebenen erleben“. Inzwischen liege ein breites Spektrum von Forderungen und Ideen auf dem Tisch. Hierzu zähle zunächst die GWB-Novelle, der zufolge ein Missbrauch bereits dann unterstellt werden soll, wenn ein Anbieter Entgelte/Preise kalkuliert, die ungünstiger sind als die anderer Versorger. Im Ergebnis bedeute dies vollständig reglementierte Preise, erklärte Deml. Den Beweis, dass die Kalkulation korrekt ist, müsse künftig der Energieversorger führen. Eine weitere Forderung ist die Abgabe von Erzeugungskapazitäten. Hierbei soll das Bundeskartellamt die Stromkonzerne zwingen können, einen Teil ihrer Kraftwerke an Dritte zu verkaufen. Und last but not least sollen neue Investoren Vorrang beim Netzanschluss von Kraftwerken haben.

Flut neuer Regelungen

Was ist nun von diesen Ideen zu halten? Deml zufolge führt die zunehmende staatliche Kontrolle keinesfalls zu mehr Wettbewerb. Reglementierte Preise ließen keine Margen zu. Nur Gewinnchancen führten zu Getriebenen. Darüber hinaus führe die Flut neuer Regelungen zu einer massiven Belastung der deutschen Energieversorger. Die Konkurrenz in anderen Ländern komme hingegen ungeschoren davon. Die deutschen Energieversorger hätten damit im europäischen Wettbewerb das Nachsehen. Wer zudem in Deutschland keine Investitionsmöglichkeiten in neue Kraftwerke mehr hat, sei gezwungen, im Ausland zu investieren und den Strom zu importieren. Deml: „In der Gesamtdenke haben wir es mit einem Marsch in die totale Reglementierung zu tun - von Markt und Wettbewerb keine Spur.“ DK

Zellner, „gibt es immer noch Punkte, in denen er uns nicht entgegen gekommen ist“. Dies betreffe insbesondere die Komunalisierung des staatlichen Personals der Landratsämter. „Wir erwarten, dass diese Frage im neuen Jahr endgültig entschieden wird - hoffentlich im Interesse der Bürger und einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung“, fordert er. Die bayerischen Landkreise wollen besser werden, daher bemühe man sich im Besonderen, die Effektivität der Kreisverwaltungen voran zu treiben. Ein chingelziges Ziel sei die neue leistungsbezogene Bezahlung der Angestellten, aber auch die Modernisierung der Reform des kommunalen Haushaltsrechts. Zwar sei auch in diesem Jahr das Wahlrecht zu einem neuen freiwilligen Umstieg auf die doppelte kommunale Buchführung und dem Verbleib im unveränderten kamerale System erhalten geblieben, dennoch sei bemerkenswert, dass nicht zuletzt wegen der stetigen Forderung und mit tatkräftiger Unterstützung des Bayerischen Landkreistags die rechtlichen Rahmenbedingungen für das neue Haushaltsrecht geschaffen wurden.

Kommunales eGovernment

Ausdrücklich erwähnt Zellner auch das kommunale eGovernment. Es bedürfe erheblicher personeller und sachlicher Anstrengungen, die Möglichkeiten moderner Technik umfassend zu nutzen und unter Einführung vernetzter Strukturen eine neue Verwaltungsqualität zu erreichen. eGovernment werde zunehmend die Basis für erfolgreiche Landkreise, zufriedene Bürger und begünstigte Wirtschaft sein. □

Mit Zuversicht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

munen, die meist zudem noch mit der demographischen Entwicklung zu kämpfen hätten, durch die Verteilungsregeln im kommunalen Finanzausgleich zu unterstützen. Als gute Grundlage hierfür wertete Brandl den Gutachtersantrag, über dessen Inhalt man sich in der staatlich-kommunalen Arbeitsgruppe „Schlüsselzuweisungen“ und mit maßgeblicher Unterstützung des Finanzministers einig werden konnte. „Die erforderlichen Maßnahmen zu mehr Verteilungsgerechtigkeit im Finanzausgleich müssen jetzt aber möglichst rasch umgesetzt werden“ forderte er.

Massive Anreize

Um ländliche Räume nachhaltig zu stärken seien massive Anreize zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben und zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich. Dass immer noch viele ländliche Gebiete in Bezug auf DSL-Anschlüsse unterversorgt sind, führte er als ein Beispiel an. Ohne DSL-Anschluss oder eine technisch vergleichbare Breitbandversorgung fehle jedoch die für die Ansiedlung von Betrieben notwendige Infrastruktur. Hier müsse der Staat eingreifen, wenn er den ländlichen Gegenden eine Chance geben will, sich gegenüber den Wirtschaftszentren konkurrenzfähig zu erweisen.

Der Gemeindetag forderte deshalb von der Staatsregierung, die flächendeckende Anwendungsmöglichkeit neuer Kommunikationstechnologien endlich tatkräftig zu unterstützen. Eine spürbare Verbesserung der Arbeitsplatzsituation könne der entscheidende Schlüssel für viele Kommunen sein, den demografischen Erosionsprozessen wirksam entgegenzuwirken.

Querschnittsaufgabe

Die ländliche Entwicklung wird von Brandl nicht als isolierte Teilaufgabe nur eines Ministeriums gesehen. Die häufigen Kompetenzüberschneidungen könnten seines Erachtens durch die Neubildung eines Ministeriums umgangen werden, das diese „Querschnittsaufgabe“ übernimmt.

Bildungsoffensive

Bei den Veränderungen der Schullaufbahn setzt man nach Ausführungen des Gemeindetagspräsidenten vermehrt auf neue Methoden. Der Trend gehe weg von Ausbildungszentren. Künftig müsse der Ausbau bedarfsgerechter und flächendeckender Ganztagschulen in Bayern weiter vorangetrieben werden. Diese Entwicklung wird von den kommunalen Schulwandträgern nachdrücklich unterstützt. Brandl machte allerdings deutlich, dass die damit verbundenen Investitions- und Ausstattungskosten nicht allein von den Kommunen übernommen werden können. Es sei deshalb notwendig, dass der Freistaat ein eigenes Förderprogramm aufstellt. Die zugesagten 50 Mio. Euro aus dem FAG können dabei nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein.

Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) soll eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bewirken. Gleichzeitig wird eine Bildungsqualität angestrebt. Für Kommunen und Träger entsteht durch dieses Gesetz erheblicher Verwaltungsmehraufwand für Brandl. Gemeinsames Ziel müsse sein, durch Verwaltungvereinfachungen das Gesetz zu verschlanken. Dringend notwendig ist nach seiner Auffassung eine bessere

Zusammenarbeit zwischen den Kindertageseinrichtungen und der Grundschule. Hierzu ist eine deutliche bessere Zusammenarbeit der Lehrer/Lehrerinnen und der Erzieher/Erzieherinnen notwendig. So könnte daran gedacht werden, Lehramtsanwärter im letzten Kindergartenjahr mit einzusetzen.

Entrümpelung des LEP

„Das LEP 2006 enthält immer noch zu viele und zu detaillierte Regelungen, die die gemeindlichen Planungsspielräume unnötig einengen“, kritisiert man beim Gemeindetag. Bestes Beispiel sei das Ziel zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels. Es stelle eine extrem komplizierte, kaum verständliche, im Vollzug nicht selten zu unsinnigen Ergebnissen führende und verfassungsrechtlich bedenkliche Regelung dar. Der Bayerische Gemeindetag hat dazu im Rahmen der Fortschreibung des LEP 2006 ein einfacheres Instrument vorgeschlagen, das flexiblere Lösungen und eine praxisgerechte Handhabung ermöglichen würde. Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf der Grundlage dieses Vorschlags schnellstmöglich eine Modifizierung des Ziels vorzunehmen.

Vereinfachungen im Förderverfahren

Die staatliche Förderung kommunaler Maßnahmen halten die Gemeinden für unverzichtbar. Probleme bereiten ihnen das meist komplizierte Förderverfahren und die oft späte Rechnungsprüfung, die sich noch dazu zu häufig auf rein formale Verstöße stützt. Brandl schlug vor, dass künftig die Erreichung des objektiven Förderzwecks in der Vordergrund treten soll, sowie eine nach Leistungsfähigkeit der Gemeinden gestaffelte Pauschalförderung des anerkannten Bedarfs und eine Beschränkung der Prüfung auf die Realisierung des Bedarfs ohne Blick auf die Begleitumstände. Einhergehen müsse dies mit einer gesetzlichen Haftungsbeschränkung, die auch von Gerichten, Verwaltungen und Versicherungen zu beachten ist. Eine rasche Umsetzung liege im Interesse aller Gemeinden und auch einer schlanken Staatsverwaltung. Erste Schritte, etwa die Vereinheitlichung der Förderanträge oder der Ersatz umfangreicher Verwendungsnachweise durch einfache Verwendungsbeglaubigungen, sollte unverzüglich angegangen werden.

Neue Zuversicht

Der Staat wird letztlich aufgefördert dem ländlichen Raum einen vernünftigen Ordnungsrahmen als Grundlage für eine verbesserte wirtschaftliche und demographische Entwicklung zu bieten. Dass es nicht ohne die Mitarbeit der betroffenen Kommunen vorangehen kann, versteht sich von selbst, versicherte der Präsident. Eine interkommunale Zusammenarbeit, z.B. im Bereich des Schulwesens oder auch des Tourismus, sollte von allen Beteiligten forciert vorangetrieben werden.

Nicht wenige Städte und Gemeinden haben nach den bitteren Jahren der Finanznot und der daraus resultierenden Einschränkungen ihrer Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger neue Zuversicht gewonnen. Die vielerorts weiter steigenden Einnahmen - vor allem der Gewerbesteuer - der faire kommunale Finanzausgleich 2006 und die allgemeine wirtschaftliche Erholung lassen Hoffnung auf bessere Zeiten in den Rathäusern aufkommen“ sagte Gemeindetagspräsident abschließend. CVH

Energiesicherheit für die Zukunft

Dr. Wulf H. Bernotat, Vorsitzender des Vorstandes der E.ON AG, über die Innovationsfreudigkeit des Energiekonzerns



Herr Bernotat, der Duden definiert Innovation als Erneuerung, Neuerung durch Anwendung neuer Verfahren und Techniken. Was bedeutet der Begriff für Sie?

Ich verbinde mit dem Begriff Innovation beziehungsweise innovativ vor allem eine Geisteshaltung – eine innere Einstellung. Innovation ist die Suche nach kontinuierlicher Verbesserung, der Glaube, dass es bessere Lösungen gibt, als den aktuellen Stand der Dinge.

Welche Bedeutung haben Innovationen für einen der führenden Energiedienstleister Europas?

Innovative Technologien zur Versorgung mit Strom und Gas sind das Rückgrat unseres Unternehmens. Denn nur Technologieführerschaft sichert uns in einem immer stärker werdenden Wettbewerbsumfeld eine nachhaltig führende Position. Eine wesentliche Voraussetzung dafür sind Neugierde und Offenheit – Werte, die feste Bestandteile unserer Unternehmenskultur sind. Wir sind offen für neue Lösungen und suchen kontinuierlich nach Verfahren, mit denen wir die Energieversorgung noch effizienter, noch umweltverträglicher und auch langfristig noch zuverlässiger machen können.

Was heißt das? Wie sieht die Zukunft der Energiewirtschaft aus?

Konkrete Prognosen sind hier natürlich schwierig, vor allem, weil wir von Entwicklungen sprechen, die sich in Generationen bemessen. Sicher ist, dass die Nachfrage nach Energie und damit die Bedeutung der Energieversorgung in Zukunft stark zunehmen werden. Energie ist der Motor der Weltwirtschaft: Die heutigen industrialisierten Gesellschaften in Europa und Amerika könnten ohne Energie nicht leben. Der Appetit aufstrebender Volkswirtschaften, wie China oder Indien, auf Energie ist gerade erst geweckt. Vor diesem Hintergrund lauten die maßgeblichen Herausforderungen der Energiezukunft meiner Meinung nach: Wirtschaftlichkeit, Klimawandel, Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und Zugang zu Ressourcen.

Wie macht sich E.ON „fit“ für die Zukunft?

Vor allem durch Innovationen! Sie liefern die Antworten auf die Fragen der Energiezukunft. Die Anwendung modernster Technologien ist der Schlüssel, die Zukunft effizienter, sicherer und nachhaltiger zu gestalten. Dabei warten wir nicht auf andere Unterneh-

men. E.ON agiert, indem wir Forschung und Entwicklung aktiv fördern und voran treiben. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Verantwortung zu übernehmen und Antworten auf die Fragen von morgen zu suchen und zu finden. Unsere kürzlich gestartete Technologieinitiative „innovate.on“ ist Ausdruck dieses Verständnisses.

Was verbirgt sich hinter „innovate.on“? Wofür steht „innovate.on“?

In dieser konzernweiten Initiative bündeln wir unsere gesamten Aktivitäten, um Innovationen und Entwicklungen in der Energietechnik voran zu treiben. Dabei verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz. Wer von CO₂-Abtrennung spricht, muss auch Lösungen zur Speicherung haben. Wer vom Ausbau der Windenergie spricht, muss auch wissen, wie die Energie von der Küste zum Kunden kommt. Entsprechend vielfältig ist unser Engagement. Wir planen den Bau des modernsten Kohlekraftwerks der Welt mit einem Wirkungsgrad von mehr als 50 Prozent, leisten im Rahmen unterschiedlicher Projekte Pionierarbeit zur umweltschonenden Kohleverstromung mittels CO₂-Abtrennung und -Speicherung und setzen verstärkt auf erneuerbare Energien, vor allem auf Windenergie und Biogas.

Welche Rolle werden erneuerbare Energien bei der Energieversorgung zukünftig spielen?

Die Bereitstellung von Energien aus erneuerbaren Quellen wird in Zukunft deutlich zunehmen. Auch wir bei E.ON glauben, dass die erneuerbaren Quellen einen Platz im Versorgungskonzept haben müssen. Dabei muss aber auf diejenigen Technologien gesetzt werden, die wirtschaftlich sinnvoll sind. Großes Potenzial bieten unserer Ansicht nach der Bereich Offshore-Windenergie und die Nutzung von Biogas.

Lassen sich diese Herausforderungen alleine lösen?

Auch wenn wir als international aufgestellter Konzern über große Kapazitäten und Möglichkeiten auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung verfügen, arbeiten wir mit unterschiedlichen Partnern zusammen. Dies ist allein schon aufgrund der bereits erwähnten ganzheitlichen Ausrichtung unserer Technologie-Initiative sinnvoll und notwendig. So bauen wir zum Beispiel gemeinsam mit der RWTH Aachen das „E.ON Forschungsinstitut für Energie“ auf. Einen Schwerpunkt des Instituts bildet die sichere und effiziente Einbindung von

aus Windkraft und Biogas gewonnener Energie. Weiterhin unterstützen wir das englische „Energy Technology Institute“ und arbeiten mit verschiedenen Industriepartnern auf der ganzen Welt zusammen. Hierbei kommt uns unsere Internationalität zu gute. Wir können Aufgaben optimal verteilen und Technologien dort erproben und entwickeln, wo die regionalen Rahmenbedingungen den größtmöglichen Erfolg sichern. Ein Beispiel dafür ist unsere Beteiligung an der weltweiten „FutureGen“ Initiative, einem Projekt von insgesamt 11 Industriepartnern. Hier beteiligen wir uns mit einem Beitrag von 25 Millionen Euro an der Errichtung eines Kohlevergasungskraftwerks, welches durch CO₂-Abspaltung und -Speicherung keine Emissionen abgibt und schon 2012 in den USA in Betrieb gehen wird.

Herr Bernotat, was ist für Sie persönlich die wichtigste technische Innovation der letzten Jahre?

Mobiltelefone sind für Menschen, die wie ich viel unterwegs sind, eine große Unterstützung. Sicherlich gibt es auch Situationen, in denen sie stören, aber dann kann man sie ja zum Glück einfach ausschalten.

Die Energie der Zukunft steckt in unseren Köpfen

Durch Innovation wird E.ON neue Maßstäbe setzen: innovat**e.on**

Klimawandel, Rohstoffknappheit, globaler Wettbewerb: Die Energiewirtschaft steht in den kommenden Jahrzehnten vor gewaltigen Herausforderungen. Wenn wir sie bestehen wollen, müssen wir nicht nur die natürlichen Ressourcen schonen und unsere Unabhängigkeit sichern, sondern auch die Effizienz unserer Kraftwerke steigern und neue Technologien zur Marktreife bringen – um so das Fundament für nachhaltiges Wachstum zu festigen.

Deutschlands wichtigster Rohstoff ist sein Ideenreichtum. Deutsche Technologie hat in aller Welt den Rang einer Premium-Marke – besonders im Energiesektor. In den kommenden Jahrzehnten werden unsere Forscher und Ingenieure diesen Vorsprung weiter ausbauen, neue Konzepte zur Anwendung bringen und damit Maßstäbe setzen.

Wenn fossile Brennstoffe (vor allem Öl und Gas) knapper werden, wenn sich unsere Atmosphäre weiter aufheizt und wenn der Energiehunger der rasant wachsenden Volkswirtschaften Asiens die Preise immer weiter in die Höhe treibt, stellt sich vor allem eine Kernaufgabe: Wie schaffen wir es, mehr Strom und Wärme zu gewinnen, ohne dabei mehr Rohstoffe zu verbrauchen? Mit einer Technologie-Offensive unter dem Titel „innovate.on“ stellt sich E.ON als weltweit größtes privat geführtes Strom- und Gasunternehmen dieser Herausforderung.

Ziel ist dabei nicht weniger, als das technische Optimum bei der Erzeugung von Strom und Wärme sowie beim Umweltschutz zu erreichen. Realisieren will E.ON dies durch Entwicklung und Installation hocheffizienter Kraftwerke, durch den breit angelegten – und gleichzeitig gezielten – Ausbau der Nutzung

regenerativer Energien sowie die Anwendung neuer Technologien zur Vermeidung des Ausstoßes von Kohlendioxid. Die einzelnen Komponenten der Technologie-Offensive fügen sich so in einen ganzheitlichen Ansatz.

Mehr Kilowattstunden aus jedem Kilo Kohle

Im Bereich der Kraftwerks-Technologie will E.ON in eine neue Dimension vorstoßen und die magische 50-Prozent-Grenze beim Wirkungsgrad der Kohleverstromung durchbrechen. Als erstes Unternehmen weltweit plant der Konzern ein Kraftwerk, das mehr als die Hälfte der eingesetzten Primärenergie in Strom umwandeln kann. Das 50-Prozent-Kraftwerk wird mindestens eine elektrische Leistung von 400 Megawatt haben und eine Investition von über 600 Millionen Euro erfordern. Bis das Kraftwerk an einem deutschen Standort im Jahr 2014 den Betrieb aufnehmen kann, sind aber neben der Planung noch einige Entwicklungsschritte zu leisten. Technologisch bedeutet dieses Kraftwerk einen Quantensprung: Durch neuartige Werkstoffe können aus jedem Kilo Kohle gut 20 Prozent mehr Strom gewonnen werden, als heute üblich.

Am bereits bestehenden Kraftwerksstandort Datteln (Nordrhein-Westfalen) baut E.ON einen neuen Block mit einer Leistung von 1.100 Megawatt, der schon im Jahr 2011 einen Wirkungsgrad von 45,5 Prozent erreichen wird. Diese Anlage entspricht dem höchsten Stand, der heute möglich ist.

Außerdem entsteht im bayrischen Irsching ein Gas- und Dampfkraftwerk, das einen Gesamtwirkungsgrad von über 60 Prozent erreichen wird. Dies ist aber derzeit nur mit dem wertvollen Brennstoff Erdgas möglich.

Der Einsatz fossiler Brennstoffe zur Stromerzeugung ist immer verbunden mit dem Entstehen von Kohlendioxid. Das als „Klimakiller“ gefürchtete Gas ist inzwischen zur weltweit größten ökologischen Bedrohung geworden. Dauerhaft verantwortbar ist diese Form der Stromerzeugung also nur, wenn neue Wege gefunden werden, die schädliche Wirkung des CO₂ zu minimieren.

E.ON legt deshalb einen der Schwerpunkte ihrer Technologie-Offensive auf die Abtrennung von Kohlendioxid aus dem Rauchgas und seine anschließende umweltschonende Speicherung.

Lagerstätten müssen erkundet werden

Theoretisch gibt es verschiedene Wege zur Abtrennung von CO₂ aus dem Abgas der Kraftwerke. Im Vordergrund stehen dabei vor allem die Kohlevergasung und die Kohleverbrennung mit reinem Sauerstoff. Allerdings sind diese Verfahren noch nicht in großtechnischem Maßstab verfügbar. Ein dritter viel versprechender Weg ist die nachgeschaltete Abtrennung des CO₂. Das unter Fachleuten als „Post Combustion“ bekannte Verfahren ist im Prinzip nichts anderes, als das Auswaschen des „Klimakillers“ aus dem Abgas. Kohlendioxid wird durch eine

Waschlösung geleitet und dabei gebunden. Das oben aus den Schornsteinen entweichende Abgas ist anschließend praktisch CO₂-frei. Die heute verfügbaren Verfahren sind aber noch wenig effizient und treiben so die Kosten der Stromerzeugung in die Höhe. E.ON hat sich das Ziel gesetzt, neuartige Verfahren zu entwickeln und bis zum Jahr 2014 eine „Post Combustion“-Pilotanlage in Betrieb zu nehmen. Sie wird bei erfolgreichen Tests eine Leistung von mehr als 30 Megawatt haben und etwa 80 Millionen Euro kosten. In den USA ist E.ON an einem Demonstrationsprojekt zur Kohlevergasung mit direkter CO₂-Abtrennung beteiligt, das bereits 2012 in Betrieb gehen soll. Das Kraftwerk mit einer Leistung von 275 Megawatt wird rund 700 Millionen Euro kosten.

Sinnvoll ist die Abtrennung von Kohlendioxid allerdings nur, wenn auch ein Weg gefunden wird, das Abfallprodukt zu lagern. Technisch und rechtlich sind hier noch viele Fragen offen. Außerdem sind mögliche Lagerstätten noch nicht ausreichend erkundet. Eine der Möglichkeiten ist das unterirdische Speichern von CO₂. E.ON unterstützt in diesem Zusammenhang das Projekt „CO₂SINK“, das erste kontinentaleuropäische Pilotvorhaben zur geologischen Speicherung von Kohlendioxid. Das Gas wird dabei in tief liegende Gesteinsschichten gepresst und dort dauerhaft eingelagert.

Nicht nur, weil die CO₂-freie und damit klimafreundliche Kernenergie in Deutschland politisch umstritten ist, werden regenerative Energien, wie Wind und Biomasse, eine weiter wachsende Rolle bei der Erzeugung von Strom und Wärme spielen. Im Mix aus fossilen, nuklearen und erneuerbaren Ener-

gieträgern ist die Windkraft bereits heute ein bedeutender Faktor. E.ON setzt darauf, diejenigen Technologien zu entwickeln, die langfristig am effektivsten und kostengünstigsten sind. So wird das Potenzial der Erneuerbaren z.B. nutzbar, wenn die Stromerzeugung auf See, die so genannte Offshore-Windkraft, in großem Maßstab zur Anwendung kommt. E.ON plant deshalb, bis zum Jahr 2011 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 500 Megawatt in Nord- und Ostsee zu installieren. In Cuxhaven errichtet das Unternehmen gerade eine Anlage, die eine jährliche Energiegewinnung von 17.000 Megawattstunden erreichen kann.

Saubere CO₂-Bilanz: Wind und Biomasse

Nicht frei von CO₂-Emissionen, aber umweltneutral in ihrer Kohlendioxid-Bilanz, ist die Biomasse als Energieträger. Bei der Verbrennung oder der Fermentation von z.B. Stroh, Holz oder Mais wird höchstens soviel Kohlendioxid frei, wie die Pflanzen während ihres Wachstums der Atmosphäre entzogen haben. E.ON sieht die Chancen dieser Energieträger vor allem in der Aufbereitung von Biogas auf Erdgas-Qualität und treibt die notwendigen technischen Verfahren voran.

Mit seiner Technologie-Offensive „innovate.on“ macht das Unternehmen also mehr, als nur einen Schritt in die nahe Zukunft. Es will die Grundlagen der Energiewirtschaft von übermorgen entwickeln – mit deutschem Know-how.

Die Vision von heute ist die Energie von übermorgen

Innovation ist weit mehr, als eine technisch-kreative Idee. Der Weg zur Innovation ist nicht nur gepflastert mit großen Anstrengungen, sondern verlangt auch Mut zum Risiko und die Bereitschaft, das Vorhandene in Frage zu stellen. So wächst aus Ideen eine Vision, aus Forschung neue Technologie, aus Gedanken Realität. Innovation in der Energiewirtschaft bedeutet: Verantwortung übernehmen – für Umwelt und Gesellschaft, für eine sichere Versorgung mit Energie. Wir kennen noch nicht alle Fragen von morgen, aber Technik ist mit Sicherheit eine Antwort.

Wirkungsgraderhöhung

Kein Kraftwerk kann die eingesetzte Primärenergie vollständig in Strom umwandeln. Grund dafür sind physikalische Gesetze. Die Energie des eingesetzten Brennstoffs kann demnach nur teilweise in Elektrizität umgewandelt werden. Es entsteht immer auch Wärme, die nicht mehr weiter genutzt werden kann (Temperatur niedriger als 35 Grad). Es kommt also darauf an, die Stromausbeute von Kraftwerken kontinuierlich zu steigern. So kann dieselbe Menge an Elektrizität aus weniger Brennstoff erzeugt werden. Das spart nicht nur die knappen Rohstoffressourcen, denn mit jeder Tonne Kohle, Gas oder Öl, die nicht verbrannt werden muss, entsteht eben auch kein klimaschädliches Kohlendioxid.

Ein Kraftwerkstyp, der diese Herausforderung meistert, sind Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke. Sie nutzen heißes Abgas, welches schon Strom in einer Gasturbine erzeugt hat, erzeugen damit Dampf und treiben so weitere Generatoren an. E.ON will den Gesamtwirkungsgrad dieser mit Erdgas betriebenen Technologie über die 60-Prozent-Marke bringen.

Auch im Kohle-Bereich wächst die Effizienz. Durchschnittlich haben deutsche Kohlekraftwerke heute einen Wirkungsgrad von 38 Prozent. E.ON will künftig mehr als 50 Prozent erreichen und testet dazu neuartige Werkstoffe, die zu einem großen Anteil nicht mehr aus Stahl, sondern aus Nickel bestehen. Diese Werkstoffe müssen über Jahre eine Dampftemperatur von 700 Grad und einen Druck von 350 bar aushalten.

CO₂-Abtrennung und Speicherung

Überall, wo fossile Brennstoffe eingesetzt werden, entsteht Kohlendioxid. Ingenieure des E.ON-Konzerns entwickeln und testen deshalb Verfahren, mit denen CO₂ aus den Abgasen heraus getrennt und gespeichert werden kann. Bei der so genannten Oxyfuel-Methode wird Kohle nicht mit Luft, sondern mit reinem Sauerstoff verbrannt. Dabei entsteht Kohlendioxid in einer Reinheit von fast 90 Prozent – auf den sonst üblichen Abtrennungsprozess kann verzichtet werden, das CO₂ wird direkt gespeichert! Eine weitere Möglichkeit der CO₂-Abscheidung ist das „Waschen“ des Rauchgases. Dieses Verfahren ist auch für die Nachrüstung älterer Kraftwerke geeignet. E.ON ist an der Erprobung im dänischen Esbjerg beteiligt und will darüber hinaus auch an eigenen Kraftwerksstandorten innovative Prozesse vorantreiben.

Kohlendioxid kann man „einfangen“. Hierfür bietet sich die Speicherung in ausgekohlten Kohlegruben an. Bei diesem Verfahren wird das Gas durch Bohrlöcher in den Boden gepresst. Die höher liegenden Schichten sind gasundurchlässig und halten das CO₂ zurück. Im Boden lagert es sich in kleinsten Hohlräumen ein oder reagiert chemisch mit dem Gestein. Damit wird das CO₂ dauerhaft aus der Atmosphäre entfernt.

Offshore-Windkraft

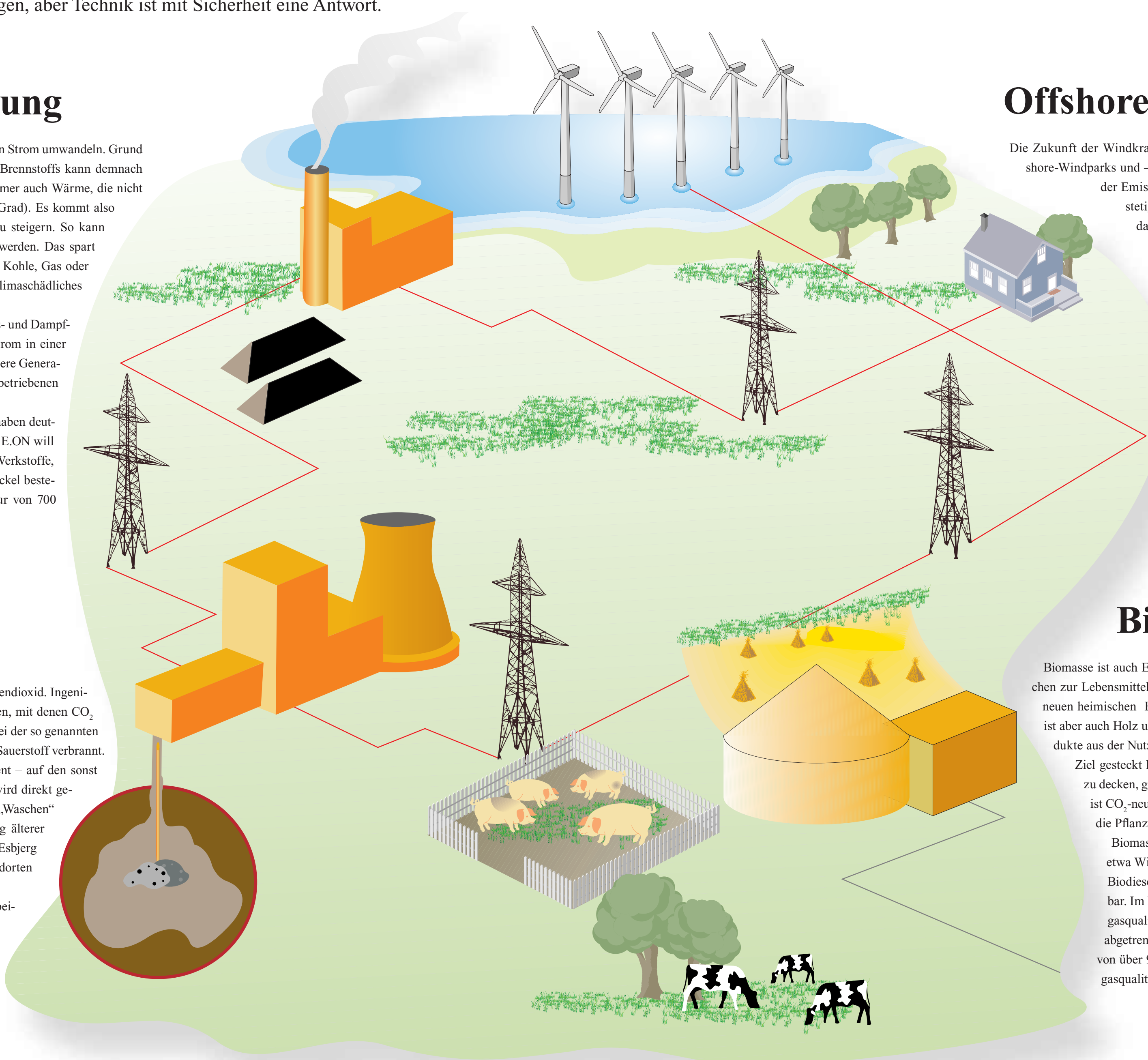
Die Zukunft der Windkraft liegt vor unseren Küsten. Hier ist Platz für so genannte Offshore-Windparks und – vor allem – viel Wind. Windkraft hat den ökologischen Vorteil der Emissionsfreiheit. Auf See ist sie ökonomisch reizvoller, da der Wind stetiger und kräftiger als an Land weht. Experten sehen die Windkraft daher in Deutschland langfristig sogar mit einem zweistelligen Prozentanteil an der Gesamterzeugung vertreten. Allerdings müssen mit dem Ausbau der Windenergie die Leitungsnetze verstärkt werden, damit der Strom vom Meer zum Kunden fließen kann. Die künftigen Offshore-Parks liegen 30 Kilometer und mehr vor der Küste. Bei ihrer Planung sind also auch die Interessen von Naturschutz, Schifffahrt, Fischerei und Tourismus zu berücksichtigen.

Technisch bedeutet die Installation von Offshore-Windparks den Sprung in eine völlig neue Dimension. Die Windkraftanlagen der Zukunft werden eine Nabenhöhe von 117 Metern, die Rotoren einen Durchmesser von mehr als hundert Metern haben. Die Nennleistung einer einzigen dieser Windturbinen wird bei 5 bis über 6 MW liegen.

Biomasse

Biomasse ist auch Energie vom Acker. Weil die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen zur Lebensmittelerzeugung in Deutschland zurück geht, wird Platz frei für einen neuen heimischen Energieträger – Raps, Mais, Getreide und Zuckerrüben. Biomasse ist aber auch Holz und sind Ernterückstände und organische Abfälle sowie Nebenprodukte aus der Nutztierhaltung. Da Deutschland sich für das Jahr 2020 das politische Ziel gesteckt hat, 20 Prozent seines Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen zu decken, gewinnt Biomasse an Bedeutung. Der Markt wächst – und Biomasse ist CO₂-neutral. Bei ihrer Verbrennung wird nur soviel Kohlendioxid frei, wie die Pflanzen vorher aus der Luft gebunden haben.

Biomasse hat den Vorteil, dass sie keinen Schwankungen unterliegt – wie etwa Wind- und Solarenergie. Flüssige Biomasse ist vor allem in Form von Biodiesel und Bioethanol als Kraftstoff für Verbrennungsmotoren verfügbar. Im Bereich Biogas wird derzeit erprobt, das Naturprodukt bis auf Erdgasqualität zu veredeln. Technisch wird hier das im Biogas enthaltene CO₂ abgetrennt und so der Methananteil erhöht. Erdgas hat einen Methangehalt von über 90 Prozent, Biogas bringt es auf 50 bis 60 Prozent. Biogas in Erdgasqualität soll dezentral in die Gasnetze eingespeist werden.



Der EPR – „Fort Knox“ unter den Reaktoren

Der European Pressurized Reactor – Zukunftsmodell mit verbesserter Sicherheit

Keine andere Industrieanlage ist in Deutschland so massiv geschützt, wie ein Kernkraftwerk. Und stellen die heute betriebenen Reaktoren bereits wahre Bollwerke dar, erreicht der EPR eine neue Qualität der Sicherheit. Allein für den nuklearen Kraftwerksbereich (u. a. Reaktor-, Sicherheits- und Brennelementgebäude) wird 56mal mehr Beton verwendet, als zum Bau des legendären US-amerikanischen Goldbarrenlagers in Fort Knox.

Optimierte Technik statt „Prototyp“

Seit 2005 befindet sich der weltweit erste EPR im finnischen Olkiluoto im Bau. Der EPR ist ein evolutionärer (weiter entwickelter) Druckwasserreaktor, der von Framatome und Siemens – heute im Gemeinschaftsunternehmen AREVA NP (AREVA 66 Prozent, Siemens 34 Prozent) zusammengefasst – und unter maßgeblicher Beteiligung von führenden Energieversorgungsunternehmen aus Frankreich und Deutschland entwickelt worden ist.

Ausgeklügeltes Sicherheitskonzept

Auch Genehmigungsbehörden und Gutachterorganisationen beider Länder haben das Vorhaben begleitet. Der EPR gehört zur allerneuesten – der dritten – Reaktorgeneration. Er baut auf der erprobten Technik der modernsten Reaktoren beider Länder auf, nämlich den Konvoi-Anlagen (Deutschland) und der N4-Serie (Frankreich). Im Fokus der Entwicklung standen von Beginn an eine weiter verbesserte Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Durch die Weiterentwicklung der Sicherheitssysteme auf verschiedenen Ebenen



Die Errichtung des EPR in Olkiluoto ist gegenwärtig eines der größten Bauprojekte in Europa

wird beim EPR ein hypothetischer Kernschmelzunfall noch unwahrscheinlicher, als er es in den heutigen Anlagen bereits ist. So sind zum Beispiel die Sicherheitssysteme

vierfach vorhanden und räumlich voneinander getrennt in eigenen Sicherheitsgebäuden untergebracht. Dennoch werden Vorkehrungen getroffen, die darauf gerichtet sind,

selbst bei einem Kernschmelzunfall die Umwelt vor unzulässigen radioaktiven Freisetzungen zu bewahren. Der geschmolzene Kern würde unterhalb des Reaktordruckbe-

hälters auf einer speziellen Ausbreitungsfläche innerhalb des Containments („Core Catcher“) aufgefangen und gekühlt und der Druck innerhalb des Containments sicher abgebaut werden. Das äußerst robuste doppelwandige Spannbetoncontainment würde die Radioaktivität sicher einschließen. Für die in der Nähe der Anlage lebende Bevölkerung müssten in einem solchen Fall keine Notfallmaßnahmen, wie eine Evakuierung, ergriffen werden. Sie könnte dort in Sicherheit wohnen bleiben.

Der EPR ist baulich und sicherheitstechnisch so konstruiert, dass die Anlage selbst nach dem Aufprall eines Militärflugzeuges oder eines großen Passagierflugzeuges in einen gesicherten Zustand gebracht und kontrolliert abgefahren werden kann.

Noch wirtschaftlichere Stromerzeugung mit dem „Drei-Liter-Reaktor“

Uran ist ein äußerst konzentrierter Energieträger. Mit einem Kilogramm angereichertem Uran lassen sich heute etwa 350.000 kWh Strom erzeugen – genug, um 100 Privathaushalte ein Jahr lang rund um die Uhr mit Elektrizität zu versorgen. Zum Vergleich: Ein Kilogramm Öl reicht nur für 12 kWh. Der EPR mit einer Nennleistung von 1.600 MW ist noch sparsamer und benötigt dank eines erhöhten Wirkungsgrades etwa 15 Prozent weniger Uran. Zusammen mit einem optimierten Anlagendesign und einer auf 60 Jahre ausgelegten Betriebszeit führt das zu einer weiteren Absenkung der Stromerzeugungskosten.

Die Anlage Olkiluoto 3 wird nach heutigen Plänen 2010 den kommerziellen Betrieb aufnehmen, gefolgt von Flamanville 3 in Frankreich, wo der Bau des nächsten EPR 2007 beginnen wird.

Christian Wilson, AREVA

innovate.e.on

Die vier Pfeiler der E.ON Technologieoffensive

- Wirkungsgraderhöhung
- CO₂-Abtrennung und -Speicherung
- Offshore-Windkraft
- Biomasse

mehr unter: www.eon-energie.com

Wie kommt die Innovation in die Welt?

Von Prof. Dr. Ernst Messerschmid

Was muss geschehen, damit Innovationen stattfinden? Patentrezepte dafür gibt es nicht – genauso wenig, wie eine wissenschaftlich gesicherte Theorie des kreativen Handelns. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Douglas North identifizierte sechs Einflussgrößen, die gleichzeitig zum Tragen kommen und kommen müssen, damit Innovatives entsteht. Motivation, Risikobereitschaft und Neugier spielen dabei eine zentrale Rolle. Es bedarf Menschen, die Probleme und Bedürfnisse identifizieren, Erkenntnisse zu einer neuen Lösung zusammensetzen und diese auch manchmal gegen Widerstände durchsetzen. Doch Kreativität und Innovationsgeist brauchen auch Rahmenbedingungen, die wir in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schaffen müssen. Dazu zählen Organisa-



tionsstrukturen in Institutionen, Behörden und Unternehmen, die Kreativität fördern und neue Ideen unterstützen, sowie ein Bildungssystem, das jungen Frauen und Männern sowohl Faktenwissen vermittelt, als auch lehrt, in Zusammenhängen zu denken. Von kritischen Stimmen hören wir immer wieder, dass Deutschland unter einem derart innovationsfeindlichen Klima leidet, dass jedwede Kreativität bereits im Keim erstickt wird. Unerwähnt bleibt dabei oftmals die Notwendigkeit von Innovationshemmnissen. An ihnen muss sich das Neue reiben und beweisen, es muss besser sein, als das Alte und sich dagegen durchsetzen. Diese Tatsache sollte uns Mut machen und motivieren, an unserem Umfeld nicht zu verzweifeln, sondern es vielmehr als Nährboden zu verstehen, auf dem wir Neues kultivieren.

Freistaat und E.ON-Konzern forcieren die Entwicklung:

Bayern ist „Bioerdgas“-Region Nummer eins

Der Newcomer hat die Wasserkraft als Energiequelle schon überholt
Große Chancen auch für die Landwirtschaft

Bayern setzt massiv auf Biogas. Denn das aus der Vergärung organischer Stoffe wie Pflanzen und Gülle entstehende Gas, das in aufbereiteter Form Erdgasqualität hat und als „Bioerdgas“ entsprechend vielseitig einsetzbar ist, kann einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit, zum Klimaschutz und auch zur wirtschaftlichen Absicherung der Landwirte leisten. Bayern hat deshalb sein Aktionsprogramm „Biogas in Bayern“ gestartet, das durch Aktivitäten des E.ON-Konzerns, die es schon seit Mitte der 90er Jahre gibt, hervorragend ergänzt und erweitert wird. Bayern gilt als Nr. 1-Region für Bioerdgas in Deutschland.

Die Erzeugung von Biogas gilt als die effizienteste Methode, aus Biomasse Energie zu gewinnen. So lässt sich pro Hektar mit fast 5000 Liter Dieseldieselkraftstoff-Äquivalente fast dreimal soviel Ertrag wie über die Produktion von Biodiesel erzielen. Darauf wies bei der Vorstellung seines Programms Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller hin.

Die Nutzung von Biogas in Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung, bei der nach Angaben von Stefan Vogg von der E.ON Bayern AG ein Wirkungsgrad von 80 bis 90 Grad erreicht wird, gilt nur als erste Stufe der zukunftssträchtigen Technologie. Die nächste Stufe besteht in der Aufbereitung (Reinigung) des Biogases auf Erdgasqualität („Bioerdgas“) und dessen Einspeisung ins Erdgasnetz. Damit ist Bioerdgas transportabel und somit nutzbar, wo es gebraucht wird. Als Abnehmer von Strom und Wärme kommen nicht nur Industrie und Privatleute, sondern auch Kommunen in Frage, etwa zu Beheizung eines Freibades. Aber Biogas ist genau wie Erdgas auch als Treibstoff für Kraftfahrzeuge einsetzbar. Bisher gibt es in Deutschland schon etwa 750 Erdgastankstellen, bis 2008 sollen es 1000 sein. Jürgen Lenz von der E.ON Ruhrgas AG teilte mit, dass die eigens gegründete E.ON Gas Mobil GmbH bis 2008 an den Bundesautobahnen 150 Erdgasstationen errichten will. Miller: „Bioerdgas stehen alle Anwendungsmöglichkeiten offen.“

Nachwachsende Rohstoffe (Biomasse) decken nach der letztverfügbaren Statistik aus dem Jahre 2003 in Deutschland 3,3 % und in Bayern sogar schon 4,4 % des Primärenergiebedarfs. Seit einigen Jahren hat in Bayern Biomasse in ihrem Energiebeitrag die Wasserkraft überholt. Durch Biomasse werden in Bayern pro Jahr 2,5 Mrd. Liter Heizöls ersetzt und rund 6,6 Mio. Tonnen Kohlendioxid (CO₂) eingespart. Die Ölerparnis entspricht laut Miller einer Tankwagenkette von Berchtesgaden bis Flensburg. Entsprechend groß ist auch der ökologische Nutzen, denn Energiepflanzen binden während ihres Wachstums soviel CO₂, wie bei ihrer Nutzung freigesetzt wird. Auf mittlere Sicht will Bayern den Biomasse-Anteil an der Deckung des Primärenergiebedarfs auf 5,5 Prozent steigern. Dadurch soll die CO₂-Emission, die 92 Mio. Tonnen im Jahr 1998 betrug, auf 80 Mio. Tonnen im Jahr 2010 reduziert werden. Der Minister ist sicher, dass dies gelingen wird, „denn Bayern ist in Deutschland Hauptmotor für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und setzt auch europaweit Impulse.“

Nicht zu unterschätzen ist auch der Nutzen für die Landwirtschaft. Die Bauern, künftig vielleicht auch „Energiewirte“ genannt, sollen die nachwachsenden Rohstoffe liefern, können laut Vogg aber auch als Betriebsführer der Biogasanlagen fungieren. E.ON geht wohl davon aus, dass der Energiekonzern die Anlagen betreiben wird, der Bayerische Bauernverband sähe es lieber, wenn die Anlagen im Mehrheitseigentum der Bauern wären. Dazu Landwirtschaftsminister Miller: „In einem freien Land wird das der Markt regeln.“ Nutzen brächte aber auch die Kraft-Wärme-Kopplung, etwa für den Unter-Glas-Gartenbau die Beheizung von sensiblen Tierhaltungen. Außerdem ergibt der Vergärungsrest einen hervorragenden Dünger auf organischer Basis.

Nach Ansicht der E.ON-Tochter Ruhrgas AG ist Bayern die Nr. 1-Region für Bioerdgas in Deutschland. 19 Prozent des bayerischen Erdgasverbrauchs bzw. 27 Prozent der bayerischen Haushalte könnten mit Bioerdgas aus der Landwirtschaft versorgt werden. Nach Bayern mit einem Biogas-Potenzial von 15,1 Mrd. kWh im Jahr folgen Niedersachsen mit 13,7 Mrd. kWh im Jahr und Nordrhein-Westfalen mit 8,8 Mrd. kWh im Jahr.

Effiziente Technologie

Laut einer Studie der Deutschen Vereinigung der Gas- und Wasserwirtschaft (DVGW) ist in Deutschland unter günstigen Voraussetzungen bis zum Jahr 2030 ein Bioerdgas-Anteil von 10 Mrd. Kubikmeter (cbm) denkbar. Das entspräche rund 10 % des heutigen Erdgasabsatzes. Für Bayern wird ein Potenzial von 1,5 Mrd. cbm ausgewiesen, was etwa 16 Prozent des derzeitigen Erdgasverbrauchs entspricht. Aus der Stromerzeugung der bayerischen Anlagen errechnet sich bereits heute eine produzierte Bioerdgas-Menge von rund 400 Mio. cbm. Miller spricht denn auch bei Biogas von einer leistungsstarken und effizienten Technologie, die in den vergangenen Jahren einen beachtlichen Aufschwung erfahren habe, nicht zuletzt durch Arbeiten der TU München-Weihenstephan. Die erfreuliche Entwicklung der Biogasanlagen bei der Stromeinspeisung ist vor allem auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zurückzuführen, das für Strom aus Biomasse eine erhöhte Vergütung garantiert.

Nach Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) stehen in Bayern die für Biogas benötigten Flächen für Energiepflanzen von rund 110.000 Hektar ohne deutliche Anbauverschiebungen zur Verfügung. Diese Flächen entsprächen 3 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche im Freistaat. Zu Engpässen bei Futterpflanzen komme es nicht, sagte Miller. Zu berücksichtigen sei, dass Leistungssteigerungen bei der tierischen Erzeugung zu einem Rückgang des Tierbestandes und vermindertem Futterbedarf führten und Fortschritte bei der Züchtung von ertragreicheren Energiepflanzen zu erwarten seien. „Außerdem aber“, so Miller, gebe es Reserven bei stillgelegten Flächen. Mit den Flächenstilllegungen müsse in Zeiten sich abzeichnender Knappheit bei fossilen Energieträgern Schluss sein, forderte der Minister in Richtung EU.

Mit Blick auf ethische Bedenken wegen des Einsatzes z.B.

von Getreide oder Mais zur Energieerzeugung wies Miller in einer historischen Betrachtung darauf hin, dass die Landwirtschaft schon immer zur Energieerzeugung beigetragen habe, und zwar nicht nur mit Bereitstellung von Brennholz. Aus Statistiken des Jahres 1914 gehe hervor, dass z.B. damals in Bayern von 4,3 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 1,5 Mio. ha als Futterflächen für Zugtiere dienten, die für die nötige Mobilität sorgten. Das waren immerhin 36 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Das Aktionsprogramm „Biogas Bayern“ der Staatsregierung steht laut Miller auf vier Säulen: Bildung, Beratung, angewandte Forschung und Pilotbetriebe. Bayern hat als erstes Bundesland einen eigenen Ausbildungsgang „Fachagrarwirt erneuerbare Energien - Biomasse“ eingerichtet. Die neuen Spezialisten sollen bei Anlagenherstellung in Beratung und Praxis eingesetzt werden. Für die Beratung bei ihrer Investitionsentscheidung stehen den Bauern 18 Fachberater für Landtechnik und energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur Seite. In zehn Pilotbetrieben werden wissenschaftliche Grundlagen auf ihre Belastbarkeit geprüft. Für praxisorientierte Forschungsarbeiten stehen 2,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Ca. 1350 Anlagen in Bayern

Zurzeit gibt es in Bayern etwa 1350 Biogasanlagen, in Deutschland insgesamt etwa 3500. Im Jahr 2006 betrug die installierte Leistung durchschnittlich 190 kW pro Anlage. Das ergibt eine Gesamtleistung von 256 MW. Besonders gut bestückt sind die Landkreise Donau-Ries und Altmühl. 2006 wurden schätzungsweise 1,9 Prozent der Strommenge in Bayern aus Biogasanlagen gedeckt. Rein rechnerisch werden damit etwa 400.000 Haushalte versorgt.

Zwar, so Miller, sei es sein Ziel, die hochentwickelte Land- und Ernährungswirtschaft in Bayern für die Erzeugung von Lebensmitteln zu erhalten, doch gelte es, die nicht benötigten Agrarflächen sinnvoll für die Energieerzeugung zu nutzen. Der Bau von Biogasanlagen und

von Biomasse-Heizwerken sei ein neuer und bedeutender Wirtschaftszweig geworden. Die Chance, einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit, zum Klimaschutz und zur heimischen Wertschöpfung zu leisten, dürfe nicht vertan werden.

In diese Richtung arbeitet auch schon seit Mitte der 90er Jahre der E.ON-Konzern mit seiner E.ON Bayern-Biogasooffensive, in die in diesem Jahr 10 Mio. Euro investiert werden. Biogas, den Newcomer unter den regenerativen Energien, sieht E.ON Bayern als Teil eines vernünftigen Energiemixes, der zur ökologischen und wirtschaftlichen Stärkung der Region beitrage. E.ON erwartet sich von seinem Engagement eine spürbare Subvention von Erdgas und damit eine deutliche Reduzierung der Importabhängigkeit.

E.ON Bayern betreibt ca. 70 Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung auf regenerativer Basis oder als Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Dieser Bereich soll weiter ausgebaut werden. Im August 2006 ging eine Biogasanlage in Schwandorf in Betrieb. In Kürze folgt eine zweite in Arzberg. Noch heuer folgen Anlagen in Hammelburg und Bad Bocklet. In Plienig bei Ebersberg wird jetzt Biogas direkt ins Erdgasnetz eingespeist. Die Anlage hat eine Leistung von 1,5 MW Strom und 1,6 MW Wärme. Sie benötigt eine Mais-Anbaufläche von 500 ha. Anlagen in Poing und Puchheim wurden so umgerüstet, dass aufbereitetes Biogas ins Erdgasnetz eingespeist werden kann. In Schwandorf ist neben dem Firmengelände der Firma Schmack Biogas AG, eines Branchenführers für den Bau von Biogas-Anlagen, eine Einspeisungsanlage geplant.

Bis Ende 2007 wird E.ON Bayern mit seinen Anlagen über eine elektrische Kraftwerksleistung von mehr als 4 MW und eine Wärmeleistung von knapp 5 MW verfügen. Damit werden 10.000 Haushalte mit Strom auf Biogas-Basis versorgt. Der Bau weiterer Anlagen mit 10 bis 15 MW Leistung ist vorgesehen. Solch eine Anlage benötigt etwa 10 Quadratkilometer Mais-Anbaufläche.

Mit all diesen Aktivitäten, so Vogg, biete E.ON vielen Landwirten neue Einkommensperspektiven. Allein mit dem bis Ende 2007 geplanten Biogas-Engagement würden mehr als 120 Landwirte in den Erzeugungsprozess mit eingebunden. E.ON Bayern sei an einer zukunftssträchtigen Partnerschaft zwischen Energie- und Landwirtschaft sehr interessiert, die langfristige, qualifizierte Arbeitsplätze schaffe.

dhg.

Erdgas Südbayern senkt Erdgaspreis

Sinkende Nachfrage nach Energie auf dem Weltmarkt ermöglicht eine Preissenkung bei der Erdgas Südbayern GmbH (ESB)

Zum 1. Februar 2007 wird die ESB ihre variablen Erdgaspreise für Privatkunden senken. Möglich wird dies in erster Linie durch eine Entspannung auf dem Weltenergiemarkt. Der Anstieg der Energiepreise in Deutschland hat sich deshalb in den vergangenen Monaten beruhigt. Damit sind auch die Bezugskosten der ESB für Erdgas wieder rückläufig. Zudem sinken über die Regulierung der Bundesnetzagentur die Entgelte für das Gasnetz.

Jährliche Kosteneinsparung

Diese Entwicklung ermöglicht es der ESB, die variablen Erdgaspreise im ESB-Preissystem um 0,32 Cent/Kilowattstunde (netto 0,27 Cent/kWh) zu senken. Für einen 3-Personen-Haushalt mit einem durchschnittlichen Erdgasverbrauch von 18.000 Kilowattstunden pro Jahr ergibt sich mit der aktuellen Preissenkung eine jährliche Kosteneinsparung von 57,60 Euro. Kunden mit einem Jahresverbrauch von 35.000 kWh Erdgas werden um 112 Euro pro Jahr entlastet.

Erdgas-Versorgungsunternehmen müssen für den Transport von Erdgas zum Kunden an den örtlichen Netzbetreiber ein Netznutzungsentgelt bezahlen. Die Höhe dieses Netznutzungsentgeltes der ESB wurde von der Bundesnetzagentur aufgrund der aktuellen Netzkosten des Netzbetreibers neu festgelegt.

Preismodelle und Wahlleistungen

Die Erdgas Südbayern GmbH bietet ihren Kunden bereits seit mehreren Jahren verschiedene Preismodelle und Wahlleistungen an. „Wir versuchen die Vielfalt in unserem Preissystem an die Bedürfnisse unserer Kunden anzupassen, um ihnen weiterhin verschiedene Optionen anzubieten. Zudem bieten wir einen Anreiz zum Energiesparen mit verschiedenen Veranstaltungen für unsere Kunden und zum Einsatz von modernen Erdgas-Heizungsanlagen“, so Martin Heun, Prokurist bei der ESB.

Bis Ende des Jahres lief das ESB-Förderprogramm für die Modernisierung mit Erdgas. 650 bzw. 1.100. Euro wurden für den attraktiven Umstieg auf die saubere und sparsame Erdgasheizung angeboten. Die ESB unterstützte damit die Initiative vieler Kommunen nach mehr Energieeffizienz in Gebäuden und einer sauberen Umwelt. Das ESB-Wechselgeld erhielten Kunden, die ihre Heizungsanlage von einem anderen Energieträger - wie Holz oder Öl - auf Erdgas umstellten. Der Zuschuss betrug 650 Euro bei Häusern mit bis zu drei Wohneinheiten, bei größeren Gebäuden wurden sogar 1.100 Euro ausbezahlt.

ESB-Profil

Die Erdgas Südbayern GmbH - Wärmedienstleistung für die Region. Als einer der größten Erdgas- und Wärmedienstleister in Bayern sorgt die ESB in Ober- und Niederbayern in mehr als 160.000 Haushalten für Wärme. Zur regionalen Erdgasversorgung betreibt die ESB in Südbayern ein Leitungsnetz von 8.000 Kilometern. In 250 Städten und Gemeinden Südbayerns nutzen die Menschen die Vorteile der umweltschonenden Energie Erdgas. Zudem beliefert die ESB 24 kommunale Weiterverteiler mit Erdgas für ihre Kunden. Private Verbraucher, Kommunen und Unternehmen setzen auf den zuverlässigen Service, das technische Know-how, die regionale Präsenz und das Engagement der ESB. Kompletter Wärmeservice aus einer Hand für Kommunen oder Unternehmen sowie Betriebsführung von Wasserversorgungen für Gemeinden ergänzen das Portfolio der ESB. □

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.



Modern heizen, unbeschwert leben. Mit der 5-Sterne-Wärme von ESB wird vieles angenehmer. Sie haben Anschluss an eine moderne Energie und sind damit in guter Gesellschaft. Denn in 300 Städten und Gemeinden Südbayerns leben bereits 170.000 Familien in Ihrer Nachbarschaft

mit Erdgas – bequem und komfortabel. Wählen Sie jetzt das Leistungspaket, das genau auf Ihre Wünsche zugeschnitten ist – wir freuen uns auf Sie!

Mehr Infos unter 0 1801/56 57 58
(3,9 Cent/Min. im deutschen Festnetz der Telekom)

ESB
Erdgas Südbayern



Kirsten Pallacks vom Verein Kinderhospiz im Allgäu freute sich über die Fleecedecken, die Martin Abold von erdgas schwaben für die Ausstattung der Kinderzimmer im Kinderhospiz St. Nikolaus beisteuerte.

erdgas schwaben unterstützt Kinderhospiz St. Nikolaus

Als symbolhafte Geste überreichte Martin Abold von erdgas schwaben zahlreiche Fleecedecken für die Kinderzimmer im neu eröffneten Kinderhospiz St. Nikolaus im Allgäu. Das Energieversorgungsunternehmen unterstützt die in Süddeutschland einmalige Einrichtung von Beginn an tatkräftig. „erdgas schwaben ist für uns ein großartiger Partner“, meinte Kinderhospiz-Geschäftsführerin Marlies Breher.

Die Einrichtung in Bad Grönenbach wurde vor wenigen Wochen im Beisein von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und seiner Gattin Karin offiziell eröffnet. Karin Stoiber ist Schirmherrin des Projektes, das ausschließlich aus Sponsorengeldern und Spenden finanziert wurde. Das Kinderhospiz St. Nikolaus ist eine Anlauf- und Erholungsstätte mit acht Plätzen für unheilbar erkrankte Kinder mit verkürzter Lebenserwartung. Im Kinderhospiz werden neben den erkrankten Kindern auch deren Eltern und Geschwister liebevoll betreut und in ihrer schwierigen Situation unterstützt.

„Bereits in der Planungsphase für den Neubau hat uns erdgas schwaben unbürokratisch sehr

geholfen“, erklärte Marlies Breher. „Für ein Projekt, das aus der Initiative engagierter Menschen entsteht, sind solche Partner bei der Verwirklichung unverzichtbar.“

Hilfe in schwierigster Zeit

Der gemeinnützige Trägerverein habe nun zum Ziel, den Betrieb des Kinderhospizes St. Nikolaus im Allgäu langfristig finanziell zu sichern. Auch dazu leistet erdgas schwaben einen wichtigen Beitrag. „Mit Hilfe solcher Partner gelingt es uns, schwerstkranken Kindern und deren Familien einen Ort zu bieten, an dem sie in schwierigster Zeit Hilfe, Unterstützung und Lebensfreude finden“, betonte Marlies Breher.

Gaspreise - Preiserhöhungen - Abrechnungen

Infomappe der Verbraucherzentrale bietet nützliche Hinweise und Musterbriefe

Zum aktuellen Stand einer komplizierten Materie haben die Verbraucherzentralen die Infomappe „Gaspreise - Preiserhöhungen - Abrechnungen“ zusammengestellt. Ausführlich und präzise wird erläutert, was Gaskunden zu Preiserhöhungen der Versorger wissen sollten.

Verbraucher erhalten viele nützliche Hinweise zum Umgang mit Mahnungen und Sperrandrohungen sowie Tipps, wie neue Vertragsangebote zu bewerten sind.

Diverse Musterbriefe

Detailliert erklärt die Infomappe außerdem die oft

nicht verständliche Jahresabrechnung Erdgas. Im Anhang bietet die Gaspreismappe verschiedene Musterbriefe als hilfreiche Vorlagen für die Korrespondenz mit dem Versorgungsunternehmen. Die Infomappe gibt es kostenlos in allen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Bayern. Adressen unter www.verbraucherzentrale-bayern.de

CarboTech Engineering GmbH:

100 Prozent-Übernahme durch Schmack Biogas AG

Die Schmack Biogas AG übernahm mit Wirkung zum 22. Dezember 2006 zu 100 Prozent die CarboTech Engineering GmbH, Essen. Das Unternehmen ist Spezialist für Technologien und Prozesse zur Aufbereitung, Reinigung und Erzeugung von technischen Gasen und insbesondere Biogas.

Die Technologie von CarboTech ist das derzeit technisch ausgereifteste Verfahren zur Aufbereitung von Biogas für die Einspeisung ins Gasnetz. Schmack Biogas kann sich mit dieser Akquisition eine weitere, zentrale Schlüsseltechnologie für die zukünftige Erschließung des Biogasmarktes sichern und erweitert die eigene Wertschöpfungskette.

Zentrale Schlüsselstelle

Ulrich Schmack, Vorstand der Schmack Biogas AG: „Es ist unsere Strategie, dass wir uns Beteiligungen an führenden Unternehmen aus Schlüsseltechnologien des Biogasmarktes sichern. Die Aufbereitung und Reinigung von Biogas ist aus unserer Sicht die zentrale Schlüsselstelle, wenn man Biogas im industriellen Maßstab ins Gasnetz einspeisen und damit importiertes Erdgas substituieren will. Mir ist aktuell kein namhaftes Einspeisungsprojekt für Biogas in Deutschland und Europa bekannt, das auf die Technologie und Kompetenz von CarboTech verzichten würde. Mit dieser Übernahme konnten wir uns das Know how des technologischen Marktführers sichern.“

Zuverlässige Aufbereitungstechnologie

Technologisch ist die Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität zur Einspeisung ins Gasnetz bereits seit rund zwei Jahren erprobt. Die CarboTech-Aufbereitungstechnologie gilt als besonders effizient, zuverlässig, umweltfreundlich und langlebig. Es ist die einzige verfügbare Aufbereitungstechnologie, die neben Kohlendioxid auch Wasser, Siloxane, Schwefelwasserstoff, FCKWs und andere Stoffe aus dem ungereinigten Biogas entfernt. Aktuell geht es vor allem darum, die Technologie und die Prozesse soweit zu verfeinern und weiter zu entwickeln, dass die Wirtschaftlichkeit der Gaseinspeisung im industriellen Maßstab nachhaltig sicher gestellt werden kann.

Schmack Biogas und CarboTech arbeiteten in der Vergangenheit bereits beim ersten Gaseinspeisungsprojekt in Österreich zusammen, wo Biogas in einer Anlage der Schmack Biogas gewonnen und mit der Technologie von CarboTech aufbereitet wurde. Weitere gemeinsame Projekte waren die Biogasanlage in Plienning nahe München, die gemeinsam mit E.ON Bayern betrieben wird, sowie die Anlage der Stadtwerke Aachen.

Weit zurückreichende Wurzeln

Schmack Biogas erwirbt die Anteile von der International Chemical Investors GmbH, Frankfurt. Der Kaufpreis für die vollständige Übernahme der CarboTech liegt im oberen einstelligen Millionen-Euro-Bereich. Im Geschäftsjahr 2006 wird die CarboTech Engineering GmbH voraussichtlich einen Umsatz in Höhe von rund 5 Mio. Euro erwirtschaften. Das Unternehmen beschäftigt derzeit ca. 20 Mitarbeiter. Die Wurzeln der CarboTech Engineering reichen in die Bergbauforschung und bis in das Jahr 1927 zurück. In der Gasaufreinigung verfügt die Gesellschaft über eine mehr als 40-jährige Erfahrung.

Firmenprofil

Bis heute errichtete Schmack Biogas rund 160 Anlagen unterschiedlicher Größe mit einer installierten elektrischen Nominalleistung von rund 36 MW. Schwerpunkt der Tätigkeit bildet der deutsche Markt. Neben dem deutschen Markt sind für Schmack Biogas derzeit Italien, die Niederlande und die USA von besonderem Interesse. Die Schmack Biogas AG ist seit dem 24. Mai 2006 am Amtlichen Markt/Prime Standard an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert.

Service von erdgas schwaben zum Energiesparen:

Versteckten Wärmelöchern auf der Spur

Das besondere Angebot nahm gleich der Markt Meitingen als Kunde von erdgas schwaben wahr. Die Kommune ließ mehrere öffentliche Einrichtungen per Infrarotthermografie auf zusätzliche Energieeinsparquellen überprüfen. Vor allem ältere Gebäude haben häufig richtiggehende „Wärmelöcher“. Ältere, undichte Fenster, ungedämmte Rohre oder auch eine mangelnde Isolierung der Wände können zu erheblichem Energieverlust und damit zu einem unnötigen Anstieg der Heizkosten führen.

Solche Problemstellen sind mit dem bloßen Auge nicht immer zu entdecken. Durch Infrarot-Thermografie werden selbst geringfügige Temperaturunterschiede sichtbar gemacht. erdgas schwaben hatte Kunden ihrer Betriebsstelle Donauwörth die Möglichkeit geboten, mit dieser Technologie auf die Suche nach Wärmeverlusten zu gehen. Der Markt Meitingen nutzte dies für mehrere

Austausch von Fenstern oder die Errichtung von Wärmedämm-Verbundsystem vorgenommen, um den Energieverbrauch zu senken. Doch bei älteren Einrichtungen wie der aus dem Jahr 1935 stammenden Gemeindehalle und der Meitingen Grundschule, die 1954 gebaut wurde, sind noch Einsparpotentiale vorhanden. Achim Zwick hatte die Infrarotthermografie bereits im Rahmen eines Energiesparkonzepts für die Schule Herbertshofen im Einsatz gesehen. Der Mitarbeiter des Meitingen Bauamtes begleitete die Fachleute während der Fotoaktion. „Interessant für uns war, dass man anhand der Bilder sofort den Finger auf die Problemstellen legen konnte“, erläuterte Achim Zwick.



Infrarot-Kamera.

re Gebäude: Die Grundschule in Meitingen, Grundschule und Kindergarten im Ortsteil Erlingen, das ehemalige Rathaus und die Gemeindehalle in Meitingen sowie das Feuerwehr- und Bürgerhaus in Waltershofen wurden vom Infrarotdienstleister delta aus Leipzig untersucht.

„Effizientes Energiemanagement ist bei uns ein ständiges und ein wichtiges Thema“, sagt Achim Zwick vom Bauamt der Marktgemeinde. Zwar habe man bereits an einigen Gebäuden den

Spürbarer Einspareffekt

Einige Wärmelöcher konnten dadurch zeitnah gestopft werden, beispielsweise durch den Austausch zweier älterer Fenster am ehemaligen Meitingen Rathaus. Schon durch solch relativ kostengünstige Maßnahmen erzielen Gebäudeinhaber einen spürbaren Einspareffekt bei den Heizkosten. „Sichtbar wurden allerdings an einigen Stellen auch Mängel in der Isolierung der Wände, ein ungeeigneter Standort für Heizkörper und ähnliches“, sagt Achim Zwick.

Mitte Januar wird eine Ergebnisdokumentation der Infrarot-Aktion von erdgas schwaben vorliegen, dann werde man über die Umsetzung weiterer Energiesparmaßnahmen beraten.

Trumpfkarte Energieeffizienz

LfU-Präsident Göttle: Verringerung des Energieverbrauchs rechnet sich für Betriebe und für jeden Bürger

Der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, hat bei der Eröffnung der Ausstellung „Klima & Co.“ in Hof dazu aufgerufen, sparsamer als bisher mit der Energie umzugehen und die Einsparmöglichkeiten besser zu nutzen.

„Ein geringerer Energieverbrauch rechnet sich für Bürger, Betriebe und Umwelt. Das ist in vielen Fällen ohne wesentliche Einbußen an Komfort und Lebensqualität möglich“, sagte Göttle in der Dienststelle des Landes-

amtes in Hof. Nach Göttles Worten kann vor allem in den eigenen vier Wänden viel Energie eingespart werden: Ein modernes Gebäude, das nach dem Passivhausstandard gebaut wird, kommt mit einem Zehntel der durchschnittlichen Heizkosten aus und ist nur geringfügig teurer als andere Bauweisen.

Auch die energetische Sanierung älterer Häuser lohne sich. Göttle appellierte deshalb an die Hausbesitzer und Hausbauer, beim Wohneigentum die Energieeinsparungen überprüfen zu lassen. Die geplante Einführung eines Gebäudeenergieausweises sei ein Schritt in die richtige Richtung, betonte der LfU-Präsident.

Das LfU hat für viele gewerbliche Branchen Energieleitfäden veröffentlicht, die gemeinsam mit Betrieben, Verbänden und Fachbüros erarbeitet wurden. Sie zeigen auf, wie und wo durch geschickte Betriebsführung und moderne Anlagen Energie eingespart werden kann. Einsparungen bis zu 20 Prozent der Energiekosten sind nach einer Studie des Umweltbundesamtes mit geringem Aufwand erreichbar, das technisch mögliche Einsparpotential läge bei 40 Prozent.

Gersthofen – wir heizen mit Erdgas

... ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Siegfried Deffner,
1. Bürgermeister der Stadt Gersthofen, freut sich, dass den Gersthofen Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben gmbh
Bayerstr. 43 · 86199 Augsburg
Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Erstmals in Bayern:

Biomethan wird in Erdgasnetz eingespeist

Blockheizkraftwerke erzeugen damit Wärme und Strom

Seit dem 31. Dezember 2006 wird erstmals in Bayern regenerativ gewonnenes Gas in das öffentliche Erdgasnetz eingespeist. Zum Einsatz kommt es in zwei Blockheizkraftwerken der E.ON Bayern Wärme GmbH in Poing und Puchheim.

Je einer der jeweils drei 16-Zylinder-Magergemischmotoren mit Oxydations-Katalysator wird mit dem aus Rohbiogas gewonnenen Biomethan betrieben. Das in den Anlagen der RES Renewable Energy Systems GmbH in Pliening (Landkreis Ebersberg) produzierte Gas, das nach seiner Aufbereitung bis auf Nuancen dem fossilen Erdgas gleicht, wird seit Jahresende direkt in das Erdgasnetz der Stadtwerke München gepumpt. Hauptkunde ist die E.ON Bayern Wärme GmbH, die damit Strom und Fernwärme erzeugt.

Verfahrensweise

Das Biomethan wird aus heimischen, nachwachsenden Rohstoffen - wie zum Beispiel Getreide, Raps und Mais - gewonnen. Es entsteht durch die Aufbereitung von Biogas, dessen Hauptkomponenten Kohlenstoffdioxid (CO₂) und Methan (CH₄) sind. Bei dem Verfahren wird dem Biogas der Kohlenstoffdioxid-Anteil entzogen, so-

dass als Hauptbestandteil Methan übrigbleibt.

Investitionen in Höhe von 10 Mio. Euro

Die Jahre 2006 und 2007 stehen bei E.ON Bayern im Zeichen einer Biogasoffensive. Insgesamt zehn Millionen Euro investiert der bayerische Regionalversorger in den Neubau und die Modernisierung von Biogas-



Eine wichtige Aufgabe ist es, die vorhandenen Primärenergien bestmöglich zu nutzen. Dies geschieht z. B. durch den gezielten Einsatz von Blockheizkraftwerken. Unser Bild zeigt das Innenleben des BHKW der Diamed Centrum-Klinik Neudendettelsau. □

sanlagen bzw. Biogas-Blockheizkraftwerken. Die erste Anlage ging 2006 in Schwandorf in Betrieb, die zweite wird in Arz-

berg am 26. Januar 2007 in Betrieb genommen. Weitere Projekte in Hammelburg und Bad Bocklet sind im Bau. □

Erhöhte Versorgungssicherheit mit HTSL-Strombegrenzer

Aufgabe eines Hochtemperatursupraleitenden (HTSL)-Strombegrenzers ist es, mögliche Kurzschlüsse schnell unter Kontrolle zu bekommen. Strombegrenzer aus Hochtemperatursupraleitern (HTSL) zeigen bei Temperaturen um 65 K (65 Grad über dem absoluten Temperaturnullpunkt) eine optimale Leitungsfähigkeit.

Ist diese Temperatur konstant, fließt elektrischer Strom widerstandslos und damit verlustfrei. Überschreitet der Strom im Supraleiter jedoch bei einem Kurzschluss diesen Temperaturgrenzwert, verändert das Material sofort seine Leitfähigkeit und der Supraleiter begrenzt den Stromfluss so auf einfache und beherrschbare Werte.

E.ON Netz setzt diese Technologie zur Erhöhung der Versorgungssicherheit ihrer Kunden ein. Mit dieser Technologie wird auch die Kopplung von Netzen möglich, die mit konventionellen Schaltgeräten und Sicherun-

gen nicht zu realisieren wäre, da diese im Vergleich zu langsam reagieren.

Hochtemperatursupraleitende (HTSL)-Kabel haben den Vorteil, Strom absolut verlustfrei zu transportieren, im Gegensatz zum normalen Transport, wo die Verluste bei etwa 4 Prozent liegen. Bisher bestehen supraleitende Kabel unter anderem aus einem Silberband, wodurch die Produktion sehr kostenintensiv ist. In einem EU-Vorhaben sollen HTSL-Kabel auf der Basis von Edelstahlbändern getestet werden. Dadurch könnten die Kosten stark reduziert werden. □

E.ON Energie:

Netzgeschäft vollständig ausgegliedert

Bereits zum Jahresanfang hat E.ON Energie die Trennung der Netze vom übrigen Energiegeschäft vollständig umgesetzt. Bei allen Regionalversorgern des Konzerns ist nunmehr das Netzgeschäft in rechtlich eigenständige Gesellschaften ausgegliedert. Damit wird die Nutzung der regionalen Strom- und Gasnetze für Wettbewerber noch transparenter und einfacher als bisher. E.ON Energie spaltet das Strom- und Gasnetz bereits sechs Monate früher als nach den gesetzlichen Vorgaben notwendig ab.

„Mit diesem Schritt wollen wir die Entwicklung des Wettbewerbs im Energiemarkt weiter vorantreiben“, sagte dazu Johannes Teyssen, Vorstandsvorsitzender der E.ON Energie AG. „Im Rahmen unserer Wettbewerbsinitiative haben wir bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel den diskriminierungsfreien Anschluss neuer Kraftwerke und die kurzfristige Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten für den grenzüberschreitenden Stromtransport. Mit dieser Initiative sind wir Schrittmacher auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Energiemarkt.“

Neue Netzgesellschaften wurden zum 1. Januar 2007 bei E.ON Avacon, E.ON Bayern, E.ON edis, E.ON Hanse, E.ON Mitte und E.ON Westfalen Weser ausgegliedert. Bei E.ON Thüringer Energie wurde das Netzgeschäft bereits zum 1. April 2006 ausgegliedert. Die regionalen Netzgesellschaften werden für alle Netzkunden unter eigenen Internetadressen erreichbar sein. Hierüber können auch aktuelle Netzentgelte und Netzzugangsbedingungen kundenfreundlich abgerufen werden.

Die entsprechenden Onlineadressen werden unter www.eon-energie.com veröffentlicht. □



Ein Stück Bayern.

Wir sind vor Ort: Als Ansprechpartner in allen Energiefragen sind wir immer für Sie da und kümmern uns darum, dass Sie sicher versorgt werden. Rund um die Uhr. E.ON Bayern ist Service in Bayern.

www.eon-bayern.com
www.eon.com

e-on

Bayern

Erdgas Südbayern und Schmack Biogas gründen EnergieFeld Bayern:

Deutliches Signal für Biogaseinsatz

Mit der Gründung des Gemeinschaftsunternehmens EnergieFeld Bayern GmbH & Co. KG setzen einer der Biogas-Marktführer, Schmack Biogas, und eines der bedeutendsten Erdgasunternehmen in Bayern, die Erdgas Südbayern GmbH (ESB), ein nachhaltiges Signal für den Einsatz von Biogas. Beide Firmen halten über ihre Tochtergesellschaften ESB-Wärme GmbH und Schmack Energie Holding jeweils 50 Prozent an der EnergieFeld Bayern GmbH & Co. KG.

In den kommenden fünf Jahren sollen mit einem Investitionsvolumen von über 30 Millionen Euro mehrere Anlagen für Strom und Wärme aus Biogas in der Region Südbayern errichtet werden. Damit entsteht eines der größten Netze von Anlagen zur Erzeugung von Wärme und Strom aus Biogas. Das erste Projekt wird bereits Ende 2007 in Betrieb gehen. Die erzeugte Wärme soll im Markt sinnvoll genutzt werden.

Fester Platz im Energiemix

In Deutschland gab es zum Jahresende 2005 etwa 2.700 Biogasanlagen. Die nachwachsenden Rohstoffe, vor allem Mais, werden in der heimischen Landwirtschaft angebaut. Dank des technologischen Fortschritts kann vor Ort aus nachwachsenden Rohstoffen erzeugtes Biogas nunmehr nicht wie bisher nur zur lokalen Wärme- und Stromgewinnung eingesetzt werden, sondern auch nach Aufbereitung zur Erdgasqualität in die Erdgasnetze eingespeist und an anderer Stelle in Strom und Wärme umgewandelt werden. Damit sichert sich Biogas einen festen Platz im Energiemix. Ein solcher Mix aus fossi-

len und alternativen Energien ist nötig, um den wachsenden Energiebedarf regional und nachhaltig zu decken. Somit profitieren Kunden sowie die örtliche Landwirtschaft gleichermaßen von dem Gemeinschaftsunternehmen EnergieFeld Bayern GmbH & Co. KG. An der Spitze der EnergieFeld Bayern GmbH & Co. KG stehen als Geschäftsführer Martin Heun und Axel-Uwe Nacken. Das Unternehmen hat seinen Sitz in München.

Logische Entwicklung

Werner Bähre, Geschäftsführer der ESB: „Für die Erdgas Südbayern ist der Einstieg in das Biogas-Geschäft eine logische Entwicklung. Die Einspeisung von veredeltem Biogas auf Erdgasqualität in die Erdgasnetze bedeutet einen entscheidenden Schritt in der Entwicklung von Biogas zu einem ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Energieträger. Wir verfügen über das entsprechende Leitungsnetz, das notwendige Markt-Know-how und die Nähe zu den Kunden in der Region. So wird Biogas zur logischen Ergänzung unseres Angebotsportfolios als Wärmeversorger. Mit der Schmack Biogas AG konnten wir einen der innovativsten

und erfolgreichsten Biogas-Anbieter als Partner gewinnen“, sagte Werner Bähre, Geschäftsführer der ESB.

Angebot und Nachfrage

Dieter Rathsam, Geschäftsführer der ESB: „Wir reagieren mit unserer Entscheidung nicht nur auf den technischen Fortschritt bei Biogas, sondern passen uns damit auch der Nachfrage unserer Kunden nach „heimischer“ Energie an. Mit dem Jointventure bringen wir also Marktnachfrage und ein technisch ausgereiftes Angebot unter einen Hut. So werden wir auch in Zukunft andere alternative Energien auf ihren Nutzen für unsere Kunden prüfen. Tatsache ist, dass das ökologisch und ökonomisch überzeugende Erdgas auch weiterhin unser Hauptumsatzträger sein wird, alternative Energien aber nach und nach ihren Anteil an unserem Umsatz ausbauen werden“, ergänzte Dieter Rathsam, Geschäftsführer der ESB.

Effiziente Vermarktung

Ulrich Schmack, Vorstandsvorsitzender der Schmack Biogas AG: „Durch das Jointventure mit der Erdgas Südbayern forcieren wir unseren angekündigten Aufbau des Eigenbetriebs, sichern uns Zugang und effiziente Distribution über Gasnetze und intensivieren die Zusammenarbeit mit kommunalen Versorgern und Weiterverteilern. Wir sind davon überzeugt, gemeinsam

schneller bessere Standorte für Biogasanlagen akquirieren zu können, die auch eine effiziente Vermarktung der Wärme zulassen. Dieser Teil der gewonnenen Energie entscheidet oft, ob eine Biogasanlage nicht nur gute, sondern sehr gute wirtschaftliche Kennzahlen aufweist“, sagte Ulrich Schmack, Vorstandsvorsitzender der Schmack Biogas AG.

Energieeffizienz gewinnt an Bedeutung

Axel-Uwe Nacken, Geschäftsführer der EnergieFeld Bayern GmbH & Co. KG und der Schmack Energie Holding GmbH: „Biogas ist ein Energieträger aus der Region für die Region. Mit der Bereitstellung dieses Energieträgers leisten wir einen wichtigen Beitrag für die zukünftige Versorgungssicherheit in Bayern – insbesondere, wenn wir das Biogas in die Erdgasleitungen einspeisen, da hier der energetische Nutzungsgrad am höchsten ist. Und gerade das Thema Energieeffizienz wird vor dem Hintergrund steigender Energiepreise weiter an Bedeutung gewinnen.“

Große Chancen für regionale Wirtschaft

Martin Heun, Geschäftsführer der EnergieFeld Bayern GmbH & Co. KG und der ESB Wärme GmbH: „Dem Anspruch nach regionalen Energiekonzepten, die sich intelligent am Bedarf orientieren, werden wir mit der EnergieFeld Bayern GmbH & Co. KG gerecht. Wir stärken neben der regionalen Energie-Infrastruktur die Unabhängigkeit von ausländischen Lieferanten. Hier bietet sich eine große Chance für die regionale Wirtschaft, denn bei der Erzeugung und Vermarktung von Biogas werden die Hälfte bis zwei Drittel der Leistungen vor Ort erbracht.“, sagte Martin Heun, Geschäftsführer der Energiefeld Bayern GmbH & Co. KG und der ESB Wärme GmbH. □

Deutsche Gaswirtschaft:

Preis für besondere Innovationen

Erfindergeist zahlt sich aus: Alle zwei Jahre vergibt die Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V. (ASUE) den Innovationspreis der deutschen Gaswirtschaft. Eine Kategorie ist der mit 15.000 Euro dotierte „Preis für umweltschonende Mobilität: Erdgas im Verkehr“, den die ASUE gemeinsam mit dem ADAC verleiht.

Preisträger des Jahres 2006, bedacht mit einem Preisgeld von 12.000 Euro, ist das Gemeinschaftsprojekt „Clean Engine Vehicle (CEV) - Entwicklung eines niedrigst emittierenden und verbrauchsarmen Erdgasantriebs“ der schweizerischen Forschungsanstalt EMPA Dübendorf, des Laboratoriums für Aerothermochemie und Verbrennungssysteme der ETH Zürich und des Instituts für Mess- und Regeltechnik der ETH Zürich.

Den Forschern gelang es, die Kohlendioxid-Emissionen eines auf Erdgasantrieb umgerüsteten VW Polo um 30 Prozent zu senken, bei einer mit einem Benzinmotor vergleichbaren Motorleistung. Die BRA GmbH aus Schweinfurt erhielt eine mit 3.000 Euro dotierte Auszeichnung für die Entwicklung eines leistungsfähigen Sportfahrzeuges mit Erdgasantrieb. □

Veraltete Zahlen führen zu Irritationen

Studie aus Österreich unterstellt Erdgasfahrzeugen schlechte Umweltwerte

Eine Studie des Österreichischen Vereins für Kraftfahrzeugtechnik (ÖVK) sorgt derzeit für Verwirrung. Darin werden die Umweltvorteile von Erdgasfahrzeugen kritisch beurteilt. Im Gegensatz zu den Ergebnissen der Europäischen Kommission kommt die Studie zu der Schlussfolgerung, dass das Emissionsverhalten von Erdgasfahrzeugen bei Treibhausgasen nicht besser als das von Benzin- und Dieselfahrzeugen ist. Zu Unrecht, wie nun eine genaue Analyse der Studie durch den Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft ergeben hat.

„Well-to-Tank-Ebene“

Die Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid werden in der ÖVK-Studie auf zwei Ebenen beurteilt. Auf der ersten Ebene wird von der Förderung des Erdgases am Bohrloch bis zum Einfüllen in den Fahrzeugtank untersucht, wie viel Treibhausgas bei der Bereitstellung des Kraftstoffs freigesetzt wird. Auf dieser so genannten Well-to-Tank-Ebene veranschlagt die Studie die Emissionen für den gegenwärtigen Erdgasbezug in Deutschland zu hoch, weil sie sich unter anderem auf Daten aus dem Jahr 1998 stützt, die nicht mehr aktuell sind. Gleichzeitig werden die Emissionswerte für die Erdölprodukte zu niedrig angesetzt.

Experten kommen zu anderen Ergebnissen

Die Treibhausgasemissionen, die durch die Bereitstellung von immer schwefelärmeren und besseren Kraftstoffen entstehen, wurden in den Jahren 2002 bis 2006 sehr detailliert von der Europäischen Kommission gemeinsam mit der Mineralölwirtschaft (CONCAWE) untersucht. Dabei kommen die Experten zu ganz anderen Ergebnissen, auf die der ÖVK allerdings nicht eingeht.

„Tank-to-Wheel-Ebene“

Auf der zweiten Ebene, der so genannten Tank-to-Wheel-Ebene, bewertet die ÖVK-Studie die Emissionen, die bei der Verbrennung von Erdgas im Motor entstehen. Sie kommt zu dem Ergebnis, Erdgasfahrzeuge der zweiten Generation (monovalente Antriebe) hätten einen deutlich höheren energetischen Kraftstoffverbrauch gegenüber einem vergleichbaren Benzinfahrzeug und damit höhere CO2-Emissionen als bisher angenommen.

Hier hat sich in die Studie jedoch ein Rechenfehler eingeschlichen, da das Prüfgasge-

misches, mit dem der offizielle Kraftstoffverbrauch der Fahrzeuge gemessen wird, eine andere Zusammensetzung hat als das im Handel befindliche Erdgas. Die tatsächlichen CO2-Emissionen pro Kilometer, die jeder Hersteller nach dem Gesetz neben dem Kraftstoffverbrauch auch veröffentlicht, werden von der Studie stillschweigend ignoriert.

Fragwürdige Ergebnisse

So ist es beispielsweise schlichtweg unmöglich, dass ein Opel Astra-G-Caravan in der Erdgasversion, wie die Studie behauptet, gegenüber Benzin einen energetischen Mehrverbrauch von ca. acht Prozent aufweist, aber gleichzeitig nach den offiziellen Messwerten pro Kilometer um 30 Prozent weniger CO2 ausstößt. Werden wirklich vergleichbare Motorversionen zueinander in Beziehung gesetzt, liegt der energetische Verbrauch beider Antriebsvarianten praktisch gleichauf, so dass die chemischen Vorteile von Erdgas voll zum Zuge kommen. Die Ergebnisse der Studie des Österreichischen Vereins für Kraftfahrzeugtechnik müssen daher in Frage gestellt werden.

Vergleichbare Studie

In einer vergleichbaren Studie, die mit den korrekten Werten der EU-Kommission und dem korrekten Energiegehalt von Erdgas rechnet, kam der TÜV Saarland hingegen im März 2005 zu dem Ergebnis, dass die verfügbaren serienfertigen Erdgasfahrzeuge mit europäischer Typprüfenehmigung vom Bohrloch bis zum Auspuff im Durchschnitt bei den Treibhausgasemissionen um 19 Prozent besser sind als die vergleichbaren Benzinmodelle.

Weitere Informationen zum Thema Erdgasfahrzeuge erhalten Interessierte im Internet unter www.erdgasfahrzeuge.de. □

Studie weist nach:

Die Autoindustrie verfehlt ihr Sparziel

Erstmals deckt eine Studie die Fortschritte einzelner Automarken bei der Verbrauchsreduzierung auf. Demnach verfehlen drei Viertel der 20 größten Autobauer in Europa ihr Ziel, bis zum Jahr 2008 die durchschnittlichen CO2-Emissionen der verkauften Neufahrzeuge auf 140 Gramm pro Kilometer zu begrenzen.

Laut der Studie, die der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt „Transport & Environment“ (T&E) in Auftrag gegeben hatte, werden nachzeitigem Stand nur die Hersteller Fiat, Citroen und Renault 2008 die Vorgabe erreichen. Auch Ford und Peugeot könnten noch aufholen. Alle anderen großen Hersteller sind mehr oder weniger weit von den selbst gesteckten Zielen entfernt. Daher erwägt die EU jetzt, einen verbindlichen CO2-Grenzwert einzuführen. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) fordert darüber hinaus von der Bundesregierung, die „Bemessungsgrundlage der Kfz-Steuer auf eine CO2-Komponente umzustellen“. Dadurch könne die Nachfrage nach Fahrzeugen mit niedrigem Verbrauch und entsprechend geringem CO2-Ausstoß gesteigert werden. Der VCD will in Kürze einen konkreten Vorschlag für eine CO2-basierte Kfz-Steuer veröffentlichen. □

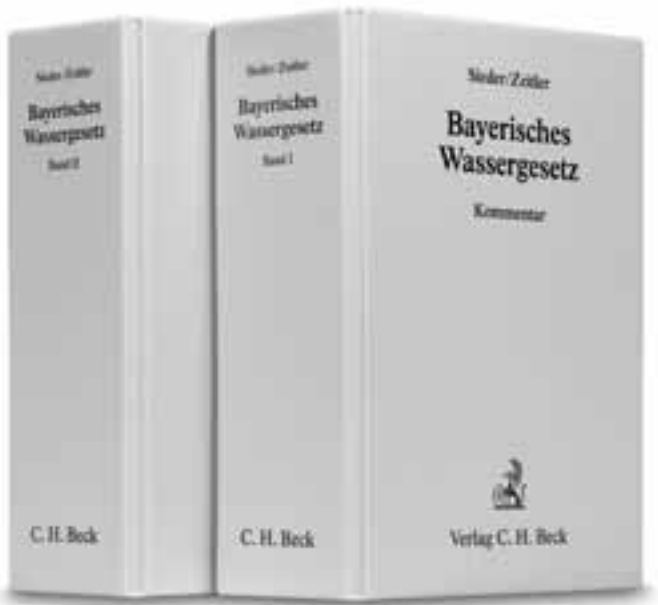
Das Kompendium des bayerischen Wasserrechts

Jetzt umfassend aktualisiert

- die Überarbeitungen durch die Novelle des Bayerischen Wasserrechts im Hinblick auf Überschwemmungsgebiete sowie den finanziellen Ausgleich und die Entschädigung in Schutzgebieten.
- zum Thema »Umgang mit wassergefährdenden Stoffen« wurde Art. 37 BayWG (Anzeigepflicht, Rechtsverordnungen) neu kommentiert
- zum Thema »Gewässeraufsicht« die Überarbeitung von Art. 68 BayWG (Aufgaben und Zuständigkeit) und Art. 68a BayWG (Sanierung von Gewässerverunreinigungen folgender Vorschriften)
- Neu kommentiert wurde die VO über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung)
- Neu aufgenommen sind die neue Verordnung über den Hochwassernachrichtendienst (mit Erläuterungen) sowie die neuen Grundsätze für die Genehmigung von Beschneigungsanlagen.

Mit wichtigen Neuerungen

Die Kommentierungen wurden hinsichtlich der neuen Rechtsprechung und Literatur sowie der Entwicklungen in der Verwaltung aktualisiert. Vollständig aufgenommen und erläutert wurde die neu erlassene Anlagenverordnung.



Fax-Coupon

Sieder/Zeidler/Dahme/Knopf, Bayerisches Wassergesetz Loseblatt-Kommentar. Mitbegründet von Frank Sieder*, Regierungspräsident a.D. Erläutert von Dr. Herbert Zeidler*, Regierungspräsident a.D., Dr. Heinz Dahme, Ltd. Ministerialrat a.D., und Dr. Günther-Michael Knopp*, Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, Dr. Thomas Göbl, Regierungsdirektor im Bayer. Staatsministerium des Innern, und Dr. Joseph Schweudner, Oberregierungsrat im Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen

26. Auflage, 2006. Rund 3140 Seiten. In 2 Ordnern.

- Vorzugspreis für das Grundwerk bei Bezug von 3 fortlaufenden Ergänzungslieferungen € 154,- (danach jederzeit kündbar). ISBN 978-3-406-03083-3
- ohne Ergänzungslieferungen € 178,- ISBN 978-3-406-50078-7

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

136664

Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, die Ware innerhalb von 2 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihren Lieferanten (Buchhändler, beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck, c/o Nördlinger Verlagsauslieferung, Augsburg Str. 67a, 86720 Nördlingen) zurückzusenden, wobei die rechtzeitige Absendung genügt. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant. (Der Verlag C.H. Beck oHG, Wilhelmstr. 9, 80601 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei: beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck • 80791 München Fax: 089/38189-402 • www.beck.de





Unterzeichneten in Augsburg den neuen Vertrag zur Wegenutzung: 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Altusried, Heribert Kammel (links) und LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning. Bild: Lechwerke

Marktgemeinde Altusried und LEW:

Strompartnerschaft wird fortgeführt

Die Marktgemeinde Altusried hat mit der Lechwerke AG (LEW) einen neuen 20-jährigen Wegenutzungsvertrag geschlossen. Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen Gemeinde und Energieversorger zur Stromversorgung und garantiert für die knapp 2400 Netzkunden der Marktgemeinde Altusried auch für die Zukunft eine sichere Stromversorgung.

Bei der Vertragsunterzeichnung am 13. Dezember in der Hauptverwaltung der Lechwerke in Augsburg hoben Bürgermeister Heribert Kammel und LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit hervor. Diese erstreckt sich auch auf weitere Dienstleistungen in der Energieberatung und der Straßenbeleuchtung.

Planungssicherheit für den Energieversorger

Mit dem Vertragsabschluss wird eine bewährte Partnerschaft fortgesetzt. Bereits seit 1920 liefern die Lechwerke Strom für die Gemeinde. Der Strombedarf beträgt heute rund

18,9 Millionen Kilowattstunden pro Jahr. Der Wegenutzungsvertrag erlaubt den Lechwerken öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen und gibt dem Energieversorger die Planungssicherheit, um in den weiteren Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Stromversorgung zu investieren.

Als Gegenleistung erhält die Gemeinde eine Konzessionsabgabe in Höhe von rund 110.000 Euro pro Jahr. Das Netzgebiet der Lechwerke umfasst Bayerisch-Schwaben sowie Teile Oberbayerns. In ihrem Tätigkeitsgebiet verfügen die Lechwerke über 291 Konzessionsverträge mit Städten und Gemeinden.

Kommune	Vertragsabschluss	Bürgermeister
Aitrang	20.01.2007	Jürgen Schweikart
Aletshausen	20.01.2007	Johann Wiedemann
Breitenbrunn	20.01.2007	Alfons Biber
Graben	18.01.2007	Hans Winkler
Bernbeuren	13.01.2007	Heimo Schmid
Stöttwang	13.01.2007	Richard Ficker
Jettingen-Scheppach	10.01.2007	Hans Reichhart
Obergriesbach	04.01.2007	Josef Schwegler
Rehling	04.01.2007	Alfred Rappel
Todtenweis	04.01.2007	Josef Kodmeir
Höchstädt	02.01.2007	Hildegard Wanner
Dirlewang	22.12.2006	Johann Schorer
Pforzen	22.12.2006	Maximilian Haug
Altusried	13.12.2006	Heribert Kammel
Binswangen	04.12.2006	Anton Winkler
Laugna	04.12.2006	Georg Keis
Salgen	04.12.2006	Max Miller
Villenbach	04.12.2006	Karl Mengele
Wertingen	04.12.2006	Willy Lehmeier
Zusamaltheim	04.12.2006	Wolfgang Grob

Stromerzeugung in Bayern schont Umwelt:

Stark verringerte CO₂-Emissionen

Die bayerischen Stromversorger haben die CO₂-Emissionen der für die Stromerzeugung eingesetzten Kraftwerke in den letzten 30 Jahren auf 20 % des Wertes von 1976 gesenkt. Pro erzeugter Kilowattstunde Strom werden rund 110 Gramm CO₂ an die Umwelt abgegeben, in den 70er Jahren waren es noch über 550 g/kWh. Damit ist Bayern europaweit mit führend bei der umweltschonenden Stromerzeugung. Auch im Vergleich mit dem deutschen Durchschnitt von über 500 g/kWh nimmt Bayern eine Spitzenposition ein.

Der Rückgang basiert auf frühzeitigen und zukunftsorientierten Investitionen der bayerischen Versorger in moderne, umweltschonende Kraftwerkstechnologien und regenerative Stromerzeugung. Der Anteil der Strom- und Wärmeerzeugung aus lokalen GuD-Anlagen (Gas- und Dampfturbinenkraftwerke) und aus Kraft-Wärme-Kopplung wurde in den letzten Jahren kontinuierlich zu Lasten der Stromerzeugung aus Kohle ausgebaut. Neben der Wasserkraft leisten erneuerbare Energien wie Biomasse

zunehmend Beiträge zu einer umweltschonenden Stromerzeugung. Zusammen mit dem unveränderten Anteil der CO₂-freien Kernenergie und Wasserkraft werden in Bayern über 80% des Stroms frei von Schadstoffen erzeugt. In der Diskussion um den zweiten nationalen Allokationsplan für den Handel mit Treibhausgaszertifikaten wird deutlich, dass die Vorgaben weiterer CO₂-Einsparungen langfristig durch den Ausbau erneuerbarer Energien allein nicht zu erreichen sind. Um die Strompreise für den Ver-

LEW-Kostensenkung und -Personalsicherung:

Umfangreiches Programm

Vorstand und Betriebsrat der Lechwerke AG (LEW) haben heute ein umfangreiches Programm zur Kostensenkung und Personalsicherung unterzeichnet. Mit dem Programm reagieren die Lechwerke auf die Kürzung der Netznutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur von Anfang November dieses Jahres. In dem Bescheid wurden die beantragten Netzkosten in Höhe von rund 270 Millionen Euro um 12,2 Prozent gekürzt.

Kern des Programms sind Anpassungen der betrieblichen Zusatzleistungen, verbunden mit einem Altersteilzeitprogramm für rund 130 Mitarbeiter. Die Maßnahmen werden längerfristig zu Kosteneinsparungen von über 5 Millionen Euro pro Jahr führen. Die Zahl der Beschäftigten in der LEW-Gruppe soll nur geringfügig zurückgenommen werden.

Gleichzeitig soll die Altersstruktur des Unternehmens verbessert werden, in dem sich die Lechwerke verpflichten, mindestens 20 Prozent der Auszubildenden nach deren Lehre in ein festes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Die Vereinbarung sieht außerdem vor, auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31.12.2012 zu verzichten.

„Das Paket zur Kostensenkung und Personalsicherung ist ein aktiver Beitrag zur Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit“, so Ulrich Kühnl, Vorstandsmitglied der Lechwerke.

Mehr Effizienz im Visier

Ein weiteres wichtiges Element des Pakets ist der Start eines Programms zur Effizienzsteigerung einzelner Unternehmensbereiche und Prozesse. „Das Paket ist die Grundlage für unser Programm ‚Wir gestalten Zukunft‘. Es ist ein Programm der schrittweisen Veränderungen auf dem Weg in die neuen Markt- und Regulierungsbedingungen“, so LEW-Vorstand Ulrich Kühnl.

Studie der Deutschen Energie-Agentur beweist:

Biomasse ist aussichtsreicher Kraftstofflieferant

Auf direktem Weg vom Feld in den Tank: Biokraftstoffe der zweiten Generation wie „Biomass to Liquid“ (BtL) sind technisch machbar und eine der vielversprechendsten Optionen im Kraftstoffbereich. Dies belegt die in Berlin vorgestellte BtL-Realisierungsstudie, die von der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) geleitet und von einem Konsortium aus Industrie und Politik in Auftrag gegeben wurde. Demnach wäre in Deutschland ausreichend Biomasse für die großtechnische BtL-Produktion vorhanden, um 20 Prozent des heutigen Kraftstoffverbrauchs zu decken.

Bis zum Jahr 2030 liege das technische Potenzial sogar bei bis zu 35 Prozent, dabei sei allerdings die zu erwartende Konkurrenz bei der Nutzung der Biomasse mit den Bereichen Strom, Wärme und Chemie nicht berücksichtigt. Die Kosten für die Produktion von einem Liter BtL-Kraftstoff lassen sich laut Studie auf unter 80 Cent senken, wenn die vorhandenen Optimierungspotenziale ausgeschöpft werden.

„Biokraftstoffe sind bisher und auf absehbare Zeit die einzige erneuerbare Alternative zu fossilen Kraftstoffen. Sie können einen wichtigen Beitrag für Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wertschöpfung im ländlichen Raum leisten“, erläuterte Clemens Neumann, Leiter der Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Nachwachsende Rohstoffe im Bundeslandwirtschaftsministerium. Daher habe sich die Bundesregierung mit den Regelungen des Biokraftstoffquoten-Gesetzes das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2015 einen Biokraftstoffanteil von acht Prozent am gesamten Kraftstoffabsatz zu erreichen. Dabei würden die Biokraftstoffe der zweiten Generation, wie et-

braucher nicht durch den Zukauf von CO₂-Emissionszertifikaten weiter zu belasten, müssen der Erhalt der Kernenergie und die Energieeffizienz verstärkt in den Fokus rücken. Durch die Stromerzeugung aus Kernenergie und Wasserkraft wurden im Jahr 2006 in Bayern über 60 Mio. Tonnen CO₂ gegenüber der gleichen Strommenge aus Kohlekraftwerken vermieden. Um jährlich 10 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen einzusparen, müssten beispielsweise 50 Mio. ältere Kühlschränke und 60 Mio. Waschmaschinen durch Geräte ersetzt werden, die der bestmöglichen Energieeffizienzklasse A+ entsprechen.

wa BtL, zunehmend in den Vordergrund rücken. Diese könnten in Zukunft einen wesentlichen Teil des deutschen Kraftstoffbedarfs decken - und das vor allem mit Rohstoffen aus nachhaltig produzierenden einheimischen Land- und Forstwirtschaftsbetrieben.

„BtL erweist sich als eine der aussichtsreichsten Technologien zum Einsatz erneuerbarer Energien im Kraftstoffbereich“, bemerkte Dr. Thomas Schlick, Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie (VDA). Dank ihres großen Potenzials zur CO₂-Einsparung und Effizienzsteigerung könnten BtL-Kraftstoffe entscheidend dazu beitragen, die Klimabilanz des Verkehrs deutlich weiter zu verbessern. Aufgrund der Tatsache, dass BtL-Kraftstoffe vollständige Kompatibilität mit heutigen und künfti-

LEW-Strom mit neuem Spitzenwert

26 Prozent aus natürlicher Energie

Die Lechwerke (LEW) liefern ihren Kunden immer mehr natürliche Energie. Der Anteil erneuerbarer Energien am LEW-Strom ist im vergangenen Jahr von 20 % auf 26 % gestiegen. Er erreicht damit einen neuen Spitzenwert, der den Bundesschnitt deutlich übertrifft. Deutschlandweit stammt durchschnittlich 11 % des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen.

Das deutliche Plus bei LEW hat zwei wesentliche Gründe: Zum einen kauften die Lechwerke mehr Energie bei Lieferanten, deren Strom zu einem großen Teil umweltfreundlich erzeugt wird. Zum anderen erhöhte sich die sogenannte EEG-Quote. Das bedeutet: LEW bezog mehr Strom aus Anlagen, die auf Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) regenerativ Energie erzeugen.

Die Stromerzeugung in den 34 eigenen Wasserkraftwerken an Donau, Iller, Günz, Lech und Wertach trug 12 % zur LEW-Gesamtstrommenge bei. Insgesamt ergibt sich dadurch ein Anteil von rund 26 % regenerativ erzeugter Energie am Strom der Lechwerke. Rund 21 % (20 % im Vorjahr) des LEW-Stroms kam aus Kernkraftwerken. Fossile und sonstige Energieträger (zum Beispiel Steinkohle, Braunkohle, Erdgas) haben einen Anteil von 53 % (60 % im Vorjahr). Die deutschen Durchschnittswerte liegen bei 29 % (Kernkraft) und 60 % (fossile und sonstige Energieträger).

Der neue LEW-Strommix hat direkte positive Auswirkungen auf die Umwelt: Der bei der Stromerzeugung in Kraftwerken entstehende Kohlendioxid-Ausstoß sank für LEW von 637 Gramm je Kilowattstunde auf 572 Gramm.

LEW setzt auch in Zukunft verstärkt auf regenerativ erzeugten Strom. Seit November bieten die Lechwerke erstmals ein Ökostromprodukt an. LEW (Avanza Aqua Natur)-Kunden erhalten umweltfreundlich erzeugten Strom aus Wasserkraft. Darüber hinaus unterstützen sie Ökologie-Projekte in der Region, denn pro Monat und Vertrag investiert LEW einen Euro in Naturschutzmaßnahmen.

Die Lechwerke sind gesetzlich verpflichtet, die einzelnen Bestandteile ihres Stroms jährlich auszuweisen. Grundlage für die so genannte „Stromkennzeichnung“ ist das Energiewirtschaftsgesetz. Die auszuweisenden Werte sind bundesweit einheitlich festgelegt. Sie können verglichen werden und gewährleisten damit Transparenz. Kunden finden die Stromkennzeichnung unter anderem auf ihrer Stromrechnung und im Internet unter: www.lew.de

gen Motorengenerationen aufweisen, könnten sie ohne technische Anpassungen in herkömmlichen Motoren zum Einsatz kommen - und das sofort, betonte Schlick. Deshalb unterstützten Automobilhersteller seit Jahren deren Entwicklung und Produktion.

Anhaltspunkte für die Politik

Mit der Studie seien die Grundlagen für die Realisierung einer großtechnischen BtL-Produktion in Deutschland erarbeitet worden, erläuterte Stephan Kohler, Geschäftsführer der dena. Ausgegangen wurde von einer Anlage, die rund eine Million Tonnen Biomasse pro Jahr verarbeitet. Potenzielle Investoren könnten anhand der Untersuchung die Chancen und Risiken der großtechnischen BtL-Produktion besser einschätzen. Der Politik würden wichtige Anhaltspunkte über den weiteren Förderbedarf und die Schaffung ge-

eigneter gesetzlicher und fiskalischer Rahmenbedingungen gegeben.

„Die bis 2015 beschlossene Steuerbegünstigung des BtL-Kraftstoffs ist von zentraler Bedeutung, aus heutiger Sicht jedoch nicht ausreichend. Eine zeitlich befristete weitere Förderung über 2015 hinaus ist daher geboten“, betonte Kohler.

Anders als bei herkömmlichem Biodiesel können bei der BtL-Technologie verschiedene pflanzliche Rohstoffe vollständig verwertet werden, von Holz- und Bioabfällen bis hin zu eigens für die Kraftstoffherzeugung angebauten Energiepflanzen. In Pilotanlagen wurden bisher verschiedene Herstellungsverfahren getestet. Dabei wird die Biomasse erst in ein Synthesegas umgewandelt. Dieses Gas wird gereinigt und im anschließenden Syntheseschritt zu flüssigem Kraftstoff verarbeitet. Pro Hektar lassen sich so bis zu 4000 Liter BtL-Kraftstoff gewinnen.

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911 / 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911 / 23 20 920
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müllner	Tel. 0941 / 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921 / 78 42-0

Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH

Euroforum-Konferenz „Energiamarkt-Regulierung“ in München:

Keine ideologischen Scheuklappen!

Erwin Hubers Appell: Neu über die Zukunft der Kernenergie nachdenken!

Die Energiewirtschaft ist heute schlanker, schlagkräftiger und effizienter aufgestellt als noch vor Jahren. „Die Energiamarkt-Liberalisierung könnte daher als voller Erfolg gelten, gäbe es da nicht einen Schönheitsfehler: Die Vorteile der Liberalisierung erreichen den Kunden nicht“, erklärte Wirtschaftsminister Erwin Huber bei der Euroforum-Konferenz „Energiamarkt-Regulierung“ in München. Stärkung des Wettbewerbs sei deshalb das Gebot der Stunde.

Mit der Energierechtsnovelle von 2005 habe der deutsche Gesetzgeber das System freiwilliger Verbändevereinbarungen durch ein System des regulierten Netzzugangs ersetzt, machte Huber deutlich. Da es aber nahezu unmöglich sei, es der Energiewirtschaft und zugleich den Verbrauchern recht zu machen, stelle die Umsetzung des neuen Rechts durch die Landesregulierungsbehörde eine undankbare Aufgabe dar.

Pragmatische Lösungen

Dennoch habe sich die Beteiligung der Länder an der Regulierung als richtig erwiesen, fuhr der Minister fort: „Wir in Bayern wissen besser als die Bundesnetzagentur um die Probleme gerade auch der kleinen EVU und Stadtwerke. Der Freistaat nutzt seine Chancen für pragmatische Lösungen. So war es im Rahmen der Tarifpreisaufsicht möglich, mit einigen bayerischen Versorgern eine Vereinbarung zu treffen, um die Strompreise für die Mehrzahl der Haushalte stabil zu halten.“

Enges Oligopol

Die Netzregulierung allein reiche aber bei weitem nicht aus, so Huber. Betrachte man die Kostenstruktur der Strompreise, stelle man fest, dass die Strombeschaffungskosten weitaus stärker zugelegt haben als das energiewirtschaftlich erklärbar ist. Deutsche Unternehmen müssten zum Teil 70 Prozent mehr für Strom bezahlen als die Konkurrenz in den Nachbarländern. Vieles deute darauf hin, dass eine Ursache ein enges Oligopol der vier großen Versorger ist. Es verfüge über 80 Prozent der Kraftwerkskapazität. Inzwischen liege eine Reihe von Vorschlägen auf dem Tisch, wie dem möglichen Marktmissbrauch im Energiesektor begeg-

net werden könnte. Für Huber kommt es dabei darauf an, „mit einem Bündel von Maßnahmen den Wettbewerb gemeinsam weiterzuentwickeln“.

„Virtuelle Schlagbäume“

Unstreitig sei, dass Netzengpässe an den Grenzen wie virtuelle Schlagbäume wirken, die ausländische Anbieter vom deutschen Markt fernhalten, bemerkte der Minister. Die Engpässe müssten beseitigt werden; Stromwettbewerb dürfe in Deutschland nicht an der Grenze enden. Unstreitig sei auch, „dass wir in Deutschland neue Kraftwerke brauchen, um veraltete Kraftwerke zu ersetzen“. Wünschenswert seien zudem neue Investitionen, um den Wettbewerb zu beleben. Hier gelte es allerdings frühzeitig einer Entwicklung gegenzusteuern, die bald ernste Schwierigkeiten bereiten könnte.

Kraftwerke auch künftig verbrauchsnahe bauen

Huber: „Unsere Stromversorgung ist nämlich bisher vor allem auch deshalb stabil, weil die großen Kraftwerksblöcke nahe an den Verbrauchsschwerpunkten gebaut sind. Im liberalisierten Markt geht die Transportentfernung des Stroms zwischen Kraftwerk und Stromkunden nicht mehr in den Preis ein. Studiert man die Kraftwerksplanungen der nächsten Jahre, fällt auf, dass sich die meisten Standorte an der Küste und im Ruhrgebiet konzentrieren - vor allem deshalb, weil der Kohletransport dorthin billiger ist. Kommen dann noch immer mehr subventionierter Windstrom im Norden und eine Abschaltung von Kernkraftwerken - schwerpunktmäßig im Süden - dazu, drohen Versorgungsengpässe, eine Strom-Hochpreiszone und damit ein neuer Standortnachteil für den Süden.“ Die Netzregulie-

rung müsse daher dringend geeignete Anreize entwickeln, dass neue Kraftwerke auch künftig verbrauchsnahe gebaut werden.

„Wir müssen akzeptieren, dass unsere Wirtschaft Rückendeckung durch eine zuverlässige Energieversorgung und bezahlbare Energiepreise braucht“, fuhr Huber fort. Gefragt sei hier eine ehrliche Energiepolitik, die nicht nur mit dem Finger auf die Energieversorger zeigen dürfe, sondern auch zugeben müsse, dass sie selbst die Energiepreise belastet hat. Energieverteuerung sei über Jahre ein politisch gewolltes Programm gewesen. Damit müsse jetzt Schluss sein. Nur aufgrund staatlicher Mehrbelastungen zahle heute jeder Haushalt 700 Euro mehr für Energie als im Jahr 2000.

Spielräume

Nach Hubers Auffassung bestehen Spielräume für eine Senkung der Staatsquote noch beim Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das es vor allem bei der Förde-

rung von Windenergie und Photovoltaik grobe Ineffizienzen gebe, „muss alles auf den Prüfstand“.

Gefragt sei eine deutsche Energiepolitik, die neu über die Zukunft der Kernenergie nachdenkt. Huber: „Die Kernenergie ist kein Auslaufmodell. Die Welt setzt weiter auf Kernenergie. Mit dem Atomausstieg hat sich Deutschland international isoliert. Nur mit der Kernenergie ist Klimaschutz am Standort Deutschland möglich und bezahlbar. Deshalb müssen wir diese Hochtechnologie in Deutschland halten.“

Alle Technologien erforschen

Erforderlich sei eine positive Einstellung zum technischen Fortschritt. Es gelte, alle Technologien zu erforschen und zu entwickeln: neue Kohletechnik und regenerative Technik ebenso wie die Kernenergie und die langfristige, quasi unerschöpfliche Fusionsenergie.

Huber abschließend: „Eine langfristig angelegte, an den Interessen des Wirtschaftsstandorts Deutschland orientierte Energiepolitik kann wichtige Wachstumsbeiträge leisten. Dazu bedarf es eines klaren Konzepts ohne ideologische Scheuklappen.“

DK

15. OTTI-Symposium Bioenergie in Kloster Banz:

Auswege aus der Energiefalle

Bereits zum 15. Mal fand im barocken Kloster Banz bei Bad Staffelstein das OTTI-Symposium Bioenergie statt. An zwei Tagen trafen sich über 250 Experten aus Wissenschaft, Industrie und der Administration sowie Ingenieur- und Planungsbüros, Energieberater, Entscheidungsträger und Anwender.

Längst sind die Zeiten vorbei, in denen das Thema Bioenergie nur eine Randerscheinung war. Spätestens seit der letzten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurde das Wachstum dieser Technologien so deutlich gesteigert, dass sie heute nicht mehr wegzudenken sind. Doch gerade dieses Wachstum macht es mehr denn je nötig, feste, flüssige und gasförmige Bioenergieträger effizient zu nutzen und sie ihrer spezifischen Eigenschaften entsprechend in die Energieversorgung einzubeziehen, denn auch die Biomasse stellt keine grenzenlos verfügbare Ressource dar. Die Verbesserung bestehender und der Einsatz neuer Konzepte sollen daher auch dieses Mal neben der Information über den Stand der Technik im Fokus der Tagung liegen.

Thema Wertschöpfung

In der Plenarsitzung zu Beginn des ersten Veranstaltungstages wurden aus der Sicht von Politik, Verbänden der Hersteller, Anwender und Verbraucher die Themen „Politische Rahmenbedingungen“ und „Wertschöpfung aus der Region für die Region“ vorgetragen und diskutiert. Die Parallelsitzungen zum Thema Festbrennstoffe widmeten sich den Fragen rund um die Bereitstellung und Nutzung der Brennstoffe, des Marketings und der Auswirkung auf die Lebensqualität. Weiterhin wurden innovative Konzepte zur Nutzung fester Brennstoffe und Fragestellungen rund um die Feuerungs- und Vergasungstechnik behandelt.

Flüssigkraftstoffe

Der Themenkomplex Flüssigkraftstoffe beschäftigt sich in den zugehörigen Parallelsitzungen mit innovativen Herstellungs- und Einsatzverfahren, der Normung und Qualitätssicherung sowie Neuerungen in der Motorentchnik. In einer abschließenden Sitzung wurden

Bewertungen zu verschiedenen Biokraftstoffverfahren hinsichtlich des Anspruches auf Nachhaltigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Strategischen Platzierung in den Versorgungskonzepten vorgenommen.

Biogas im Blickpunkt

Das Thema Biogas wurde an den beiden Sitzungstagen in der gesamten Breite von den Fragen zu Pflanzern für Biogasanlagen über die Verfahrenstechnik zur Biogaserzeugung aus Energiepflanzen bis hin zu den Aspekten seiner Anwendung in Gasnetzen und als Kraftstoff behandelt. Auch hier erfolgte eine abschließende Bewertung. Hierbei kamen die Bereitstellung von Regelenergie mit Biogasanlagen, die verbesserte Abwärmenutzung durch Niedertemperaturverfahren und neue Sicherheitsregeln zur Sprache.

Festvortrag

Unumstrittener Höhepunkt der Veranstaltung war der Festvortrag von Dr. Heinz Kopetz vom Biomasseverband Österreich, der zum Thema Auswege aus der Energiefalle referierte. Rund 30 Posterbeiträge zu den genannten Schwerpunkten wurden zusätzlich in Kurzvorträgen vorgestellt. Auch in diesem Jahr hatten die an der Ausstellung beteiligten Firmen die Möglichkeit, sich dem Plenum in einem Innovationsforum zu präsentieren.

Exkursionen

Zum Abschluss des Symposiums wurden für alle drei Bereiche der Bioenergie Exkursionen zu erfolgreichen Anlagen angeboten. Das OTTI-Symposium in Kloster Banz bot daher für eine breite Zielgruppe aktuelle Informationen rund um die boomende Bioenergie, aber auch gute Gelegenheiten, um Kontakte zu knüpfen sowie Projekte und Kooperationen zu besprechen.

DK

N-ERGIE Aktiengesellschaft:

Dombrowsky neuer Vorstandsvorsitzender

Der Aufsichtsrat der N-ERGIE Aktiengesellschaft beschloss in seiner Sitzung am 6. Dezember 2006, den bisherigen Sprecher des Vorstands, Herbert Dombrowsky, mit Wirkung zum 1. Januar 2007 zum Vorsitzenden des Vorstands des regionalen Energieversorgungsunternehmens zu bestellen.

Der 56-jährige Verwaltungswissenschaftler Dombrowsky ist seit 1986 in der Energieversorgung tätig und ist gleichzeitig Vorsitzender der Geschäftsführung der Städtische

de ab 1. Januar 2007 von derzeit vier auf insgesamt drei Mitglieder reduziert und setzt sich neben Herbert Dombrowsky aus den Mitgliedern Dirk Fieml und Josef Hasler zusammen.

Markt und Technik

Der 41-jährige Diplomingenieur für Versorgungs- und Energietechnik Fieml ist seit 1. Oktober 2005 Vorstandsmitglied bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft und verantwortet nunmehr die Bereiche Markt und Technik. Des Weiteren ist Dirk Fieml Mitglied der Geschäftsführung der StWN. Diplomkaufmann Josef Hasler, 42 Jahre, hat zum Jahresbeginn das kaufmännische Ressort im Vorstand der N-ERGIE und diese Funktion zudem in Personalunion auch für StWN und VAG übernommen.

Die beiden bisherigen Vorstandsmitglieder Werner Juling und Wilhelm Probst gingen zum 31. Dezember 2006 in den Ruhestand. Werner Juling wird weiterhin Vorsitzender der Geschäftsführung des Energiehandelshauses Syneco GmbH + Co. KG bleiben.



Herbert Dombrowsky.

Werke Nürnberg GmbH (StWN GmbH) sowie Vorsitzender des Vorstandes der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft und Geschäftsführer der Fränkischen Energie Gesellschaft mbH.

Der N-ERGIE Vorstand wur-

Kraftwerksprojekt Dettelbach:

Vorerst eingestellt

N-ERGIE: Unsichere Rahmenbedingungen lassen gegenwärtig keinen wirtschaftlichen Betrieb zu

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft stellt die Arbeiten an ihrem Kraftwerksprojekt in Dettelbach im Landkreis Kitzingen vorerst ein. Die Gründe sind primär in den unsicheren Rahmenbedingungen zu sehen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen wirtschaftlichen Betrieb eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerks (GuD) nicht erkennen lassen.

Trotz einer europaweiten Ausschreibung im Sommer 2006 konnte kein stabiler, langfristig belastbarer Erdgaslieferungsvertrag abgeschlossen werden. Ein weiterer Grund für das Ruhen der Aktivitäten des Projekts Dettelbach ist in den jüngsten europäischen Entwicklungen im Handel mit CO₂-Zertifikaten zu sehen, wodurch die Rahmenbedingungen für N-ERGIE unkalkulierbar werden.

Offene Fragen

War bislang in Deutschland vorgesehen, dass neue und moderne Kraftwerke, die noch vor 2012 ans Netz gehen, 14 Jahre lang mit den benötigten CO₂-Zertifikaten ausgestattet werden, hat die Europäische Kommission die deutsche Regelung ablehnt. Erschwerend kommt hinzu, dass Umweltauflagen und die noch ungesicherte Trassenführung zum nächstmöglichen Einspeisepunkt in das Übertragungsnetz einen Fertigstellungstermin des Kraftwerks noch vor 2012 in Frage stellen. „Sollten sich jedoch die Rahmenbedingungen ändern, werden wir unsere Aktivitäten im Projekt Dettelbach wieder aufnehmen“, sicherte Herbert Dombrowsky, Sprecher des Vorstands der N-ERGIE zu.

Prüfung von Alternativen

Seit geraumer Zeit prüft die N-ERGIE Aktiengesellschaft den Bau eines 2 mal 400-MW-Kraftwerks auf dem ehemaligen „Fulgurit-Gelände“ im Dettelbacher Industriegebiet.

Bislang ging man von einem Investitionsvolumen von 420 Mio. Euro aus. Auch konnte sich das Nürnberger Unternehmen vorstellen, in das Projekt weitere Partner aufzunehmen.

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft plant weiterhin den Ausbau der eigenen Stromerzeugung deutlich zu steigern. Vor diesem Hintergrund untersucht die N-ERGIE derzeit unterschiedliche Alternativen.

Eigenanteil verdoppelt

Seit der im vergangenen Jahr abgeschlossenen Umrüstung des Heizkraftwerks in Nürnberg-Sandreuth von Kohlebefeuerung auf die moderne GuD-Technologie, verdoppelte die N-ERGIE bereits den bisherigen Eigenanteil auf zehn Prozent.

Gemeinschaftskraftwerk Irsching V

Ein weiteres Kraftwerk soll an der Donau errichtet werden. Das Gemeinschaftskraftwerk Irsching V soll Anfang 2009 mit einer Gesamtleistung von 800 Megawatt in Betrieb gehen. Die N-ERGIE ist an diesem mit Erdgas betriebenen GuD-Kraftwerk mit 25,2 Prozent beteiligt. Die weiteren Gesellschafter sind E.ON Kraftwerke GmbH mit 59,2 Prozent und Mainova mit 15,6 Prozent. Geprüft werden weiterhin Engagements bei der dezentralen Stromerzeugung, wie etwa einem Biomassekraftwerk, sowie die Beteiligung an einem Kohle-Gemeinschaftskraftwerk über eine kommunale Verbund-Gesellschaft.

BamS-Umfrage:

Mehrheit der Deutschen für Atomkraft

Wie denken die Menschen in Deutschland über die Kernkraft? Eine Forsa-Umfrage im Auftrag von Bild am Sonntag brachte folgendes Ergebnis: 61 Prozent der Deutschen sind der Ansicht, es sei nicht vertretbar, aus der Atomenergie auszustiegen, bevor alternative Energien wie Sonnen- oder Windkraft in einem vergleichbaren Umfang zur Verfügung stehen. Nur 34 Prozent sind gegenteiliger Meinung.

Erhebliche Vorbehalte gegenüber einem schnellen Atomausstieg gibt es laut BamS unter den Anhängern beider Regierungsparteien sowie der größten Oppositionspartei. 71 Prozent der Unions- und 57 Prozent der SPD-Wähler halten einen endgültigen Ausstieg aus der Kernkraft erst dann für vertretbar, wenn erneuerbare Energien in ausreichendem Maß verfügbar sind. Bei den FDP-Anhängern sind es sogar 83 Prozent.

Für einen raschen Atomausstieg treten 16 Prozent der FDP-Wähler, 27 Prozent der Anhänger von CDU/CSU und 39 Prozent der SPD-Wähler ein. Eine Mehrheit für einen schnellen Ausstieg aus der Kernenergie gibt es lediglich in der Anhänger-schaft von Grünen (59 %) und Linkspartei (54 %).

Die rot-grüne Bundesregierung vereinbarte im Jahr 2000, aus der Atomenergie auszustiegen. 2003 wurde das Kraftwerk Stade stillgelegt. Die verbleibenden 17 Atomkraftwerke sollen bis spätestens 2023 abgeschaltet sein. Fast jeder zweite Bundesbürger ist der Meinung, dass dieser Beschluss von der Politik korrigiert werden sollte: 31 Prozent der Befragten sprechen sich für längere als die von Rot-Grün vereinbarten Kraftwerk-Laufzeiten aus; 17 Prozent sagen sogar, dass der Atomausstieg komplett rückgängig gemacht werden müsste. 47 Prozent meinen, dass die Kernkraftwerke wie beschlossen abgeschaltet werden sollten.



Zahlreiche Politiker und Behördenvertreter eröffneten gemeinsam den neuen Streckenabschnitt zwischen Bürgstadt und Eichenbühl.

Umgehung Miltenberg:

Erster Abschnitt fertig gestellt

Landrat Schwing kritisiert Obersten Rechnungshof

Kurz vor Weihnachten gab es einen freudigen Anlass für die Bürgerinnen und Bürger von Miltenberg und Bürgstadt: Das erste Teilstück der Umgehung Raum Miltenberg wurde für den Verkehr freigegeben. In einer Bauzeit von knapp elf Monaten wurde der 980 Meter lange Abschnitt hergestellt. Errichtet wurden dazu 900 Meter Schallschutzwände, die Gesamtkosten für diesen Straßenabschnitt betragen ca. 2,7 Millionen Euro.

Für die Autofahrer, die von Miltenberg in das Erfstal Richtung Eichenbühl und Hardheim fahren, wird es nun angenehmer. Die Fahrt durch die häufig überlastete Luitpold- und Eichenbühlerstraße wird künftig entfallen. Auch für die Wirtschaft werde sich die Straße positiv auswirken, weshalb Bürgstadts Bürgermeister Bernhard Stolz auch von einer „Schlagader für die Wirtschaft der gesamten Region“ sprach.

Unglaubliche Dynamik

Lob für das Straßenbauprojekt spendete Landrat Roland Schwing. Mit der zukunftsweisenden Entscheidung des Freistaates Bayern, die Gesamt-Umgehung Raum Miltenberg als Public-Privat-Partnership-Modell zu errichten, sei eine unglaubliche Dynamik entstanden. Auch die Bevölkerung sei von dem raschen Baufortschritt sehr begeistert. Unverständnis äusserte Landrat Roland Schwing am Bayerischen Obersten Rechnungshof, welcher vor wenigen Tagen die Finanzierung dieses Projektes kritisierte. Der Rechnungshof habe bei seiner rein zahlenmäßigen

Betrachtung sowohl eine gesamtwirtschaftliche als auch eine politische Bewertung vergessen. Die zügige Realisierung des Projektes bringe erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile und führe besonders für die an den Durchgangsstraßen lebenden Menschen zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität. Denn die enormen Belastungen des Durchgangsverkehrs werden künftig entfallen. Auch werde nicht berücksichtigt, dass die bestehende Mainbrücke in Miltenberg dringend saniert werden müsse. Der Bau der neuen Mainbrücke im Zuge der Umgehung Raum Miltenberg ermögliche eine wirtschaftliche Durchführung dieser Arbeiten, da auf eine Ersatzbrücke während der Sanierung verzichtet werden könne. Alleine dadurch entstehe eine Kostenersparnis von eins- bis zwei Millionen Euro.

Wichtige Teiletappen

Die gesamte Umgehungsstrecke soll bis Ende 2008 fertig gestellt sein. Wichtige Teiletappen sind der Bau der neuen Mainbrücke bis Ende 2007 und des Tunnels im Frühjahr 2008.

Wirtschaftsverkehr darf nicht ausgesperrt werden!

Münchner Wirtschaftskammern entsetzt über Auswirkungen der Umweltzone

Handwerkskammer und IHK für München und Oberbayern zeigen sich entsetzt über die Auswirkungen der vom Münchner Stadtrat beschlossenen Umweltzone für die Landeshauptstadt. Ohne Kenntnis der Folgen hatte das Kommunalparlament festgelegt, dass es nur wenige Ausnahmegewilligungen zur Einfahrt in die Sperrzone geben dürfe. Zum Zeitpunkt dieses Beschlusses wusste der Stadtrat noch nicht, welche Fahrzeuge überhaupt von dieser Regelung betroffen sein würden. Nun stellt sich heraus, dass selbst Autos mit regeltem Katalysator nicht mehr in die Innenstadt fahren könnten. Nach Schätzungen des TÜV könnten davon in Stadt und Landkreis München bis zu 250 000 Fahrzeuge betroffen sein.

Handwerkskammerpräsident Heinrich Traublinger, MdL, und IHK-Präsident Erich Greipl übereinstimmend: „Das wäre der absolute Kollaps für den Wirtschaftsverkehr in München. Unsere Betriebe wären für einen Großteil ihrer Kunden und Lieferanten nicht mehr erreichbar und umgekehrt.“ Der wirtschaftliche Schaden für die Landeshauptstadt und ihre Bürger wäre immens und stünde in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Umwelt.

Purer Aktionismus

„Die Diskussion um die Umweltzone hat sich längst von einer sachlichen Basis verab-

schiedet und droht, in puren Aktionismus auszuarten,“ befürchtet Handwerkskammerpräsident Traublinger.

Bürokratiemonster

Durch die Überprüfung jedes einzelnen Ausnahmeantrages, so IHK-Präsident Greipl, „schaffen wir ein weiteres Bürokratiemonster in unserer Stadt.“ Deshalb fordern die Wirtschaftskammern praxisgerechte und unbürokratische Lösungen, die den Wirtschaftsverkehr nicht behindern. Das könnte durch eine generelle Ausnahmeregelung für gewisse Schlüsselnummern, z.B. für Fahrzeuge mit regeltem Katalysator der ersten Generation, erreicht werden.

ESB und RVO geben Gas mit 14 neuen Bussen

Die Zulassungszahlen für Erdgasfahrzeuge in Deutschland sind im Oktober 2006 kräftig angestiegen. Auch als einer der Pioniere in Sachen Erdgas hat die Regionalverkehr Oberbayern GmbH (RVO) an ihren Standorten bereits 32 mit Erdgas betriebene Niederflrbusse im Einsatz. Jetzt kommen 14 neue Erdgasbusse dazu. Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) fördert die Weiterentwicklung des Erdgasantriebes. Die ESB hat in ihrem Netzgebiet in Südbayern schon in insgesamt 25 Erdgastankstellen investiert.

Erdgasfahrzeuge stehen aufgrund des günstigen Kraftstoffpreises bei den Neuwagenkäufen derzeit hoch im Kurs. Gegenüber einem Benzinern spart der Autofahrer an der Zapfsäule rund 50 Prozent und gegenüber einem Diesel rund 30 Prozent. Das wird auch dauerhaft so bleiben, denn die Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff wurde von der Bundesregierung bis zum Jahr 2018 festgeschrieben. Der Gesamtbestand an Erdgas-Nutzfahrzeugen und Erdgas-PKWs in Deutschland beläuft sich derzeit auf etwas mehr als 50.000.

Höhere Absatzzahlen

„Dass die umweltschonenden Erdgasfahrzeuge mehr und mehr im Trend sind, spiegelt sich auch in den Absatzzahlen an den Tankstellen der ESB wider. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich bis Ende September 2006 der Kraftstoffabsatz Erdgas an den ESB-Tankstellen um über 20 Prozent erhöht“, sagt Martin Heun, Prokurist bei der ESB.

Förderprogramm

Großes Interesse am Erdgasantrieb weckt auch das Förderprogramm der ESB, das die Anschaffung eines Erdgasfahrzeuges noch bis 31.12.2007 mit einer Startprämie in Höhe von 400 Euro belohnt. Voraussetzung für die Auszahlung ist die Zulassung des Fahrzeugs im Netzgebiet der ESB. Erdgaskunden der ESB mit einem Erdgasauto haben einen weiteren Vorteil: Jährlich erhalten diese Kunden mit der Erdgas-Jahresrechnung 1000 Kilowattstunden Erdgas geschenkt. Über das ESB-Infotelefon 01805/291111 (12 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz der Telekom) gibt es Details zu den Förderprogrammen.

RVO stockt Fuhrpark auf

In einer Feierstunde hat die RVO weitere 14 Erdgasbusse vom Hersteller in Pilsting übernommen und an ihre Heimatstandorte überführt. Die RVO hat damit zusammen mit ihren bayerischen Schwestergesellschaften, der Omnibusverkehr Franken GmbH, (OVF) Nürnberg und der Regionalbus Ostbayern GmbH (RBO), Regensburg insgesamt 46 Erdgasfahrzeuge in 2006 beschafft. Damit setzen RVO, OVF und RBO heute in Summe 252 Erdgasbusse in Bayern ein und stellen damit die größte Erdgasbusflotte in Deutschland.

Regionale Investition

Die Vertreter des Herstellers bedankten sich für diesen bedeutenden Auftrag und die damit verbundene Investition in die heimische Wirtschaft. Peter Heider und Veit Bodenschatz, Geschäftsführer der RVO, gaben in ihren Erwiderungen diesen Dank an die Vertreter der Aufgabenträger sowie den Freistaat Bayern weiter und betonten, dass die RVO und ihre bayerischen Schwestern ohne die Unterstützung des Freistaates Bayern ihren selbst gestellten Aufgaben innovationsfreudige, umweltschonende Unternehmen zu sein, nur schwer nachkommen könnten.

Bei allen Neufahrzeugen handelt es sich um Niederflrbusse die mit einer speziellen Absenkvorrichtung, dem sogenannten kneeling und zusätzlicher Behindertenrampe ausgestattet sind. Dies kommt vor allem den älteren Fahrgästen und Eltern mit Kinderwagen sehr zu Gute.

MVV-Design

Erstmals wurden auch Erdgasbusse im MVV-Design bestellt, die überwiegend im Raum Wolfratshausen/Starnberg eingesetzt werden. Auch im Landkreis Garmisch-Partenkirchen werden erstmals erdgasbetriebene Fahrzeuge in Dienst gestellt. Alle Fahrzeuge verfügen über Haltestellenanzeigen zur besseren Orientierung der Fahrgäste.

Deutliche Akzente

Die RVO setzt durch den Einsatz der Ergasbusse weitere Akzente in Sachen Umweltschutz in Oberbayern. Mit Erdgas betriebene Fahrzeuge haben einen sehr geringeren Schadstoffausstoß. Sie schonen damit die Umwelt in einer der schönsten Regionen Deutschlands, dem Voralpenland.

VDV legt Diskussionspapier vor:

ÖPP für die Eisenbahninfrastruktur

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat ein Diskussionspapier zu öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) für die Eisenbahninfrastruktur vorgelegt. Er reagiert damit auf die in jüngerer Zeit verstärkt diskutierte Zielsetzung, knappe öffentliche Mittel zur Finanzierung von Investitionsvorhaben der Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) durch privates Kapital zu ersetzen oder zu ergänzen.

In acht Thesen beschreibt der Branchenverband, der unter anderem zirka 150 EIU vertritt, die Möglichkeiten und Anforderungen zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur in der Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Der VDV erteilt ÖPP-Projekten keine generelle Absage. Die Spielräume zur Mobilisierung zusätzlichen Kapitals seien aber bei realistischer Betrachtung begrenzt.

„Privates Kapital muss immer aus öffentlichen Haushalten oder aus Nutzerentgelten refinanziert werden,“ sagt Dr. Martin Henke, Geschäftsführer Eisenbahnverkehr des VDV. Knappe öffentliche Mittel seien jedoch gerade die Ursache der ÖPP-Debatte. Sie stünden deshalb zur Refinanzierung der Kapitalgeber nicht zur Verfügung. Die Nutzerentgelte reichten dagegen schon heute häufig nicht aus, um die Kosten des Infrastrukturbetriebs und der laufenden Instandhaltung zu decken. Eine Erhöhung von Trassenpreisen und Anlagenentgelten sei im Verkehrsmarkt nicht durchsetzbar. „Privates Kapital ist unter Marktbedingungen bei den meisten Investitionsvorhaben für die Schienenwege schlicht nicht finanzierbar“, meint Henke.

Kritisch beurteilt der VDV auch die vielfach pauschal unterstellten Effizienzvorteile öffentlich-privater Partnerschaften. Die Finanzierung von Investitionen über den privaten Kapitalmarkt sei gegenüber klassischen Haushaltsfinanzierungen mit deutlichen wirtschaftlichen Nachteilen verbunden. Zum einen erwarteten die Investoren relativ hohe Renditen, zum anderen seien deren Refinanzierungskosten gemeinhin höher als die der öffentlichen Haushalte. Die angenommenen Effizienzgewinne von ÖPP müssten in jedem Fall größer sein als diese Finanzierungsnachteile. Angesichts dessen seien die Spielräume, mit denen die öffentlichen Haushalte entlastet werden könnten, gering.

Der VDV könne sich allerdings erfolgreiche ÖPP-Projekte dort vorstellen, so Henke, wo es sich um verkehrlich weitgehend in sich geschlossene Teilnetze oder Strecken handele. Unter diesem Aspekt seien Teilnetze des regionalen Netzes für ÖPP im Bereich der Eisenbahninfrastruktur noch am ehesten geeignet.



Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus

Die erste umfassende Online-Lösung für Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen ...

Jeweils mehrere tausend Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen ...

→ PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit ca. 36.000 Seiten zu allen bedeutsamen Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung in Bayern. Kompetente und erfahrene Fachleute aus zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Informationsgehalt und Rechtssicherheit.

Kommentierungen und Darstellungen

An den Anforderungen der Praxis orientierte Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen online – gegliedert in die zentralen Bereiche

· Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines · Wirtschaft, Vergabe und Verkehr · Sicherheit und Ordnung · Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur · Bauwesen, Umwelt und Natur.

→ für Bezieher der Loseblattausgabe

PdK Bayern
1 – 3 User bis 31.12.2007

kostenlos

→ **Normalpreis für 3 User**
Plätze 4 – 9 jeweils

mtl. € 66,-
mtl. € 11,-

... dazu das große Beck-Plus: Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften

→ Beck'sche Gesetze Digital Bayern, Bund, EU

· Landesrecht im Umfang der Beck'schen Loseblatt-Textsammlungen Ziegler/Tremel, Verwaltungsgesetze des Freistaates Bayern – immer auf dem neuesten Stand
· rund 1.500 Gesetze und Verordnungen des Bundes (Schönfelder, Sartorius, Nipperdey I, Aichberger SGB ...)
· die rund 200 wichtigsten internationalen und EU-Vorschriften.

→ Rechtsprechung aktuell und im Volltext,

mit Schwerpunkten VGH, OVG und BVerwG

→ Die Top-Zeitschriften komplett und aktuell

NWZ seit 1982, NVwZ-RR ab 1988, LKV ab 1991

→ Beck'scher Online-Kommentar TVöD

Eigens für die effektive Arbeit am Computer entwickelte, praxisgerechte und fortlaufend aktualisierte Kommentierung des TVÜ und des TVöD, herausgegeben von Bepler/Böhle/Martin/Stöhr.

Bundesweit verfügbar:

Für Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

→ **Infos/4-Wochen-Test: www.beck-online.de**

Deutscher Landkreistag und mittelständische Busunternehmer:

Faires Miteinander zum Wohle der Fahrgäste

Faire Zusammenarbeit im Interesse der Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr haben der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) und der Deutsche Landkreistag (DLT) vereinbart. Der Präsident des bdo, Wolfgang Steinbrück und DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke trafen sich zum Meinungsaustausch über die Konsequenzen der neuen EU-Verordnung und die Auswirkungen der Kürzungen der Finanzmittel für den ÖPNV. Henneke dazu: „Die Landkreise sind selbstverständlich am unternehmerischen Engagement der Busunternehmen interessiert. Sie haben kein Verlangen, die Verkehrsleistungen selbst zu erbringen.“

In ihrem Gespräch stellten beide Verbandsvertreter fest, dass die politische Einigung über die neue ÖPNV-Verordnung der EU eine gute Basis für die Zusammenarbeit kommunaler Aufgabenträger und Busunternehmen biete. Die Landkreise müssten entscheiden, welches ÖPNV-Angebot sie für ihre Bevölkerung bereitstellen und finanzieren könnten.

Die Verkehrsunternehmen konzentrierten sich auf die Planung und Erbringung der Verkehrsleistungen. Dabei sind sich beide Seiten einig, dass es nicht darum gehen könne, einen Behörden-ÖPNV zu etablieren, bei dem die Aufgabenträger alle Planungsaufgaben an sich ziehen und Verkehrsunternehmen ausschließlich für die Beförderung zuständig sind. „Das Eigen-

interesse der Verkehrsunternehmen an Qualität und Fahrgastzahlen muss unbedingt erhalten bleiben“, so Henneke.

Kürzungen geben Anlass zur Besorgnis

Besorgt äußerten sich die Gesprächspartner über die bereits erfolgten und noch anstehenden Kürzungen der Finanzmittel für den ÖPNV. Seit 2003 handelt es sich hierbei immerhin um eine Größenordnung von 25 bis 30 %. Appelliert wurde an die Länder, die ihnen gerade vom Bund übertragene Kompetenz zur Regelung der Schülerbeförderung nicht zu weiteren Einschnitten zu nutzen. „Die Landkreise sind angesichts ihrer äußerst schwierigen Finanzsituation nicht in der Lage, die Ausfälle auszugleichen. Dann

müssen die Elternanteile beim Schülerticket weiter erhöht werden“, prognostizierte Henneke. Auch Steinbrück betonte, dass bereits in der Vergangenheit die Verkehrsunternehmen trotz verbesserter Effizienz die Fahrpreise anpassen mussten. Ebenso seien die Kraftstoffpreise um mehr als 100 % gestiegen.

Finanzvolumen aufstocken

Die Kürzung der Regionalisierungsmittel nehmen die Verbandsvertreter zum Anlass, die Länder aufzufordern, das Finanzvolumen aus eigenen Mitteln wieder aufzustocken. Durch die den Ländern zustehenden Anteile an der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 wachse deren finanzielle Manö-

Bilanzen 2005:

Hausmüll im Freistaat

Einen detaillierten Überblick über die abfallwirtschaftliche Entwicklung im Freistaat im Jahr 2005 gibt eine vom Bayerischen Landesamt für Umwelt herausgegebene Handreichung mit dem Titel „Hausmüll in Bayern“.

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften in Bayern förderten auch 2005 aktiv die Abfallvermeidung und -verwertung. Erfolgreiche Aktivitäten der Vorjahre wurden hierzu fortgeführt oder ausgebaut. Zahlreiche Aktionen der Städte, Landkreise und Zweckverbände zeigen der Broschüre zufolge, dass eine innovative Öffentlichkeitsarbeit weiterhin als sehr wichtig erachtet wird. Als ständige Ansprechpartner standen den Haushalten und Gewerbebetrieben gut 200 Abfallberater mit kompetentem Rat zur Verfügung.

Über 80 % der Körperschaften förderten die Eigenkompostierung mit Zuschüssen zu Kompostern oder Häckslern, Kompostierkursen oder durch reduzierte Abfallgebühren oder der Zulassung kleinerer Restabfallbehälter, um so den kommunal zu erfassenden Anteil an organischen Abfällen zu verringern.

Den Grundsatz der Abfallvermeidung sowie die Verpflichtung zur Abfalltrennung haben die entsorgungspflichtigen Körperschaften in ihren Satzungen festgeschrieben. Mehrwegebote für öffentliche Veranstaltungen und Einwegverbote sind ebenfalls satzungsrechtlich verankert. Über einen Leistungsbezug bei den Abfallgebühren werden in einigen Städten und Landkreisen zusätzliche Anreize zur Abfallreduzierung gegeben.

Spermmüllbörsen, Trödelmärkte, Gebrauchtwarenkaufhäuser und andere Altstoffbörsen waren 2005 in zahlreichen Städten und Landkreisen etabliert. In einigen Körperschaften gab es auch Börsen für Baustoffe und Bodenaushub. Die Erfassung von Wertstoffen mittels Holsystemen blieb 2005 etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Das Angebot an Bringsystemen blieb 2005 weiterhin qualitativ auf hohem Niveau.

Im Jahr 2005 waren in neun Landkreisen Wertstoffmobile im Einsatz. 83 Körperschaften erfassten Problemabfälle über mobile Sammlungen. In 95 von 96 Körperschaften standen den Bürgern 2005 insgesamt 1707 Wertstoffhöfe zur Verfügung.

2005 lagen den entsorgungspflichtigen Körperschaften Daten zu ca. 397.000 t verwerteten Gewerbeabfällen vor. Dies waren Grüngut, Bioabfall, Baustellenabfälle, verwerteter Schrott und verwertete Asche aus der thermischen Behandlung von Gewerbeabfällen sowie sonstige gewerbli-

riermasse. „Sollten die Regionalisierungsmittel nicht wieder aufgestockt werden, sind Leistungseinschränkungen und Fahrpreiserhöhungen unvermeidbar. Das müssen die Länder wissen. Sie tragen dafür die Verantwortung.“

DLT und bdo forderten den Bundesfinanzminister auf, die dem Bundesrat gegebene Zusage einzulösen, ab 2009 einen Ausgleichsbetrag von 500 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen und die Dynamisierung der Regionalisierungsmittel wieder aufzunehmen. Steinbrück und Henneke: „Damit wir schnell Planungssicherheit haben, muss der Bundesfinanzminister unverzüglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.“

Die beiden Verbandsvertreter wiesen darüber hinaus mit Nachdruck das Ansinnen zurück, Finanzmittel vor allem im Busbereich und damit zu Lasten des ländlichen Raumes einzusparen und den kostenträchtigen Schienenverkehr in den Ballungsgebieten von den finanziellen Einschränkungen weitgehend auszunehmen. **DK**

che Wertstoffe. Von dieser Gesamtmenge gingen 2005 ca. 171.000 t zur energetischen Verwertung.

Im Jahr 2005 nutzten die entsorgungspflichtigen Körperschaften 314 Anlagen (2004: 308 Anlagen), davon 282 innerhalb Bayerns, zur Sortierung, Aufbereitung und Verwertung von Wertstoffen, Haushaltsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen. Die Gesamtanliefermenge an alle Anlagen betrug ca. 1,66 Mio. t.

Insgesamt 140 Sortieranlagen (147 im Vorjahr) verarbeiteten Wertstoffe, Haushaltsabfälle und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle. 153 Anlagen wurden zur Aufbereitung von Wert- und Altstoffen genutzt. Die verbleibenden 21 Anlagen waren Verwertungsanlagen, die überwiegend für Altholz, Spermmüll und organische Abfälle (Grüngut) genutzt wurden.

An 218 Kompostieranlagen (220 im Vorjahr) und 2 Vergärungsanlagen (3 im Vorjahr) in Bayern wurden 2005 insgesamt ca. 615.000 t Grüngut angeliefert. Insgesamt rund 820.000 t Bioabfälle wurden zu 74 bayerischen Kompostieranlagen (76 im Vorjahr) und 17 Vergärungsanlagen (16 im Vorjahr) geliefert. Ca. 23.000 t Bioabfall wurden zur Verwertung zu 7 Anlagen außerhalb Bayerns verbracht.

Das Gesamtabfallaufkommen pro Einwohner stieg 2005 von 489,7 kg im Vorjahr auf 494,8 kg. Die erfasste Wertstoffmenge übersteigt in den letzten Jahren die jeweilige Restabfallmenge deutlich.

Die Verwertungsquote in Bayern lag 2005 bei 71,4 % nach 71,2 % im Vorjahr. Eine Verwertungsquote über 70 % konnten 68 der 96 bayerischen Städte und Landkreise erreichen. Die 2005 in Bayern angefallene Restabfallmenge von 2.388.384 t wurde zu 93,5 % thermisch behandelt. Einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung wurden 1,5 % zugeführt.

Alle Körperschaften in Bayern behandelten den in ihrem Gebiet angefallenen Restabfall oder Teilmengen davon in thermischen Anlagen. Bayernweit standen zur thermischen Behandlung 16 Anlagen mit einer Gesamtkapazität von ca. 2,9 Mio. t zur Verfügung.

Von den beiden Anlagen zur mechanisch-biologischen Vorbehandlung wurde eine in 2005 stillgelegt. Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 35.000 t Restabfall verarbeitet. **□**

Der ADAC testet jetzt auch Brücken

... als Reaktion auf unterlassene Unterhalts- und Sanierungsinvestitionen

Weil die Öffentlichen Hände wegen ihrer angespannten Haushaltslage in den zurückliegenden Jahren oftmals die notwendigen Unterhaltungs- und Sanierungsinvestitionen unterlassen hätten, wird der ADAC künftig auch Brücken testen. Nicht wenige Brücken seien nämlich dadurch nicht mehr verkehrssicher oder gar einsturzgefährdet.

Diese Absicht kündigte der Club, der sich als Interessenvertreter der mobilen Gesellschaft und Verbraucherschützer versteht, vor der Presse in München an. Getestet werden sollen innerörtliche und außerörtliche Brücken. Mit den ersten Testergebnissen ist wahrscheinlich im Juni zu rechnen. Bisher hatte der ADAC, der größte Automobilclub Europas und zweitgrößter der Welt mit beinahe 17 Mio. Mitgliedern, unter anderem durch Tunnel- und Föhrentests Aufsehen erregt.

Treibstoffgeschäft

Auch auf das örtliche Treibstoffgeschäft nimmt der Club künftig mehr Einfluss. Auf der Homepage des ADAC können nämlich bald auch Nicht-Mitglieder (ohne Mitgliedsnummer und ohne Passwort) die Seiten mit den Treibstoffpreisen aufrufen und sich Routenplanungen ausdrucken lassen.

Eigene Kfz-Versicherung?

Noch intensiver als bisher will sich der Club offenbar dem Versicherungs- und Bankgeschäft widmen. Gerüchteweise ist zu vernehmen, dass der ADAC beabsichtigt, eine eigene Kfz-Versicherung zu gründen. Auch heißt es, der Club habe sich jetzt eine Banklizenz beschafft, um seine Tätigkeiten, sofern sie im weitesten Sinne mit Mobilität zu tun haben, ausweiten zu können.

Vertrieb von Kreditkarten

Inzwischen ist der ADAC, der seine ADAC-mobilKarte als Visa- oder Mastercard oder auch als Doppelkarte ausgibt, Deutschlands größter Kreditkartenvertrieber. Fleißig gebaut wird am neuen Hauptverwaltungsgebäude in München am Westpark, das 2008 bezugsfertig sein soll und etwa 250 Mio. Euro kosten wird. Für das alte Gebäude werden Nachmieter gesucht. **dhg.**

UN-Auszeichnung für ÖPNV-Projekt des Landkreises Cham

Im Rahmen des 3. Runden Tisches der UN-Dekade wurden in Bonn 80 offizielle Projekte zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aus Deutschland ausgezeichnet. Eines dieser UN-Dekade-Projekte war auch die Aktion „Kinder entdecken den ÖPNV“ des Landkreises Cham, zu dem Landrat Theo Zellner den Anstoß gegeben hatte.

Stellvertretender Landrat Michael Dankerl sowie Reinhold Meier und Hartmut Rosenhammer nahmen die Auszeichnung entgegen und reichten sie anlässlich des Besuchs des Kindergartens „St. Stephan“ Waldmünchen im Landratsamt an Landrat Theo Zellner weiter.

Zellner: „Ich freue mich über diese neuerliche Auszeichnung für den Landkreis Cham. Mit den monatlich veranstalteten Gruppenerlebnisfahrten für Kindergärten mit Bus und Bahn unter pädagogischer Leitung wollen wir Informations- und Einstellungsdefizite der Kinder und Eltern abbauen sowie Unternehmer dazu anzuregen, spezielle Angebote für junge Leute zu schaffen und den ländlichen Individualverkehr reduzieren.“

Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2006 bis 2014 zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige

Entwicklung“ ausgerufen. Damit haben sich die UN-Mitgliedsstaaten verpflichtet, in diesen 10 Jahren besonders intensive Anstrengungen zu unternehmen, um das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen der Bildung zu verankern. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll jedem Menschen Kompetenzen vermitteln, die für die aktive Gestaltung einer menschenwürdigen Gegenwart und Zukunft der Weltgesellschaft erforderlich sind.

Das Projekt „Kinder entdecken den ÖPNV“, so Professor Dr. Gerhard de Haan, Sprecher des Nationalkomitees der Deutschen Unesco-Kommission, stehe beispielhaft für eine innovative und breitenwirksame Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Daher wurde diese Aktion mit der Projekt Nr. 464 als „Offizielles Dekade-Projekt“ ausgezeichnet. **□**

Liberalisierung des Eisenbahnverkehrs

Am 1. Januar 2007 wurden sämtliche Schienengüterverkehrsdienste für den Wettbewerb geöffnet. Die vollständige Liberalisierung dürfte für den Schienengüterverkehr einen Wendepunkt darstellen und seinen Marktanteil, der seit 1970 in den meisten Mitgliedsstaaten stetig zurückgegangen ist, wieder ansteigen lassen.

EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot erklärte: „Die Schaffung von Wettbewerb zwischen den Unternehmen des Schienengüterverkehrs wird dem Sektor neuen Antrieb geben und zur Verwirklichung eines integrierten Eisenbahnraums in Europa beitragen.“

Zwischen 1970 und 2003 hat der Straßengüterverkehr bei gleichzeitigem Rückgang des Schienenverkehrs ständig zugenommen. Lag der Anteil der Schiene 1970 in den 15 alten Mitgliedsstaaten noch bei 20 %, ist er 2003 auf unter 8 % gesunken. Damit einher ging der Verlust von einer Million Arbeitsplätzen.

Im Jahr 2003 kehrte sich der Trend um, als in der EU-25 erstmals wieder ein Anstieg der per Schiene beförderten Gütermengen verzeichnet wurde. Diese Erholung ist jedoch alles andere als stabil, außerdem zu gering und ungleich zwischen den Mitgliedsstaaten verteilt. Darüber hinaus ist der Anteil des Schienengüterverkehrs an der gesamten Verkehrsleistung nach wie vor rückläufig.

Die vollständige Liberalisierung des Schienengüterverkehrsmarkts in den EU-Mitgliedsstaaten dürfte den Eisenbahnverkehr ankurbeln und den Beteiligten des Sektors neue Anreize bieten. **□**

Frühling im Winter bringt tödliches Risiko

Aufgrund des ungewöhnlich warmen Wetters kommen sich derzeit Waldarbeiter und Erholungssuchende gegenseitig in die Quere. Im Raum Oberstdorf wurde im Herbst sogar ein Radfahrer erschlagen. Es ist außerordentlich wichtig, Absperrungen aufgrund von Fällarbeiten zu beachten.

Holz wird traditionell hauptsächlich im Winter eingeschlagen. Um diese Jahreszeit ist es im Wald üblicherweise eher ruhig. Heuer sind aufgrund der frühlingshaften Temperaturen jedoch sehr viele Erholungssuchende (Jogger, Radfahrer, Reiter) unterwegs. „Leider beachten einige Erholungssuchende unsere Absperrungen nicht“, betont Peter Hinderlich von den Fugerschen Stiftungsforsten und ergänzt: „Dadurch kommt es fast täglich zu brenzlichen Situationen.“

Die Einhaltung des Gefahrenbereiches bei der Baumfällung - doppelte Baumlänge rundherum - ist sowohl für die Waldarbeiter als auch für Erholungssuchende dringend notwendig, da bereits von einem vermutlich kleinen Baum ein tödliches Unfallrisiko ausgeht. **□**

JU-Umweltpapier:

Signal zur Neuorientierung

Um das ökologische Profil der Christlich-Sozialen Union zu schärfen, fordern junge CSU-Politiker eine Wende in der bayerischen Umweltpolitik. In einem Positionspapier des Landesvorsitzenden der Jungen Union Bayern, Manfred Weber, und der bayerischen JU-Umweltsprecherin Anja Weisgerber heißt es: „Die CSU muss die Partei des Kohlendioxid (CO₂)-Ausstiegs werden.“ Der Freistaat müsse im Jahr 2050 mehr als die Hälfte seines Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen beziehen. Der Freistaat solle sich in Berlin und bei der EU in Brüssel für eine CO₂-Steuer einsetzen.

„Für den Ausstieg aus der CO₂-Produktion brauchen wir die Kernenergie“, so das Umweltpapier. Die Laufzeiten der Atomkraftwerke sollten sich „nach dem Sicherheitsstandard und nicht nach Ideologie“ richten. Die Gewinne durch längere Laufzeiten müssten die Energiekonzerne aber in die Förderung erneuerbarer Energiequellen und der Energieeffizienz investieren. Hierfür sei eine freiwillige Vereinbarung mit der Energiewirtschaft anzustreben.

Bayern soll Biomasseland werden

Schwerpunkt beim Umsteuern in der Energiepolitik in Bayern sollte nach Ansicht der JU-Politiker die Biomasse sein. „Bayern soll zum Biomasseland

werden.“ So sollte die Staatsregierung etwa beim Neubau und bei der Gebäudesanierung auf Biomasseheizungen setzen. Die Wende in der Umweltpolitik müsse auch im neuen Grundsatzprogramm der Partei deutlicher werden, fordern Weber und Weisgerber.

Forderung nach konkreten Ansätzen

Insgesamt sei die Umweltpolitik in der CSU in den vergangenen Jahren „eher zum Randthema“ geworden. Die Partei dürfe nicht bei allgemeinen Wünschen stehen bleiben, heißt es weiter. Die Junge Union fordert konkrete Ansätze: „Damit kann die Partei ihre Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik ausbauen.“ **DK**

LfU-Fachtagung in Augsburg:

Deponien in Theorie und Praxis

„Aktuelles über Deponien - rechtliche Entwicklungen und geänderte Randbedingungen“ lautete das Thema einer Fachtagung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt in Augsburg. LfU-Mitarbeiter Karl Drexler wies darauf hin, dass Veränderungen bei den Volumina insbesondere im Jahr 2009 zu erwarten sind. Interessant sei auch die Entwicklung des anfallenden Abfalles, sowohl bei der Beseitigung wie auch bei der Verwertung.

Durch die Änderungen in der Abfallwirtschaft im Jahr 2005 sind Drexler zufolge Mengen an Abfällen zur thermischen Verwertung und Beseitigung angefallen, die bundesweit eine Zwischenlagerung erforderlich gemacht haben. Zahlen über die zwischengelagerten Mengen seien nur zum Teil bekannt.

In Bayern seien trotz ausreichender Verbrennungskapazitäten bereits in früheren Jahren Abfälle zwischengelagert worden. Sofern nicht bei Anlagestillständen durch Revisionen oder Störungen im Rahmen der Nachbarschaftshilfe Abfälle verbrannt wurden, konnten Abfälle auch auf Deponien zwischengelagert werden. Weitere Notlager waren bei Katastrophenfällen, wie z. B. Pfingsthochwasser notwendig. Diese Not- und Ausfalllager waren laut Drexler kein Problem, da ja Hausmüll noch abgelagert werden durfte. Trotzdem hätten der Zweckverband Müllverwertung Schwandorf (ZMS), aber auch andere Betreiber sich bereits 1996 mit der Verpackung von Müll zur Zwischenlagerung befasst.

Problematische Räumung der Lager

Nach einer Erhebung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall LAGA lagern bundesweit in genehmigten Zwischenlagern ca. 1,2 Mio. Tonnen Abfälle (Stand August 2006). In Bayern befinden sich derzeit in 13 Lagern ca. 100.000 Tonnen Abfälle. Ein Problem, so Drexler, sei die Räumung der Lager, da Fristen insbesondere für Abfälle zur Beseitigung zu beachten sind: Für Langzeitlager seien die Vorgaben der Deponieverordnung/Abfallablagerungsverordnung zu beachten. Bei einer Lagerdauer von mehr als einem Jahr bei Abfällen zur Beseitigung und bei einer Lagerdauer von mehr als drei Jahren bei Abfällen zur Verwertung handle es sich um ein Langzeitlager, das die Anforderungen der Deponieverordnung erfüllen muss. Dies sei beispielsweise die Einhaltung der Zuordnungswerte

der entsprechenden Deponieklasse. Das Problem bestehe darin, dass seit dem 1. Juni 2005 beispielsweise kein unbehandelter Hausmüll abgelagert werden darf. Hier gelte „first in - first out“, weshalb eine Kennzeichnung der Ballen erforderlich sei.

Die Art der Zwischenlagerung von Abfällen beeinflusse auch die möglichen Emissionen. Möglich seien sowohl eine offene Lagerung als auch eine Lagerung in Behältern, z. B. Container, eine Lagerung in Verpackung, z. B. Müllpressballen, sowie die Lagerung in einer Halle.

Lagerung von Abfällen

Bei der Lagerung von Müllpressballen treten Drexler zufolge durch die verpackte Lagerung keine nennenswerten Emissionen auf. Ähnliches gelte auch bei einer Lagerung in geschlossenen Behältern. Bei lediglich abgedeckten Behältern sei mit Geruchsemissionen in Abhängigkeit der gelagerten Abfälle zu rechnen. Bei der offenen Lagerung wiederum müssten Minderungsmaßnahmen getroffen werden. Dazu gehörten nach Möglichkeit keine Abfälle mit biogenem Anteil, verdichteter Einbau, Ableiten des anfallenden Sickerwassers, Abdecken mit geeignetem Material, Maßnahmen gegen Windverwehungen sowie eine regelmäßige Kontrolle zur Brandfrüherkennung.

Die Lagerung in Notfall- und Ausfallzwischenlagern erfolge nach verschiedener Vorgehensweise. Ziel sei es, die Emissionen und die Lagermengen möglichst gering zu halten. Als emissionsarm habe sich die Lagerung der Abfälle in Müllpressballen gezeigt. Probleme bereite die offene Lagerung, die bereits für Brände gesorgt habe.

Anhand aktueller Beispiele aus Bayern - Abdichtung einer ehemaligen Monodeponie für Klärschlamm/Deponie Schipach im Lkr. Miltenberg und Abschluss der Deponie Oberlangheim/Lkr. Lichtenfels mit Regelsystem und gleichwertigem Alternativsystem - machte

Christian Daehn, LfU, deutlich, dass der Einbau von Oberflächenabdichtungssystemen in steilen Deponieböschungen nach den hier gemachten Erfahrungen folgende Randbedingungen genau beleuchten sollte:

- Das Dichtungsaufleger sollte als wichtiger Bestandteil der Systemdichtung betrachtet werden und in sämtliche Standsicherheitsüberlegungen mit einbezogen werden. Maßgeblich ist, ein homogenes Auflager herzustellen. Hierfür eignen sich insbesondere leicht einbau- und verdichtbare, bindige Materialien.

- Zugunsten einer Abflachung der Böschungsneigung und zur Vorbeugung von Stauwasserhorizonten sollte auf Einbindegräben verzichtet werden.



Eine Frau und ein Mädchen werfen Kunststoff- bzw. Papierverpackungen in die Blaue bzw. Gelbe Tonne.

REMONDIS AG & Co.KG:

EKO-PUNKT startet in Bayern

Zulassung als duales System

Der zur REMONDIS AG gehörenden EKO-PUNKT GmbH wurde vom Freistaat Bayern die Zulassung als duales System erteilt. Damit kann EKO-PUNKT künftig als Verwerter und Entsorger von Verkaufsverpackungen auftreten. Bayern ist nach Hamburg das zweite Bundesland, in dem EKO-PUNKT als duales System festgestellt ist. In der Hansestadt, in der im Mai 2006 die Zulassung erteilt wurde, liegt der von der Clearingstelle festgestellte Mengenanteil für das erste Quartal 2007 bereits bei rund 27 Prozent für Glas und 17 Prozent für Leichtverpackungen.

Ziel von EKO-PUNKT ist es, bis Sommer 2007 weitere Freistellungsbescheide zu erwirken und bis Ende des Jahres ein flächendeckendes Rücknahmesystem für Verkaufsverpackungen in Deutschland aufzubauen. Damit rundet REMONDIS sein Dienstleistungsangebot ab und bietet künftig Verwertungslösungen für alle Arten von Verpackungen an.

Abstimmungsprozess mit Kommunen läuft

Wie Markus Mohren, Geschäftsführer EKO-PUNKT erläutert, „sind die Anträge für die Zulassung als duales System in allen weiteren Bundesländern in Bearbeitung und der notwendige Abstimmungsprozess mit Kommunen und Landkreisen läuft“.

Mit der Feststellung in Bayern und Hamburg erreiche seine

- Als mineralische Dränmaterialien kommen in derartigen Böschungen nur gebrochene Materialien mit sehr hohen Anforderungen an deren innere Reibung in Frage. Der Einbau ist jedoch auch dann mit einem sehr hohen Risiko behaftet. Der Einbau von Dränmatten dagegen ist einfach und vergleichsweise wirtschaftlich, da schnell. Hier wäre es jedoch seitens der Hersteller angezeigt, Untersuchungen zur Langzeitstabilität der Matten analog z.B. zu Dichtungskomponenten auszuführen.

- Die Standsicherheit innerhalb der geosynthetischen Baustoffe muss durch den Hersteller nachgewiesen werden.

Abschließend stellte Daehn fest, dass selbst bei sehr starken Regenereignissen auch während der Baumaßnahmen im Bereich der bis zu 35 Grad steilen Böschungen bisher keine Erosionsschäden entstanden. **DK**

5. Elektro(nik)-Altgeräte-Tag in Nürnberg

bvse-Vorschlag auf Verknüpfung von Behältergestaltung und Abholung findet Zustimmung

Die Teilnehmer des 5. Elektro(nik)-Altgeräte-Tages waren sich einig, dass das System zur Abholkoordination weiterentwickelt werden muss. Wie bvse-Vizepräsident Ullrich Didszun deutlich machte, müsse eine Verknüpfung von Behältergestaltung und Abholung an denselben Hersteller durchgesetzt werden. „Der bvse präferiert diese Lösung, weil so wechselnde Dienstleister innerhalb eines Auftrages vermieden werden, mit dem positiven Effekt, dass der Wettbewerb um die Übergabestelle zwischen den einzelnen Systemen weiterhin gewährleistet ist.“

Eine Forderung, die auf offene Ohren bei den mehr als 100 Teilnehmern der Expertentagung traf und auch der Unterabteilungsleiter im Bundesumweltministerium, Dr. Thomas Rummmler, zeigte viel Sympathie für den bvse-Vorschlag. Nach seiner Ansicht bestehe auf der Grundlage des ElektroG durchaus die Möglichkeit, zunächst eine Bereitstellungsanordnung an einen Hersteller zu richten und nach Meldung der Befüllung dieses Behältnisses auch den gleichen Hersteller wieder mit der Abholung zu beauftragen. Mit einer neuen Bereitstellungsanordnung könne dann wieder ein anderer Hersteller beauftragt werden.

„Mengenlotterie mit Umladeoption“

Auch der Abteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Ludwig Kohler, meldete in diesem Zusammenhang „Verbesserungsbedarf“ bezüglich der Abholkoordination an. Nach seiner Ansicht müsse verstärkt auf eine Verbesserung der Abholkoordination auf regionaler Ebene gesetzt werden. Hans-Jochen Lückefett, Krug und Petersen, als Vertreter von Herstellern der Gruppe 3, äußerte sich ebenfalls positiv zum Vorschlag der Gestaltungsanordnung. „Wer hinstellt, holt auch ab“, sei die bevorzugte Lösung der Industrie. Die heute praktizierte Lösung käme dagegen einer Mengenlotterie mit Umladeoption gleich und sei eher eine „Hau-Ruck-Entscheidung“ gewesen.

Qualität der Altgeräteentsorgung

Neben der Abholkoordination kam auch die Qualität der Altgeräteentsorgung zur Sprache. bvse-Vizepräsident Ullrich Didszun betonte, dass es an der Zeit sei, den ökologischen Rückschritten des Elektro-Gesetzes entgegenzutreten. Mit Hilfe einer konzertierten Aktion aller am ElektroG beteiligten Kreise sollten deshalb sachbezogene und tragfähige Lösungen entwickelt werden. Dr. Thomas Rummmler erklärte, dass das Bundesumweltministerium acht Monate nach dem praktischen Inkrafttreten des Elektro-Gesetzes eine positive Bilanz ziehe, doch machte er den Vorschlag, im Rahmen eines Rundtisches entsprechende Gespräche mit den Beteiligten zu führen.

Bundesweit einheitliche Lösung nötig

Des Weiteren ergänzte er, dass zwar noch keine belastbaren Erkenntnisse über alle Gruppen hinweg vorlägen, jedoch seien insbesondere in der Sammelgruppe 3 ökologische Rückschritte erkennbar. In diesem Zusammenhang sei eine Unterteilung der Sammelgruppe 3 in eine Bildschirmgruppe und eine Gruppe der restlichen IT-, TK- und CE-Geräte überlegenswert. Das BMU hält dieses für möglich, ohne dass eine Gesetzesänderung erforderlich sei.

Allerdings müsste man zu einer bundesweit einheitlichen Lösung kommen, so Rummmler.

Otto Huter vom Deutschen Städtetag mahnte vor allem weiteren Optimierungsbedarf in der Kommunikation mit der EAR sowie in der Qualität der zur Verfügung gestellten Container an. Huter: „Eine Trennung der Sammelgruppe 3 ohne eine Gesetzesänderung wäre freiwilliger Natur und für Kommunen nur dann akzeptabel, wenn sie nicht zu technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten führten.“

Lange Kommunikationsketten

Thomas Engmann von der EHG-Gruppe in Chiemung unterstrich als Kernproblem, dass dem Behandler der Einfluss auf die für das Recycling so wichtige ordnungsgemäße Sammlung mittlerweile genommen sei. Die durch die Abholkoordination hervorgerufenen langen Kommunikationsketten führten dazu, dass sich Annahmestellen und Verwerter zunehmend voneinander entfernten. Erfahrungen aus anderen abfallwirtschaftlichen Bereichen zeigten jedoch, wie hoch der Einfluss dieser Abstimmung auf die Recyclingergebnisse ist. Mit dem ElektroG bewege man sich in die entgegengesetzte Richtung.

Bedeutung der werterhaltenden Sammlung

Eine Motivation zum ordnungsgemäßen Umgang mit den Geräten scheine für so manche Erfassungsstelle sowie den unter einem enormen Zeit- und Kostendruck stehenden Logistiker nicht mehr gegeben, so Engmann. Eine nicht ordnungsgemäße Beladung der Container sowie ein Abkippen der Altgeräte bei den Erstbehandlungsanlagen sei auch aus Sicht des UBA nicht akzeptabel. Maria-Jutta Penning, Fachgebietsleiterin Umweltverträgliche Technik - Verfahren und Produkte im Umweltbundesamt, hob in ihrem Vortrag die Bedeutung der werterhaltenden Sammlung und Beförderung der Materialien im Hinblick auf die Quotenerfüllung hervor.

Ökologischen Rückschritten entgegenwirken

Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass man vor dem Problem nachlassender Qualität nicht die Augen verschließen dürfe. Die Wirtschaftsbeteiligten seien aufgefordert, ökologischen Rückschritten entgegenzuwirken. Es könne nicht sein, so bvse-Präsident Ullrich Didszun, dass Probleme der Erfassung oder des unzureichenden Transports auf die Behandlungsanlagen der Entsorgungswirtschaft übertragen würden.

Ebenso verlangte Didszun, dass endlich Klarheit in der Frage der Ausgestaltung des Monitorings geschaffen werde. Der bvse bietet in diesem Zusammenhang ausdrücklich seine Bereitschaft zur Mitgestaltung an.

Landkreis Erding erschließt Ölquelle

Speiseöle und Speisefette können im Landkreis Erding ab Januar 2007 nützlich und umweltfreundlich entsorgt werden. Nach dem Motto „Energie und Treibstoff aus Fett“ werden aus Speisefetten Wärme- und elektrische Energie gewonnen und Biodiesel hergestellt. Darüber hinaus führt die Sammlung des wertvollen Rohstoffes künftig zu einer deutlichen Entlastung der Abwassersysteme.

Diese sinnvolle Verwertungsmaßnahme wird in Zusammenarbeit der Abfallwirtschaft des Landkreises Erding mit der Firma Berndt GmbH in Oberding umgesetzt.

Für die Sammlung sind dabei ausschließlich genormte Mehrweg-Sammelbehälter („Öli“) zu verwenden. Dabei handelt es sich um einen Dreiliter-Eimer mit Deckel. Ausgegeben wurde der Öli-Sammelbehälter mit Beginn des Jahres 2007 in allen Gemeindeverwaltungen des Landkreises und im Landratsamt Erding gegen einen Pfandbetrag von einem Euro.

Die richtige Befüllung des Öls ist Voraussetzung für den Erfolg der Sammlung. So sollen folgende Speiseöle und -fette gesammelt werden: Gebrauchte

Frittier-, Bratfette und -öle, Öle von eingelegten Speisen, Butter, Margarine und Schmalz sowie verdorbene und abgelaufene Speiseöle und -fette.

Zwölf Sammelstellen

Keinesfalls in den Öli dürfen Mayonnaisen, Saucen und Dressings oder gar Mineral-, Motor-, Schmieröle oder andere Chemikalien. Ist der Behälter voll, kann er an einer der zwölf Sammelstellen gegen einen leeren und gereinigten Öli abgegeben werden.

Die Sammlung erfolgt an folgenden Recyclinghöfen: Bockhorn, Dorfen, Erding-Rennweg, Neufinsing, Forstern, Hohenpolding, Hörlkofen, Isen, Oberding, Thalheim, Wartenberg, Taufkirchen/Vils. **DK**



Noch handelt es sich um eine Computeranimation; aber so wird die Aussenansicht des neuen Saunaparadieses der Therme Erding sehr bald aussehen. Dank reichlich vorhandener Geothermie-Quellen, hervorragender Technik, unkomplizierter Zusammenarbeit aller kommunalen Behörden und klugem, geschicktem Management wächst Europas größte Thermenwelt rasch weiter.

Vertragsunterzeichnung in der Erdinger Thermenwelt

Auch die Erweiterung der Therme wird mit Geo-Fernwärme versorgt

Die STEAG Saar Energie AG und die Friedrichshafener Wund-Gruppe haben in der Therme Erding die Wärmelieferungsverträge zur Versorgung der geplanten Erweiterungsbauten der Therme unterzeichnet.

Bereits die bestehende Anlage wird von der STEAG Saar Energie AG versorgt. Sie betreibt im Auftrag des Zweckverbandes für Geowärme Erding eine Fernwärmeversorgung auf geothermischer Basis und plant gegenwärtig auch deren Ausbau durch ein zweites Geheizwerk. Die bisherige Anschlussleistung für die Therme liegt bei 2,5 Megawatt bei einem Verbrauch von 10.000 Megawattstunden pro Jahr. Die Anschlussleistung der Erweiterungsbauten (Themenbereiche Saunaland, Kinderwelt, Foyer) wird bei 4,9 Megawatt bei einem prognostizierten Verbrauch von 17.500 Megawattstunden pro Jahr liegen.

Größter Einzelkunde

Nach Fertigstellung im Jahr 2007 wird die Therme mit einem Wärmebedarf von 27.500 Megawattstunden größter Einzelkunde der STEAG Saar Energie AG sein. Mit 27.500 Megawattstunden könnten 1.528 Einfamilienhaushalte wärmeversorgt werden.

Die Therme in Erding war von Beginn an ein wichtiger Absatzpartner für die Realisierung der Geothermie in Erding. Sie trägt wesentlich zur Wirtschaftlichkeit der Geothermie bei, zumal die Wund-Gruppe auch in Zukunft in den Standort Erding investieren möchte. So ist 2009 der Anbau eines Heilbades geplant.

Zwei Superlative

Für die Wund-Gruppe unterschrieb Architekt und Firmengründer Josef Wund, für STEAG Saar Energie Vertriebsleiter Hans-Joachim Weiersbach die Verträge. Landrat und Verbandsvorsitzender Martin Bayerstorfer zeigte sich zufrieden: „Die Therme Erding ist schon jetzt die Größte in Deutschland und mit dem Geowärmeprojekt Erding II, dem Ausbau der Geothermie in Erding mittels einer zweiten Thermalbohrung, entsteht hier die größte Fernwärmeversorgung auf geothermischer Basis. Zwei Superlative, auf die wir stolz sind“, so Bayerstorfer.

Versorgungssicherheit und bestmögliche Umweltbilanzen

Hans-Joachim Weiersbach wies auf die Erfahrung des Unternehmens im Bereich der Nutzung geothermischer Tiefenwässer hin. „Wir sind in diesem Bereich Marktführer in Deutschland. Unsere Erfahrung auf diesem Gebiet bedeutet Versorgungssicherheit für unsere Kunden und bestmögliche Umweltbilanzen“, so Weiersbach. Die Versorgungsverträge mit der Wund-Gruppe wurden für STEAG Saar Energie von Hartmut Beyer, Akquisiteur vor Ort, ausgehandelt.

Weitere Informationen:
www.geowaerme-erding.de
www.steag-saarenergie.de
www.therme-erding.de.



Unser Bild zeigt (v. l.) Landrat Martin Bayerstorfer (im Hintergrund), Geschäftsführer Josef Wund, Therme Erding, Vertriebsleiter Hans-Joachim Weiersbach, Steag Saarenergie AG.

Altenheim St. Georg in Schrobenhausen:

Freude über solarthermische Anlage

Das Schrobenhausener Altenheim St. Georg kann sich freuen: Künftig kann es rund 7000 Kubikmeter Erdgas weniger im Jahr verheizen. Dafür sorgt die zweitgrößte solarthermische Anlage in Bayern.

Der Weg dorthin war allerdings kein leichter, wie Heimleiter Heinz Roller berichtet. Vor zwei Jahren bereits habe er sich mit dem Gedanken an eine Solarenergie getragen. Bis er die Verantwortlichen für die Investition auf seiner Seite hatte, dauerte es ein wenig. Doch der Umweltgedanke und die errechnete Kosteneinsparung überzeugten offensichtlich.

Erhöhte Pflegebedürftigkeit steigert Energiebedarf

Allein der Verbrauch an Warmwasser stieg von mehr als 4.700 Kubikmetern im Jahr 2002 auf rund 5600 Kubikmeter im Jahr 2005 an. Der Grund hierfür ist Roller zufolge in der erhöhten

Pflegebedürftigkeit der Bewohner des 95 Betten zählenden Heims zu suchen.

Alte Stadtmauer im Weg

Im Dezember 2005 wurde das Genehmigungsverfahren für die Kollektoranlage eingeleitet - jedoch verbunden mit einem unerwarteten Störfaktor, wie sich Roller und Ingenieur Wolfgang Eppinger erinnern. Wegen der benachbarten und durch hochgewachsene Bäume kaum zu erkennenden Stadtmauer, die unter Denkmalschutz steht, stand das umweltfreundliche Projekt auf der Kippe.

Dass die umweltschonende Anlage doch noch genehmigt wurde, war der Idee zu verdan-

ken, die Kollektoren direkt auf das Blechdach des Altenheimneubaus zu montieren. Auf eine so genannte Aufständerung, die die Anlage noch verteuert hätte, wurde verzichtet.

Berechnungen zeigten, dass das Dach des Altenheims geradezu ideal, nämlich Richtung Süden, ausgerichtet ist. Fast den ganzen Tag über könne Sonnenenergie aufgefangen werden, freut sich Eppinger. Die Energieausbeute sei so üppig, dass die Kosten für die sonst übliche Aufständerung unverhältnismäßig hoch gewesen seien. Darum hat sich der Ingenieur für das Vorhaben auch schon einen klingenden Namen ausgedacht: „Das Dach des Lebens“.

Kohlendioxidausstoß reduziert

Die solarthermische Anlage

ESB Wärme GmbH versorgt das Bürgerzentrum in Weilheim mit Wärme:

Ausbau der erfolgreichen Partnerschaft in der Region

Die ESB Wärme GmbH, der Wärmedienstleister für Südbayern, und die Stadt Weilheim bauen ihre erfolgreiche Zusammenarbeit aus. Künftig wird das Bürgerzentrum der Stadt Weilheim mit Wärme von der ESB Wärme GmbH versorgt. Dazu findet heute im Rathaus in Weilheim die Unterzeichnung der Wärmelieferungsverträge statt, die vom Bürgermeister der Stadt Weilheim, Herrn Markus Loth und Martin Heun, Geschäftsführer der ESB Wärme GmbH unterschrieben werden.

Neben dem Schulzentrum Weilheim, welches von der ESB Wärme GmbH schon seit 2004 mit Wärme aus Erdgas beliefert wird, kommt ein neues Objekt dazu: Das Bürgerzentrum der Stadt Weilheim. Das Besondere an dieser Wärmeversorgung ist, dass die Wärme maßgeblich mit Biomasse (Hackschnitzel) aus der Region erzeugt wird.

Partner für lokale Energiekonzepte

Die dafür benötigte Energie wird in den Wäldern der Waldbauernvereinigung Weilheim und der Stadt Weilheim gewonnen. Koordination und Anlieferung übernimmt die Gutsverwaltung Gossenhofen. Die Gesamtanlagenleistung beträgt ca. 1200 kW und der Jahresenergiebedarf beläuft sich auf ca. 2,8 Mio. kWh, was einem Wärmebedarf von ca. 140 Einfamilienhäusern entspricht. Die voraussichtliche Inbetriebnahme der Wärmelieferung erfolgt im April 2007.

„Die ESB Wärme GmbH versteht sich als Partner für lokale

Energiekonzepte, der ebenso mit fossilen Energieträgern als auch mit erneuerbaren Energien arbeitet. Der ESB-WärmeService ermöglicht es unseren Kunden zu modernisieren, ohne selbst zu investieren. Die ganzheitliche Lieferung von Wärme - das Contracting - gewinnt in den Kommunen immer mehr an Bedeutung“, sagt Martin Heun. Die ESB Wärme arbeitet mit ortsansässigen Fachbetrieben zusammen und wickelt den kompletten Betrieb der Heizanlage ab.

Modernisieren ohne zu investieren

Das kommunale Personal wird dadurch frei für andere wichtige Aufgaben. Bürgermeister Markus Loth ergänzt: „Ein solcher Mix für die Erzeugung der Wärme aus fossilen und alternativen Energien ist künftig nötig, um den wachsenden Energiebedarf regional und nachhaltig zu decken. Somit profitieren wir, die ESB sowie die örtliche Landwirtschaft von dieser Entwicklung“. Modernisieren ohne zu inve-

Geburtstagsfeier im schwäbischen Krumbach

Bürgermeister Willy Rothermel wurde 60

Nach seinem massiven Schwächeanfall bei der Eröffnung der Krumbacher Festwoche im vergangenen Jahr hat sich Krumbachs Bürgermeister Willy Rothermel wieder sehr gut erholt. Mit „viel Demut und viel Dankbarkeit“ feierte er im Stadtsaal im Rahmen eines offenen Bürgerempfangs seinen 60. Geburtstag. Dabei blitzte mit Bonmots wie „Au ema alta Baule tuats guat, wenn man ab und zua graulat“ Willy Rothermels Humor wieder voll durch. Immer wieder musste er sich aber auch anhören, dass aus einem eingefleischten Bayern-Fan jetzt auch ein echter „60er“ wurde.

Natürlich wurde von einer Reihe von Rednern auch Rothermels Lebensleistung gewürdigt. Krumbacher Vereine und Gruppen gestalteten ein mehrstündiges Rahmenprogramm. Spürbar wurde dabei auch die ungebrochene Begeisterung des Rathauschefs für den Sport und insbesondere für den Fußball. Rothermel war selbst jahrelang Kapitän des TSV Krumbach.

Landrat Hubert Hafner dankte Rothermel unter anderem für seinen Einsatz als Kreispolitiker. Von 1996 bis 2002 war er ihm in seiner ersten Amtsperiode ein loyaler Stellvertreter. Er habe die Politik im Kreis in nun fast 29jähriger Kreistagstätigkeit maßgeblich mitgeprägt. Unter anderem würdigte der Landrat auch Rothermels Fähigkeit, zusammenzuführen. Auch der CSU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Alfred Sauter hob hervor, dass auf Rothermel stets Verlass sei und er die Dinge mit großer Gründlichkeit angehe. Er dankte auch Rothermels Frau Rita, der der Jubilar sehr viel zu verdanken habe.

Zur Geburtstagsfeier des Bürgermeisters waren zahlreiche bekannte Persönlichkeiten wie der ehemalige Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel und sein Nachfolger im Bundestag, Dr. Georg Nüßlein gekommen. Auch der langjährige Bezirksstagspräsident und Altlandrat Dr. Georg Simnacher war unter den Gratulanten.

Im Mittelpunkt des Festes stand aber das Gespräch mit den Bürgern. Es war ein „offener Empfang“ - und zahlreiche Menschen nutzten ihn zur persönlichen Gratulation. Im Gespräch begegneten sie einem Bürgermeister in seiner bekannt humorvollen, angenehmen und menschlichen Art.

auf dem Dach des Schrobenhausener Altenheims hat eine Kollektorfläche von rund 90 m². Durch die Sonneneinstrahlung wird Wärme erzeugt, die zur Unterstützung der hauseigenen Heizungsanlage sowie zur Aufbereitung von Warmwasser genutzt wird. Durch die Ver-

wendung der Solarenergie wird soviel Kohlendioxidausstoß vermieden, wie er sonst von rund 15 Einfamilienhäusern, die mit fossilen Brennstoffen wie Erdgas oder Erdöl beheizt werden, erzeugt würde. Die Anlage des Altenheims kostet rund 55.000 Euro. **DK**

stieren mit der ESB Wärme GmbH Contracting bedeutet die Lieferung von Wärme. Das heißt, dass der Wärmelieferant nicht nur den Brennstoff liefert, sondern auch die Investition und den Betrieb für die Wärmeerzeugungsanlage leistet. Dadurch wird ermöglicht, alte Heizanlagen modernisieren zu können, ohne investieren zu müssen. Die ESB-Wärme ist 100 % Tochter der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und bereits seit dem Jahr 2003 mit Wärme-Dienstleistung am Markt.

Die ESB-Wärme liefert heute bereits ca. 130 Millionen Kilowattstunden p. a. Wärme an ihre Kunden. Das Dienstleistungsangebot für komplette Wärmeversorgungen richtet sich speziell an Kommunen, kirchliche Einrichtungen, Wohnungsbaunternehmen und Bauträger. Die ESB-Wärme ermöglicht ihren Kunden zu modernisieren ohne selbst zu investieren und bietet sichere Wärmeversorgung aus einer Hand.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Überfüllt war der große Sitzungssaal des Landratsamtes Dillingen beim Start der Veranstaltungsfolge des „Dillinger Energiedialogs“ des Landkreises. Unser Bild zeigt (v. l.): Ottmar Hurler, Amt für Landwirtschaft Wertingen, Werner Müller, Geschäftsführer des Maschinenringes Dillingen und der Dillinger Biomasse GmbH & Co KG, Robert Knittel, Amt für Landwirtschaft Wertingen, Johann Stuhlenmiller, Geschäftsführer der Forstbetriebsgemeinschaft Dillingen, Baudirektor Johann Sedlmeier, Agenda 21-Beauftragter Hermann Kleinhans, Landrat Leo Schrell, Elmar Sining, Vorstand der Forstbetriebsgemeinschaft Dillingen, Peter Hurler, Landratsamt Dillingen. -jdt-

„Dillinger Energiedialog“ stärkt Zukunftssicherung

Landkreis startete neue Initiativen im Bereich „Erneuerbare Energien“
Starkes Echo bei Auftaktveranstaltung

Dillingen (jdt). Von einem überregionalen Echo begleitet war der Start des „Dillinger Energiedialogs“, mit dem der Landkreis Dillingen im zukunftssträchtigen Bereich der „Erneuerbaren Energien“ besondere Entwicklungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum vorrangig fördern und auch ankurbeln will. Bei der Auftaktveranstaltung für eine ganze Reihe von Initiativen war der große Sitzungssaal des Landratsamtes Dillingen überfüllt.

In den Mittelpunkt des Abends rückten die Grundinformationen von Landrat Leo Schrell über weiter vorangetriebene regionale Aktivitäten und der Fachvortrag des Leiters der Landmaschenschule Triesdorf, Baudirektor Johann Sedlmeier.

Landrat Schrell konnte zahlreiche Repräsentanten aus den Kommunen, der Wirtschaft und auch viele Landwirte begrüßen. Seiner Genugtuung gab Schrell darüber Ausdruck, dass es gelungen sei, mit Sedlmeier einen ausgewiesenen Fachmann als Redner zu gewinnen. Er fungiert auch als Geschäftsführer der Fördergesellschaft für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe und leitet das Entwicklungs-, Beratungs- und Anwendungszentrum zur verstärkten Nutzung von Biomasse im ländlichen Raum.

Lokales Handeln nötig

Mit Blick auf die hochaktuellen Herausforderungen des rasant fortschreitenden Klimawandels,

der Endlichkeit der fossilen Energieträger Kohle, Erdgas und Erdöl sowie von Uran und darüber hinaus angesichts der anhaltend hohen Energiepreise „nicht fünf vor zwölf, sondern zwölf Uhr“, betonte Schrell. Die weitreichende Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Erderwärmung, Überschwemmungen (auch in der heimischen Region), Dürre und bedrohlich steigende Meeresspiegel erfordere auch lokales Handeln. Es gelte nachhaltige Beiträge zu leisten zu einem vernünftigen Energiemix der Zukunft.

15 Energieberater

Schrell kündigte gezielte und zudem kostenlose Informationen an. Ab sofort gebe es jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat Energieberatungen im Dillinger Landratsamt. Insgesamt 15 Energieberater stünden dabei in jeweils 30 Minuten dauernden Impulsgesprächen den Interessenten zur Verfügung. Aufgeklärt werde über Energie-

einsparung, die Wärmedämmung von Wohngebäuden, die Modernisierung ineffizienter Heizanlagen, erneuerbare Energien im Allgemeinen und die aktuellen Fördermöglichkeiten.

Bevölkerung sensibilisieren

Den zum Teil anwesenden Energieberatern dankte der Landrat für ihr Engagement. Darüber hinaus werde der Landkreis die Bevölkerung in regelmäßigen Vortragsveranstaltungen für das „Zukunftsthema Energie“ und die damit im Zusammenhang stehenden Themenbereiche sensibilisieren.

Gesprächsforum

In diesem Zusammenhang habe der Landkreis, so fuhr der Landrat fort, in Kooperation mit dem „Agenda 21-Gesprächskreis Forum 2020“ den einen Aktionsrahmen bildenden „Dillinger Energiedialog“ gegründet. Hier solle sachlich, emotionslos und ohne Vorbehalte über Vor- und Nachteile der vielfältigen erneuerbaren Energieträger, effiziente Maßnahmen der Energie-Einsparung und energiepolitisch relevante Themen debattiert werden: „Es soll ein Gesprächsforum sein für Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bevölkerung, mit dem Ziel, durch einen breit angelegten und wirkungsvollen Dialog eine aktive Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung des Landkreises zu übernehmen“.

Aus der Region für die Region

Herausgestellt wurde von Leo Schrell, dass gerade in einem ländlichen Raum wie im Kreis Dillingen, wo Land- und Forstwirtschaft eine bedeutende Rolle spielten, für den künftigen Energiemix wichtige Rohstoffe geliefert werden könnten, nämlich Holz, Getreide, Raps und Biogas. Ein entsprechendes Augenmerk gehöre in der hiesigen Region auch Weizen und Zuckerrüben, vor dem Hintergrund der seit kurzem geltenden Beimischungspflicht von Bioethanol zu Otto-Kraftstoffen. Land- und Forstwirtschaft könnten damit einen wesentlichen Beitrag leisten, um eine verstärkte Energieversorgung aus der Region für die Region sicherzustellen. Damit ergänzen sich auch, wie Schrell bekräftigte, Wertschöpfung und Wachstum im Land-

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ich sag's ja immer, Timing ist alles. Erfolg hat, wer den richtigen Zeitpunkt zum Handeln kennt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat gerade von dem neusten Coup der Harry-Potter-Autorin Joanne K. Rowling gelesen.

Die Gute befand sich bis vor ein paar Tagen in einem Aufmerksamkeitsloch. Ihr letztes Buch um den spätpubertierenden Zauberlehrling ist schon eine ganze Zeit lang auf dem Markt, an der Filmfront tut sich auch nichts und das neue Buch schreibt sich wohl nur zäh. Jedenfalls war es höchste Zeit, sich und das literarische Schaffen wieder ins Gespräch zu bringen. Was eignet sich dazu besser als das Internet, das mit Homepages, Blogs und Chat-Foren fast unbegrenzte Möglichkeiten der Verbreitung gibt? So hat sie kurzerhand den kryptischen vorläufigen Titel ihres neuen Buches in veraltetem Englisch

sodann wird das Buch mit bestem Erfolg auf den Markt geworfen.

In allen diesen Fällen war es wichtig zu wissen oder zu ahnen, wann die Zeit reif war, sich aus der Deckung zu wagen und das eigene Thema auf den Tisch zu bringen, damit es Kreise zieht und die nötige Aufmerksamkeit entfaltet..

In der Politik nennt man das wohl Gespür für den richtigen Augenblick. Den hat man entweder, oder man hat ihn nicht. Hat man ihn, kann man Lawinen ins Rollen bringen und Berge versetzen. Hat man ihn nicht, dann steht man unversehens vor dem Scherbenhaufen seines politischen Wollens. Der frühere sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow hat das so schön in die Worte gekleidet: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Dabei hat dieses Gespür sicherlich auch sehr viel mit dem Ohr an der Bevölkerung und der Fähigkeit zum Zuhören zu tun. Derjenige, der im richtigen Augenblick das Richtige tut, sagt oder anstößt, ist immer auch ein Katalysator, der Meinungen, Stimmungen und Strömungen aufnimmt, sie formt, lenkt und in eine Richtung kanalisiert. Schließlich braucht jede Initiative auch einen Resonanzboden, der sie aufnimmt und verstärkt, soll sie erfolgreich sein. So unbestreitbar eine Idee sein mag, deren Zeit gekommen ist, so wenig vermag auszurichten, wer an den Leuten vorbei redet und ihre Erwartungen, Bedürfnisse und Hoffnungen nicht mehr kennt.

Mein Chef, der Bürgermeister, war immer ein Meister des timing. Und was, wenn ihn einmal sein untrügliches Gespür verlässt? Da tröstet er sich mit einer Weisheit von Konrad Adenauer auf dem heutigen Kalenderblatt, die der Alte von Rhöndorf denen gewidmet zu haben scheint, die fürs erste den richtigen Augenblick verpasst haben: „Man darf niemals ‚zu spät‘ sagen. Auch in der Politik ist es niemals zu spät. Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang“.

Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang

ins Netz gestellt und schon diskutieren die Feuilletons von London bis New York was „the deathly hallows“ wohl bedeuten soll und in Deutschland befragen Revolverblätter und Honoratiorenzeitungen unisono Übersetzer und Philologen, wie man das sperrige Ding denn übersetzen könnte. Das spart die eine oder andere Werbemillion.

Oder denken wir an Altkanzler Schröder. Plötzlich meldet er sich aus einem selbstgewählten Exil in Hannover oder Moskau zurück, gibt Interviews, tingelt durch die Talkshows und viele denken, er habe der Republik wieder etwas zu sagen. In Wahrheit hat er nur seine Memoiren in das Vorweihnachtsgeschäft geworfen. Nachdem sich der von einem Kritiker als „Politlangweiler“ verrissene Wälzer gut verkauft hat, ist auch Schröder wieder in der publizistischen Versenkung verschwunden. Gleiches Muster bei Günther Grass: Erst das SS-Geständnis, dann eine aufgeregte Presse-Diskussion samt Vorabdruck seines neuen Buches und

Ihre Sabina

kreis, mit neuen Arbeitsplätzen und neuen Einkommensquellen für Land- und Forstwirte sowie Aufträge für heimische Unternehmen. Hingewiesen wurde auf die vom Landkreis organisierte und geförderte Wanderausstellung „PASSIV HAUS - energiesparend bauen“ im Landratsamt. Der Bevölkerung werde die Gelegenheit gegeben, sich umfassend über diese zukunftsweisende Bauweise zu informieren.

Landwirte als Wärmeversorger

Mit starkem Beifall aufgenommen wurde das Fachreferat von Baudirektor Sedlmeier, der angesichts der Endlichkeit fossiler Brennstoffe (Erdöl 42 Jahre, Erdgas 65 Jahre, Kohle 169 Jahre) auf die großen Chancen für Land- und Forstwirtschaft bei der naturgegebenen Energienutzung aufmerksam machte. Bei Sonnenenergie, Photovoltaik, Biomasse (mit gezielter Erzeugung auf Feldern), Pflanzenöl, Biokraftstoffen, Stromversorgung mit Windenergie, Solarzellen-Anwendung usw. Zum Wärmeversorger werden könnten Landwirte, Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbauern auch für öffentliche Einrichtungen aller Art, von Schulen bis zu Krankenhäusern, Gewerbegebieten und Industrieanlagen. Im Kommen sei u. a. Heizen mit Getreide.

Beispielhafte Aktivitäten

An Land- und Forstwirte appellierte Sedlmeier, die sich ergebenden Chancen zu nutzen und diese nicht der zunehmend interessierten Industrie zu überlassen. Landrat und Landkreis gratulierte der Redner für die beispielgebenden Aktivitäten.

Über die Veranstaltung hinaus hat der „Dillinger Energiedialog“ in Städten und Gemeinden

sowie bei der Wirtschaft großes Interesse gefunden. Zu den entschiedenen Befürwortern gehört der Kreisgeschäftsführer des Bayerischen Bauernverbandes in Dillingen, Eugen Bayer, zugleich Geschäftsführer der überregional aktiven Schwäbischen Naturenergie GmbH. Er beurteilt die Initiative von Landrat Schrell und des Landkreises „äußerst positiv“.

Schon seit den 90er-Jahren seien von den Bauern im Landkreis und darüber hinaus vor-

bildliche Engagements in dieser Richtung entwickelt worden. Bei der Lösung der Probleme des zunehmenden Energiehungers komme, so Bayer, der Landwirtschaft eine Schlüsselrolle zu: „Aufpassen müssen wir aber, dass der bäuerlichen Landwirtschaft der Markt nicht entgleitet, hin nur noch zur Rolle des Lieferanten für die Rohstoffe“. Die Bauern müssten sich gegenüber dem Großkapital die entscheidende Mitwirkung in der Wertschöpfungskette sichern. □



Den Energiebericht 2005 der E.ON Bayern AG für den Landkreis Fürstentfeldbruck übergab Dipl. Ing. Walter Kurzrock an die stellvertretende Landrätin des Landkreises Fürstentfeldbruck, Gisela Schneid. Der Bericht wurde im Rahmen des Energiemanagements für öffentliche Gebäude und Einrichtungen als Service der E.ON Bayern AG erstellt und wird jährlich fortgeschrieben. Er beinhaltet die Verbrauchszahlen für Strom und Wärme für das Jahr 2005 von 14 Objekten (vor allem landkreiseigene Schulen) sowie einen Vergleich mit den Verbrauchszahlen der vergangenen Jahre. Darüber hinaus wurden die Objekte anhand allgemeiner Vergleichswerte bewertet, um eventuelle Einsparmöglichkeiten darzustellen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Gesamtverbrauch an Endenergie (Erdgas, Fernwärme, Strom) um 6 Prozent zurückgegangen. Der Gesamtstromverbrauch wächst dennoch kontinuierlich an, wohingegen der witterungsbedingte Wärmeverbrauch auf einen bisherigen Tiefstwert gesunken ist. Der steigende Stromverbrauch ist insbesondere auf die z.T. baulich erweiterten Schulgebäude und die vermehrte technische Ausstattung (z.B. EDV-Räume etc.) zurückzuführen. Der Energiebericht stellt eine interessante Informationsquelle für die Landkreisverwaltung dar. Zum einen zeigt er Energieeinsparungen auf, die z.B. durch Erneuerungen an der Bausubstanz erzielt wurden und zum anderen gibt er Hinweise auf weitere mögliche Einsparkapazitäten.



Im Herzen immer Kommunalpolitiker geblieben

Den Ehrenring der Stadt Würzburg hat Bundesminister a.D. Dr. Wolfgang Bötsch in der Jahresschlussitzung des Würzburger Stadtrates verliehen bekommen. „Dr. Wolfgang Bötsch hat sich in gleicher Weise um unsere Stadt wie um unser Land verdient gemacht“, betont Würzburgs Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann in ihrer Laudatio. Denn trotz seines hohen Staatsamtes habe sich Bötsch immer auch mit großer Energie und persönlichem Engagement für die Belange der Stadt Würzburg und der Region eingesetzt. „Fleiß und Sachverstand, Pflichtbewusstsein und Zuverlässigkeit sind einige seiner hervorstechenden Eigenschaften“, so Dr. Beckmann. Auch sein Verhandlungsgeschick und seine Fähigkeit, andere Menschen für sich einzunehmen, zeichnen den „Vollblutpolitiker“ aus. „Ohne Politiker vom Schlage eines Dr. Bötsch, der sich vor keiner Kärnerarbeit drückt, der ungezählte Stunden auf Vorstandssitzungen und Parteitage, auf Wahlversammlungen und Vereinsfesten verbringt und dafür weitgehend auf ein Privatleben verzichtet, der jedes Mandat, ob im Stadtrat, im Bayerischen Landtag oder im Bundestag, gleichermaßen ernst nimmt, wäre unser demokratisches System nicht funktionsfähig“, betonte die Oberbürgermeisterin. „Ich bin im Herzen immer Kommunalpolitiker geblieben“, erklärt Dr. Bötsch, als ihm die Oberbürgermeisterin Ring der Stadt Würzburg ansteckte. Der Ehrenring der Stadt kann an Persönlichkeiten verliehen werden, die sich besondere Verdienste erworben und das Ansehen der Stadt gemehrt haben. Die Verleihung ist auf 20 lebende Persönlichkeiten beschränkt, derzeit besitzen ihn elf.

Foto: Christian Weiß

Sozialpreis des Bezirks Schwaben 2006:

Einsatz für die Integration behinderter Menschen

Auszeichnung für schwäbische Integrationsfirmen und Zuverdienstprojekte

Vor rund 200 Gästen wurden im Rahmen einer Festveranstaltung sechs schwäbische Integrationsfirmen und fünf Zuverdienstprojekte mit dem Sozialpreis des Bezirks Schwaben ausgezeichnet. Die Preisvergabe im Rokokosaal der Regierung von Schwaben fand zum zweiten Mal statt. „Wir anerkennen damit Projekte, Personen oder Einrichtungen, die sich in besonderer Weise um die Integration behinderter oder pflegebedürftiger Menschen bemühen“, so Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert.

„Es ist erfreulich, dass dieses Thema eine so breite Öffentlichkeit erfährt“, erklärte Reichert. Bei der Teilhabe an der Gesellschaft spiele Arbeit eine Schlüsselrolle. „Menschen mit einer Behinderung bilden in der Arbeitslosen-Statistik jedoch das Schlusslicht, insbesondere psychisch kranke Menschen, die in unserem Wirtschaftsleben die geringste Chance haben.“ Mit der Preisvergabe an die schwäbischen Integrationsfirmen, in denen behinderte und nichtbehinderte Mitarbeiter zusammenarbeiten und an die Zuverdienstprojekte, die psychisch Kranken stundenweise Arbeitsmöglichkeiten bieten, wolle man daher ein deutliches Zeichen setzen.

Reichert wies darauf hin, dass im Bereich der Arbeitsmodelle für psychisch kranke Menschen noch großer Handlungsbedarf bestehe. So überarbeite der Bezirk Schwaben derzeit seine Förderrichtlinien in diesem Bereich. „Noch wichtiger ist es jedoch, dass die Integrationsfirmen, vor allem aber die betroffenen Menschen Aufträge aus der freien Wirtschaft und Arbeitsmöglichkeiten auf dem 1. Arbeitsmarkt erhalten“, bemerkte Reichert.

Im einzelnen zeichnete der schwäbische Bezirkstagspräsident zunächst die Günzburger Psychosoziale Hilfgemeinschaft für Arbeit und Beschäftigung für psychisch belastete Menschen, ARBE, aus. Der Verein wurde 2003 gegründet und

arbeitet bereits sehr erfolgreich in der Region - mit dafür ausschlaggebend ist neben dem Engagement der Mitarbeiter die Tatsache, dass mit ALKO Kötz und der Günzburger Steigtechnik GMBH zwei Unternehmen im Vorstand mit präsent sind.

Das vom Diözesancharitasverband gegründete Zuverdienstprojekt BEPSY wiederum ist eine Beschäftigungsinitiative für psychisch kranke und suchtkranke Menschen. Inzwischen wird dieses Projekt auf der Ebene der Kreisverbände Augsburg, Aichach-Friedberg, Günzburg/Neu-Ulm, dem Caritas-Kreis- und -stadtverband Augsburg sowie dem Kreisverband Landsberg weitergeführt.

Beruf erlernen

Gewürdigt wurde auch die Diakonische Handwerks- und Dienstleistungen in Schwaben gGmbH (WuDis), ein Integrationsbetrieb in Augsburg, der psychisch kranken und Behinderten die Chance gibt, einen Beruf zu erlernen und auszuüben, sowie Beschäftigung in zahlreichen unterschiedlichen Arbeitsbereichen von der Malerei und Schreinerei bis hin Dienstleistungen verschiedener Art bietet.

Der Psychosoziale Hilfsverein Ellipse bietet in der Psychiatrischen Tagesklinik Lindau des Bezirks derzeit drei Zuverdienst-arbeitsplätze an. Unter anderem wird so ein Café, das auch von

den Nachbarn gut besucht wird, betrieben. Bereits seit 1991 bietet die psychosoziale Hilfgemeinschaft HOL in Kempten Zuverdienstmöglichkeiten für psychisch kranke und behinderte Menschen an - derzeit für 18 Mitarbeiter mit unterschiedlichem Stundenmaß. Das Arbeitsprojekt umfasst den Betrieb eines Wertstoffhofes und eine Dienstleistungsfirma.

Arbeitsplätze, Praktika und Trainingsangebote

Die Kemptener Integrationsgesellschaft Allgäu mbH - IGA wurde 1995 als Tochterunternehmen der Allgäuer Werkstätten GmbH gegründet. Arbeitsplätze und auch Praktika und Trainingsangebote gibt es sowohl in einer Schreinerei als auch in einem Montagebereich.

Der Irseer Kreis Versand wurde 1989 gegründet. Mit einem Versandhandel für Hobby- und Kreativmaterial wurde erfolgreich eine Marktlücke belegt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Integrationsfirma versenden heute täglich mehr als 140 Pakete an ihre Kunden in der ganzen Bundesrepublik.

Ausgezeichnet wurde auch die ROKO gGmbH, ein Industriedienstleistungsunternehmen mit insgesamt vier Niederlassungen in Schwaben - in Asbach-Bäumenheim, Augsburg, Dillingen und Nördlingen. Neben den Lebenshilfen in Dillingen und dem Donau-Ries gehört hier zu den Gesellschaftern auch die Gemeinde Asbach-Bäumenheim.

Die Rubihorn gGmbH in Oberstdorf entstand 2004 aus einer Privatinitiative von Joachim Bartels-Eß und Julia Eß-Meier. Zweck ist die Aus-, Fort- und

Weiterbildung von schwerbehinderten Menschen mit dem Ziel, dass sie auf dem 1. Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz finden. Schwerpunkt der Integrationsfirma ist der Betrieb des Gasthofes Rubihorn und des Hotels Viktoria. Der Psychosoziale Hilfsverein OHA in Sonthofen hat 2005 das Second-Hand-Kaufhaus „ebbes“ eröffnet und damit auch verschiedene Zuverdienstmöglichkeiten, beispielsweise im Laden, bei der Sortierung der Waren und in der Reinigung geschaffen.

Die Schwierigkeiten, mit den Integrationsfirmen zu kämpfen haben, zeigt auch die Geschichte des Augsburger Restaurantbetriebes „Cafe Sowieso“, das 2004 eröffnet wurde. Das Behinderten-Integrationsprojekt hatte Insolvenz anmelden müssen. Inzwischen wurde eine positive Lösung gefunden: Ab dem 1. Dezember wird das Cafe als Integrationsfirma unter neuer Trägerschaft weiterbetrieben.

„Unsere Integrationsfirma hat den Beweis erbracht, dass psychisch behinderte Mitarbeiter langfristig an einem Arbeitsplatz erfolgreich und auch belastbar sind“, betonte beim Festakt eine Mitarbeiterin des Irseer Kreis Versandes. „Wir können unseren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften, und das trägt wieder zur Stabilisierung des gesundheitlichen Zustandes bei - das bleibt nicht ohne positive Folgen für die gesamte Volkswirtschaft“.

„Arbeit und berufliche Rehabilitation führen bei Menschen mit psychischen Erkrankungen zu besserer seelischer Gesundheit“, machte Privatdozent Dr. Peter Brieger, Ärztlicher Direktor des Bezirkskrankenhauses Kempten, deutlich. „Integrationsfirmen und Zuverdienstprojekte sind aus Sicht des Arztes eine Investition in die Gesundheit vieler Menschen, deswegen müssen wir sie ausbauen“. Brieger erhielt vor kurzem für seine Forschungen im Bereich der Arbeit und Rehabilitation für psychisch kranke Menschen den Forschungspreis der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie. **DK**

Vorschau auf GZ 3

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 3, die am 29. Januar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung • Stadtsanierung
- Garten- und Landschaftsbau • Kommunalfahrzeuge
- Kommunale Freizeitanlagen
- Kommunalfinanzen
- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Handwerk
- Fremdenverkehr in Bayern

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Kindergarteneinrichtungen



elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256+82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen



KOMPAN Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Hensburg
Tel.: 0461-77306-0 • Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

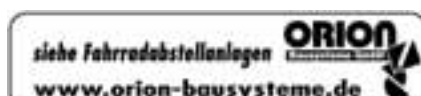


Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wasserzähler



LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 • Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 • Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 • Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 • Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH • 97078 Würzburg
☎ 0931/29903-0 • Fax 0931/29903-15
e-Mail: funeralia@t-online.de • www.funeralia.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de